Sonderausgabe zum 18. Feber

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh / Einzelpreis 75 Heller

Redaktion u. Verwaltung: Prag XII., Fochova 62 – Telephon 53077 – Herausgeber: Siegfried Taub – Verantwortlicher Redakteur: Karl Kern, Prag

Aus dem Inhalt:

Artikel von:
Minister Dr. Ludwig Czech
Minister Dr. Franz Spina. —
Minister Erwin Zajíček. —
Abg. Siegfried Taub. —
Abg. Wenzel Jaksch. —
Dr. Emil Strauß. — Willi Wanka. — Paul Fürstenau. — Fritz Tejessy.

Die Arbeiterjugend zum 18. Feber

18 Jahrgang | Freitag, 18. Feber 1938 | Nr. 41

Karlsbader SdP provoziert Straßenkrawalle

Mißlungener Terror gegen eine sozialdemokratische Versammlung Abg. Wollner leicht verletzt

Karlsbad. (Eigenbericht.) Für Donnerstag abends hatte die sozialdemokratische Partei ins Schützenhaus eine öffentliche Versammlung mit dem Thema „Vier Jahre SdP" einberufen, die die Antwort auf die letzten Versammlungen der SdP darstellen sollte. Referent war Abgeordneter de Witte.

Die Henlein-Leute hatten im letzten Moment die Parole ausgegeben, die Versammlung zu „besuchen". Am Vorabend waren Flugzettel verteilt worden, die auf die sichere Absicht schließen ließen, die Versammlung unmöglich zu machen oder sofort auffliegen zu lassen. Umso größer ist der Erfolg der Sozialdemokratie zu werden, daß die Versammlung, wenn auch unter Zwischenfällen, stattfinden und programmgemäß zu Ende geführt werden konnte!

Schon um halb 5 Uhr nachmittags versammelten sich die ersten Gruppen von Henlein-Leuten in der Nähe des Schützenhauses, um die ersten im Saal zu sein und die Versammlung majorisieren zu können. Sehr bald rückte auch der SdP-Abgeordnete Wollner mit seinem Stab an und wurde demonstrativ begrüßt. Als der Saal geöffnet wurde, drängten die SdP-Leute sofort in den Saal, wobei an der Eingangstür die Fensterscheiben in Trümmer gingen. Eine Stunde später war der Saal überfüllt und wurde polizeilich gesperrt.

Etwa 2000 bis 3000 Leute, darunter viele Sozialdemokraten aus der Umgebung, die sich nicht schon so früh anstellen konnten, konnten nicht mehr in den Saal gelangen und bildeten vor dem Schützenhaus große Ansammlungen.

Inzwischen war es drinnen mehrfahr zu Konflikten gekommen. Als der Haupteingang geöffnet wurde, stürmte Abg. Wollner an der Spitze eines Trupps in den Saal. Als die Herren die Zahlung des Regiebeitrages von einer Kč verächtlich ablehnten, kam es zu Zusammenstößen, wobei einige besonders arrogante SdP-Leute unsanft hinausbefördert wurden. Unter ihnen befand sich auch Herr Wollner, der in dem Gedränge zum Sturz kam und sich daraufhin sofort im Rettungsauto ins Krankenhaus schaffen ließ. Dieser Umstand, den Herr Wollner lediglich seinem eigenen provokativen Auftreten zuzuschreiben hat, wurde sofort dazu benützt, um die Menge draußen auf der Straße aufzustacheln.

Die Henlein-Leute bildeten auf den Straßen Gruppen, wollten den Anordnungen der Polizei nicht Folge leisten und ergingen sich in Sprechchören, in denen die Menge u. a. aufgefordert wurde, zur sozialdemokratischen „Graphia" zu ziehen und dort „Ordnung" zu machen. Die Polizei sperrte aber sofort den ganzen Block ab und hielt die Demonstranten im Schach.

Bei Herrn Wollner wurde im Krankenhaus angeblich eine „leichte Gehirnerschütterung" festgestellt, doch kann es damit nicht **schlimm sein, da er kurz nach dem Zwischenfall schon wieder auf der Straße gesehen wurde.**

In der Versammlung selbst kam es zu Beginn zu einigen Störungsversuchen, die jedoch sofort energisch abgewehrt wurden. Dann konnte Abg. de Witte, von Zwischenrufen abgesehen, sein zündendes Referat erstatten und die Versammlung in Ruhe beenden.

Daß die Versammlung trotz den Sprengungsversuchen der SdP abgehalten und ruhig beendet werden konnte, muß als großer Erfolg unserer Partei gewertet werden. Gab es doch in der Versammlung sehr viele, die überhaupt zum erstenmal die Wahrheit über die Methoden der SdP zu hören bekamen.

Daß die SdP auf den Straßen der Polizei ziemlich viel zu schaffen machte, gehört in ein anderes Kapitel. Offensichtlich liegt darin eine neue Taktik, bewußt Zwischenfälle zu provozieren, um nach dem Muster von Teplitz dann wieder radikalen Nazi-Kreisen jenseits der Grenze Wasser auf die Mühle zu treiben. Unsere Ordner waren dieser neuen Taktik gegenüber gewappnet und haben auch gut bestanden. Hoffentlich werden auch unsere Behörden aus den Karlsbader Vorfällen die entsprechenden Konsequenzen ziehen!

Das Unrecht an den Saisonarbeitern

Regelung durch den Ministerrat nächste Woche

Seit Wochen weisen wir in der Presse auf die unhaltbare Behandlung der Saisonarbeiter bei der Durchführung der Ernährungsaktion hin. Die deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten haben an verschiedenen maßgebenden Stellen interveniert, um in dieser für Tausende von Menschen bedeutsamen Existenzfrage eine Aenderung herbeizuführen. Der Minister für soziale Fürsorge Ing. Nečas hat sich den zahlreichen Beschwerden, die bei ihm vorgebracht wurden, nicht verschlossen und hat bei seinem großen Verständnis für soziale Fragen sich energisch der Regelung der Teilnahme der Saisonarbeiter an der Ernährungsaktion angenommen. Das Ministerium für soziale Fürsorge hat, wie wir gestern berichtet haben, für die Regierung eine Reihe von Vorschlägen vorbereitet, welche die ärgsten Härten in der Behandlung der Frage der Saisonarbeiter beseitigen sollen.

Wie wir nun hören, ist die Angelegenheit in ein entscheidendes Stadium getreten und es werden die Vorschläge des Ministers für soziale Fürsorge nächste Woche dem Ministerrat vorgelegt werden, der sie hoffentlich positiv erledigen wird. Damit wird die Arbeit der Sozialdemokraten für die Arbeitslosen wieder einen wichtigen Erfolg erzielt haben!

Drohungen Litwinows gegen Rumänien

Der italienische Butenko unterschoben

Moskau. Im Hinblick auf die Butenkoaffäre gab Litwinow am Donnerstag dem rumänischen Geschäftsträger, der gekommen war, um von der „freiwilligen" Abreise Butenkos Mitteilung zu machen, folgende außerordentlich ernste Antwort:

„Wir glauben nicht an die Version von einem freiwilligen Fortgang Butenkos, die von der rumänischen Presse und der Presse faschistischer Länder verbreitet wurde. Wir zweifeln nicht, daß die angeblichen Artikel und Aussagen von Butenko durch seine Entführer erzwungen wurden, daß sie Butenkos Dokumente irgendeinem Weißgardisten einhändigten, der gegenwärtig unter Butenkos Namen in Italien auftritt, in dem Bewußtsein, daß die faschistischen Behörden nichts zu seiner Entlarvung unternehmen werden.

Infolgedessen bekräftigt die Sowjetregierung voll und ganz die am 10. Feber gestellten Forderungen und besteht auf voller Befriedigung dieser Forderungen. Zugleich ersuchte Litwinow den rumänischen Geschäftsträger, seiner Regierung mitzuteilen, daß die entstandene Lage ernst ist.

Die Sowjetregierung hat den Sowjetbotschafter in Prag, Alexandrowski, nach Bukarest entsandt, um die Untersuchung zu verfolgen und, falls notwendig, die Unterhandlungen in dieser Sache mit der rumänischen Regierung zu führen.

Der 18. Feber

Von Minister Dr. Ludwig Czech

Will man die Beschlüsse vom 18. Feber in ihrer ganzen Tragweite und Bedeutung verstehen und bewerten, dann muß man auf die Geschichte der nahezu sieben Jahrzehnte umspannenden Kämpfe zwischen den beiden großen Volksstämmen dieses Landes zurückgreifen. Nur so kann man es begreifen, warum die fortgesetzten Bemühungen um die Befriedung der nationalen Verhältnisse dieses Landes erfolglos bleiben und immer wieder scheitern mußten. Es war nicht etwa der mangelnde gute Wille der beiden Völker, der jeden Verständigungsversuch zunichte machte und immer und immer wieder mit schweren politischen Kämpfen und parlamentarischen Krisen abschloß, sondern die Tatsache, daß eine so zarte Pflanze, wie es die Verständigung der Völker ist, nur auf demokratischem Boden und nur unter ständiger Betreuung aller innerhalb der Völker wirkenden Kräfte zu gedeihen, sich zu entwickeln und zu voller Blüte zu entfalten vermag. Diese Bedingungen aber waren in dem ausschließlich auf reaktionären und kapitalistischen Fundamenten aufgebauten und unter der Devise: „Teile und herrsche" regierten Oesterreich nicht gegeben.

Darum wurde aus dem jahrzehntelangen Paktieren und dem endlosen Formulieren von Punktationen immer wieder nichts, denn es fehlte bei allen Verständigungsbemühungen an den notwendigen demokratischen Tragballen und vor allem an jener Atmosphäre des gegenseitigen Verstehens, von der allein der Antrieb zur freundschaftlichen Verständigung der beiden Völker ausgehen konnte.

Anders lagen die Dinge diesmal. Nach einer langen Kette von Bitternissen, Irrungen und Enttäuschungen hatten sich die beiden Völker auf dem Boden der Demokratie zu innigster Zusammenarbeit zusammengefunden, einander erprobt, einander verstehen gelernt und sich so zu einem freundschaftlichen Verhältnis durchgearbeitet, aus dem sich dann zwangsläufig jenes Vertrauensverhältnis, jene große psychologische Wandlung ergab, die den Bruch mit der unerquicklichen Vergangenheit und eine neue Methode der Auseinandersetzung zeitigte, die uns allen, die am Verhandlungstisch saßen, die Arbeit, die Verantwortung und die Entscheidung erleichterten. Ihr verdanken wir das Gelingen des Werkes. Darum wurde auch diesmal die getroffene Entscheidung auf beiden Seiten freudig aufgenommen, darum brachte sie alle nationalistischen Regungen auf beiden Seiten zum Schweigen und blies das Gewimmer und Gezeter der SdP einfach in den Wind. Die beiden großen Völker dieses Staates hatten die Probe auf das Exempel bestanden. Das ist das Große und Freudige an den Beschlüssen des 18. Feber, von denen jeder wußte, daß, da der erste Schritt gewagt und getan wurde, die Erkenntnis der beiderseitigen Lebensnotwendigkeiten ein Wegbahner für den weiteren Aufbau und Ausbau des Werkes sein werde.

Diese Erkenntnis wächst innerhalb der deutschen Bevölkerung von Tag zu Tag und bricht sich, wenn auch langsam, selbst in jenen Kreisen Bahn, die uns noch vor kurzem wegen des 18. Feber des nationalen Verrats bezichtigt haben. Sie ist selbst bis in die Redaktionsstube der Henleinschen „Rundschau" gedrungen, der sie in einer schwachen Stunde das Geständnis entlockte, daß der „grundsätzliche Rechtskampf" keineswegs eine Politik nach dem Rezept: „Alles oder nichts" bedinge und daß auch „der aufs Ganze gehende Politiker gezwungen ist, in Teilzielen und Stufenfolgen zu denken".

Und nichts anderes als dies haben wir getan. Diese Einsicht aber kann doch unmöglich das ausschließliche Privileg des Herrn Konrad Henlein sein. Wir können also mit den in den Beschlüssen vom 18. Feber verwirklichten „Teilzielen und Stufenfolgen" zufrieden sein und bedauern die SdP, die ein ganzes Jahr gebraucht hat, um sich an diese selbstverständliche Weisheit heranzuarbeiten.

Aber noch eines wollen wir sagen. Unsere Gegner, denen der 18. Feber begreiflicherweise auf die Nerven ging, versuchen aus ihm lediglich eine Stellungsvermittlungseinrichtung zu machen. Welch' ein hoffnungsloses Beginnen! Denn angenommen, es wäre so, dann bedeutete die Tatsache, daß wir binnen weniger Monate, die seit dem 18. Feber 1937 verstrichen sind, mehr deutsche Beamte und Angestellte in den öffentlichen Dienst gebracht haben, als früher in ebensoviel Jahren, sicherlich nichts Geringes. Aber wir sind offen genug, zu sagen, daß, was nach dieser Richtung geschah, angesichts des durch das Andauern des Wirtschaftsnotstandes verursachten Stellen-Heißhungers nur ein Bruchteil dessen ist, wonach von allen Seiten gerufen wird.

Aber die Bestimmungen über die Anstellung von Beamten und Arbeitern erschöpfen, auch wenn sie infolge der Normierung des Proporzes bedeutsam genug sind, den Inhalt des 18. Feber noch lange nicht. Es genügt, in bloßer Aneinanderreihung auf die große Reihe sehr gewichtiger Bestimmungen der Regierungsbeschlüsse vom 18. Feber hinzuweisen: so auf die Normen über die Arbeitsbeschaffung, Wirtschaftsbelebung und das Lieferungswesen in den von Deutschen bewohnten Gebieten; so auf die Fragen der sozialen Fürsorge und des Gesundheitswesens; so auf die für das Gebiet der Jugendfürsorge gesicherte Betreuung des Kindes durch die Angehörigen des eigenen Volkes; so auf gewisse Vorkehrungen in sprachlicher Richtung und die Zusicherungen hinsichtlich der Sprachenprüfungen; so auf die proportionelle Dotierung der deutschen Bildungs- und Kultureinrichtungen und auf die in Aussicht genommene „Vertiefung der bisherigen Schulorganisation". Dazu kommt aber noch die Erklärung der Regierung, an den Grundsätzen der streng gerechten Minderheitenpolitik mit Konsequenz festhalten und sie entsprechend den Interessen des Staates und der Minderheiten weiterentfalten und ihnen anpassen zu wollen. Das ist, wie wir unmittelbar nach dem Zustandekommen der Beschlüsse sagten, „nach dem ersten guten Worte eine gute Verheißung".

Und wenn wir alles dies feststellen, so geschieht es nicht etwa bloß aus einer Jubiläumsstimmung heraus. Im Gegenteil, wir haben ruhig und nüchtern Tatsache an Tatsache gereiht und hier alles ohne die geringste Beschönigung vor Augen geführt. Es ist viel Gutes geschaffen worden. Die Vollendung des Guten soll durch den beiderseitigen guten Willen weiterbeflügelt werden. Dabei denkt niemand daran, daß es ein Abschluß ist. Denn noch lange ist Vieles von dem, was versprochen und bekräftigt wurde, noch nicht erfüllt. Noch befindet sich Vieles im Stadium der Vorbereitung, wie die Vorlagen über die Ausgestaltung der Schulorganisation und das Jugendfürsorgegesetz, die erst die Verwirklichung der gegebenen Zusicherungen bringen werden. Es müssen auch noch an allen Ecken und Enden Schwierigkeiten und Widerstände weggeräumt werden, die noch reichlicher Nachhilfe bedürfen. Und dann die Hauptsache: wir haben aus den Erfahrungen des zurückliegenden Jahres Einiges zugelernt, auf deutscher Seite, wie auch auf tschechischer.

Daraus die notwendigen Folgerungen zu ziehen, durch präzise Normen und Richtlinien den richtigen Weg zu weisen und damit alle Unklarheiten ein für allemal aus der Welt zu schaffen, das ist die Aufgabe der nächsten Zeit. Ihre Einlösung ist, soweit es sich um die Anstellungs-Richtlinien handelt, bereits auf dem Wege.

Es hat aber das abgelaufene Jahr auch auf den bisher ungeregelt gebliebenen Gebieten gewisse Lücken aufgezeigt, deren Auffüllung dringend geboten ist. Sie betreffen jene Fragen, deren Lösung, wie es in den Beschlüssen vom 18. Feber

heißt, der weiteren Entfaltung und Anpassung an die „Notwendigkeiten des Staates und der Minderheiten" harren. Wir geben uns der festen Zuversicht hin, daß auch hier der richtige Weg gefunden werden wird.

Und so können wir, wenn wir heute Rückschau halten, guten Gewissens und erhobenen Hauptes über unsere Arbeit Rechenschaft geben und den Hassern getrost die Stirne bieten. Was schert uns da das nazistische Wutgeschrei, das ja schließlich nichts als der Ausdruck der verzweifelten Ratlosigkeit ist.

Die Schakale heulen, aber die Karawane geht ihren Weg weiter.

Allen Hindernissen zum Trotz

Von Minister Dr. Fr. Spina

Ueberblicken wir die Geschichte der deutsch-tschechischen Zusammenarbeit in der Tschechoslowakischen Republik:

Die ersten sieben Jahre des jungen Staates waren unfruchtbar für die Schaffung des inneren Friedens und damit unfruchtbar für uns Deutsche. Die Ideologie dieser Zeit der alttschechischen Totalität ist erklärlich als psychologische Nachwirkung der Vergangenheit. Aber die hemmungslose Totalität der alttschechischen Koalition mußte eines Tages wie jede Totalität ihr inneres Ende finden und in dieser Voraussicht begannen Männer, die sich der Lebensinteressen des jungen Staates bewußt waren, die Vorbereitungen zur deutsch-tschechischen Zusammenarbeit. Dies erschien allerdings angesichts der in weiten tschechischen Schichten verbreiteten gegenteiligen Ideologie als ein unerhörtes und aussichtsloses Wagnis. Diese Männer waren unser erster Präsident, der tschechische Bauernführer Svehla und der heutige Staatspräsident Dr. Beneš, von deutscher Seite Franz Ketzek. Das Wagnis gelang und der Vollstrecker wurde, da Svehla erkrankt war, Milan Hodža zunächst in der deutsch-tschechischen Zusammenarbeit der Zoll- und Kongrua-Koalition und dann im Oktober 1926 in der Bildung der ersten tschechisch-deutschen Regierung.

Die Krankheit und der frühe Heimgang Svehlas, besonders aber die schweren Auswirkungen der jahrelangen Wirtschaftskrise, die alles andere in den Hintergrund drängte, verzögerten zwar das Fortschreiten auf dem eingeschlagenen Wege, vermochten es aber nicht zu verhindern. Trotz allen schweren Hindernissen und Hemmungen in beiden Lagern, die in unablässiger zähester Arbeit bekämpft werden mußten, wurde der Weg der Zusammenarbeit fortgesetzt. Der Kampf gegen die herrschende innerpolitische Ideologie brachte schrittweise Erfolge, es gelang zuletzt der Abbau dieser Ideologie in dem Grade, daß der Gedanke der tschechisch-deutschen Zusammenarbeit auch in den weiten tschechischen Kreisen Wurzel faßte, ja zu einem heute im ganzen nicht mehr angefochtenen Axiom der Innenpolitik wurde. So kam es schließlich dank der mutigen Konsequenz Hodžas zu den Vereinbarungen vom 18. Feber 1937, die in der inneren Geschichte des Staates deswegen von historischer Bedeutung sind, weil sie den Modus vivendi zwischen den beiden Hauptvölkern der historischen Länder anbahnen, wobei der Nachdruck auf dem Worte vivendi liegt. Denn der 18. Feber ist keine Kodifikation eines formellen Ausgleichswerkes am grünen Tische, sondern ein breitangelegtes System von praktischen Verbesserungen des Verhältnisses beider Völker im täglichen Leben, wie es eben das Zusammenleben der Völker im gemischtnationalen Staate erfordert.

Der Hauptanteil an dieser Staatskonstruktiven und die Volksinteressen befriedigenden Entwicklung fällt Hodža zu, der von seinem überragenden mitteleuropäischen Horizont aus das Werk mit Einsicht und Energie betreut und fest entschlossen ist, es weiterzuführen, so daß nach dem ersten Jahre, das, trotzdem es ein Jahr der Vorbereitung war, doch sehr annehmbare Verbesserungen gebracht hat, das Ergebnis im zweiten Jahre ein noch besseres wird. Wenn es uns Deutschen vor allem die proportionale Vertretung in den Aemtern aller Kategorien bringen wird, so ist das ein Ergebnis, an das man vor wenigen Jahren noch gar nicht hätte denken können.

Allen Hindernissen und Sabotageversuchen zum Trotz werden wir mit der Konsequenz des Mutes, den die Vertretung eines guten und gerechten Werkes verleiht, an der Ausgestaltung des 18. Feber weiterarbeiten — zum Heile unseres Volkes und zum Segen für den Staat!

Gedanken zum 18. Feber

Von Minister Erwin Zajíček

Im sudetendeutschen Lager wird viel darüber debattiert, ob das nationale Problem legislativ oder administrativ zu lösen sei. Diese Fragestellung ist falsch. Nicht legislativ oder administrativ, unsere Parole lautet: Legislativ und administrativ. Außerdem brauchen wir wirtschaftliche Maßnahmen und — als wichtigste Forderung — die psychologische Vorbereitung.

Selbst unser Staatsgrundgesetz enthält einige Paragraphen, die für uns Sudetendeutsche außerordentlich wertvoll wären, wenn sie in der Praxis überall durchgeführt würden. Daneben gibt es schöne Beschlüsse und Verordnungen, die auf dem Papier geblieben sind. Wir brauchen nicht nur gute Gesetze und Verordnungen, wir brauchen vor allem die psychologischen Voraussetzungen, wir brauchen die geistige Bereitschaft aller Völker der Republik, diese Gesetze und Verordnungen auch wirklich durchzuführen. Alle diese Maßnahmen müssen wirtschaftlich untermauert werden.

Man erspare mir, jene Paragraphe aufzuzählen, die in der Praxis nicht durchgeführt werden. Sie nach und nach zu aktivieren, ist eine wichtige Aufgabe der sudetendeutschen Politik. Daneben brauchen wir dort, wo Lücken bestehen, neue Gesetze. Schon vor Jahren haben die Abgeordneten Dr. Spiegel, Dr. Kafka und Dr. Luschka solche Gesetze beantragt.

Am 18. Feber 1937 hatte die Regierung administrative Maßnahmen beschlossen, die einen großen Fortschritt bedeuten. Schon damals wurde erklärt, diese Beschlüsse seien keineswegs ein Abschluß.

Wirtschaftliche Maßnahmen des letzten Jahres — es sei an die Abwertung unserer Währung, an die Refundierung von Handelssteuern, an die Lösung des Phönixproblems erinnert — haben sich auch national gut ausgewirkt.

Das wichtigste von allem ist: Nicht nur die Regierenden und die Parteiführer, nein, das ganze Volk muß die nationale Befriedung bejahen. In seiner berühmt gewordenen Reichenberger Rede hat Präsident Dr. Beneš dem tschechischen Volke in aller Offenheit Fehler vorgehalten. Einige Jahre vorher wären solche Feststellungen vom tschechischen Volke mit scharfen Protesten beantwortet worden. Hätte Dr. Kramář vor fünf Jahren die Beschlüsse vom 18. Feber tolerriert? — Parallel mit dieser Entwicklung im tschechischen Lager vollzog sich unter uns Sudetendeutschen eine deutliche Abkehr von staatsfeindlichen Ideologien. Der tschechische Durchschnittsbürger hätte vor Jahren einen jeden Tschechen, der einen sudetendeutschen Sender gefordert hätte, als nationalen Verräter bezeichnet. Gott sei Dank, gehört diese Mentalität der Vergangenheit an. Welcher Sturm der Entrüstung ging vor etwa zehn Jahren durch unser sudetendeutsches Volk, als damals die Militärausgaben um ein Geringes erhöht wurden. Das gigantische Rüstungsprogramm der letzten Jahre wird nicht nur vom tschechischen Volke, sondern auch von einem sehr großen Teile unseres Volkes als Staatsnotwendigkeit angesehen.

Es gibt noch viele Barrieren, die hinweggeräumt werden müssen, bis für eine wirkliche Befriedung die Bahn frei geworden ist. Uns geht es nicht um ein paar Erfolge, die den Wert von Trinkgeldern haben, unser Ziel heißt: Wir wollen unserem Volke jene Rechte erkämpfen, die uns auf Grund unserer zahlenmäßigen Stärke und unserer wirtschaftlichen und kulturellen Bedeutung gebühren.

Das tschechische Volk hat auf eine wertvolle Gegenleistung Anspruch: das sudetendeutsche Volk muß in guten und in bösen Tagen zum Staate stehen.

Wir fühlen uns stark genug, diesen Weg entschlossen weiter zu gehen. Die tschechisch-deutsche Koalition aus dem Jahre 1926 war der erste, der 18. Feber 1937 war der zweite Meilenstein. Vor uns liegt das Endziel. Wir wollen es mit dem Aufgebot all unserer Kräfte möglichst bald erreichen!

Die vollen Rechte

Mit Rücksicht auf seine zentrale Stellung wird der Tschechoslovakische Staat immer ein Interesse dran haben, daß den Deutschen und den übrigen Minderheiten die vollen Rechte gewahrt werden.

T. G. Masaryk

Eden: Freundschaftlichste Gefühle gegenüber der ČSR

London. Außenminister Eden wurde Donnerstag im Unterhaus vom Führer der Opposition Major Attlee gefragt, ob er eine Erklärung über die Lage in Oesterreich abgeben könne. Eden antwortete:

Die britische Regierung widmet der Entwicklung ihre äußerste Aufmerksamkeit. Der britische Botschafter in Berlin sei beauftragt worden, der deutschen Regierung das Interesse darzulegen, das die britische Regierung an den österreichischen Fragen nimmt und stets genommen hat.

Attlee fragte: „Kann der Außenminister eine klare Antwort auf die gestrige Interpellation geben, die sich auf die Stellungnahme der britischen Regierung zum Problem der österreichischen Unabhängigkeit gemäß der Deklaration vom Jahre 1934 bezog"?

Eden antwortete: „Ja, diese Deklaration war, wie das Haus sich erinnern wird, durch die Konferenz in Stresa bestätigt worden, wie auch der Modus der Konsultation vereinbart wurde. Die britische Regierung legt Wert auf die Feststellung, daß — soweit sie in Frage kommt — sie zu einer solchen Beratung bereit war und bereit ist."

Major Attlee fragte, ob Eden angesichts der seitens Deutschlands Oesterreich gegenüber verwendeten Methoden die Haltung der britischen Regierung gegenüber der Tschechoslowakei darlegen könne.

Eden antwortete: „Ich glaube, es ist wünschenswert, eine solche Anfrage schriftlich zu formulieren. Ich möchte aber dem Hause sofort versichern, daß England stets die freundschaftlichsten Gefühle gegenüber der tschechoslowakischen Nation hegt und sich genau der Verträge bewußt ist, welche die Tschechoslowakei mit anderen Großmächten verbinden."

Churchill fragte darauf, ob — abgesehen von den Verpflichtungen einzelner Staaten — auch der Völkerbund genaue Verpflichtungen und Verantwortungen hinsichtlich der Unabhängigkeit Oesterreichs habe? Eden antwortete:

„Ja, Churchill hat absolut recht mit diesem Hinweis. Es ist unsere Ansicht im Hinblick auf die besonderen Umstände der Deklaration von Stresa, daß wir bereit sind, mit anderen Mächten gemeinsam zu handeln. Ich glaube aber nicht, daß es an England ist, die Initiative zu ergreifen."

Minister Eden erklärte abschließend auf eine weitere Frage des Abg. Bellengers, daß die britische Regierung bezüglich Oesterreich in dauernder Beratung mit der französischen Regierung steht.

Seyß-Inquart in Berlin

Besprechungen mit Hitler, Ribbentrop, Himmler und Frick

Berlin. Der neue österreichische Innenminister Seyß-Inquart ist Donnerstag vormittags überraschend in Berlin eingetroffen, um das deutsche Kabinett über die Durchführung der in Berchtesgaden vereinbarten Maßnahmen zu informieren. Noch am Vormittag wurde er von Hitler zu einer längeren Aussprache empfangen, über deren Inhalt nichts bekannt ist. Weitere Gespräche führte Seyß-Inquart mit dem Außenminister Ribbentrop und dem Chef der Polizei Himmler. Weiters sollte er mit dem Reichsinnenminister Dr. Frick über die Frage der Oesterreichischen Legion und über die Tätigkeit einiger österreichischer Naziführer verhandeln, die amnestiert wurden und das österreichische Staatsgebiet verlassen werden.

Die österreichische Gesandtschaft in Berlin wurde von diesem Besuch nicht verständigt. Der Minister wurde auf dem Berliner Bahnhof weder von Mitgliedern der österreichischen Gesandtschaft noch von Vertretern der deutschen Regierung empfangen.

In deutschen politischen Kreisen wurde nach einer Havas-Meldung erklärt, daß der Berliner Besuch Dr. Seyß-Inquarts die Anknüpfung von Beziehungen im Sinne der über die Berchtesgadener Zusammenkunft veröffentlichten amtlichen Meldung bedeutet. Politische Kreise erklären, daß dieser Besuch — im Hinblick auf die durch diese Unterredungen hervorgerufene neue Situation — dazu dienen werde, eine „engere und bessere Zusammenarbeit" zwischen dem reichsdeutschen und dem österreichischen Innenminister zu erzielen, eine Zusammenarbeit, die alle „Mißverständnisse", welche sich manchmal zwischen zwei Ländern ergeben, wie z. B. in der Frage der Emigranten oder in Angelegenheit von Grenzzwischenfällen, beseitigen könnte.

Arbeiterstreiks gegen Gleichschaltung

Am Montag haben die Metallarbeiter von Fiat-Daimler-Schuttelworth und nach ihrem Beispiel die Arbeiter in einer ganzen Reihe anderer Betriebe die Arbeit für zwei Stunden eingestellt, um gegen die Vereinbarungen von Berchtesgaden und gegen die Aufnahme der Nazis in die Regierung zu protestieren. Die NS haben schon gestern am Tage nach der Bekanntgabe der Umbildung der Regierung ein Flugblatt mit einem Aufruf herausgegeben. In dem Aufruf wird auf die Folgen der Auslieferung der Sicherheitsexekutive an die Nazis hingewiesen und darauf aufmerksam gemacht, daß die in Oesterreich stark verbreitete „Essener Nationalzeitung" schon triumphierend mitteilte, „daß nach der Durchführung dieser Maßnahmen die innere Gleichschaltung Oesterreichs vor sich gehen wird".

In dem Aufruf wird die österreichische Arbeiterschaft aufgefordert, das Beispiel der Arbeiter von Fiat-Daimler nachzuahmen und in den Betrieben und Ortsversammlungen des Gewerkschaftsbundes gegen die Auslieferung Oesterreichs an die Nazis zu protestieren. Der Aufruf wendet sich zugleich auch an die Arbeiter der demokratischen Länder und fordert, daß sie auf ihre Regierungen einen Druck ausüben, damit sie mit mehr Aktivität und Entschiedenheit dem Druck des Dritten Reiches auf Oesterreich entgegenwirken.

100 konservative Abgeordnete für „bestimmte Haltung" Englands

London. Der sehr einflußreiche außenpolitische Ausschuß der den Regierungsparteien angehörenden britischen Parlamentarier (es handelt sich vorwiegend um Konservative) hielt Donnerstag im Unterhaus eine Beratung ab, welche der deutsch-österreichischen Frage gewidmet war. Nach eineinhalbstündiger geheimer Sitzung wurde folgendes Kommuniqué veröffentlicht:

„Der außenpolitische Ausschuß der den Regierungspartien angehörenden Abgeordneten hielt Donnerstag abends im Unterhaus eine Beratung ab, in der fast 100 Personen anwesend waren. Zweck der Sitzung war die Erörterung der Lage in Deutschland und Oesterreich. Der Vizepräsident Nicholson (nationale Labourparty) eröffnete die Ansprache. Nach einer eingehenden Diskussion der Lage gelangte der Ausschuß zu dem Ergebnis, daß die europäische Entwicklung möglicherweise eine bestimmtere Haltung Großbritanniens (more positive attitude) erforderlich machen könnte. Für diesen Fall versicherte der Ausschuß die Regierung der vollsten Unterstützung der Regierungsparteien."

Tatarescu nach Paris und London

Bukarest. Wie die „Epoca" meldet, wird Minister Tatarescu Ende März die Hauptstädte Westeuropas besuchen. Die Reise Tatarescus soll nach Abschluß der wesentlichsten Programmarbeiten der Regierung erfolgen.

Labour-Sieg bei einer Nachwahl

London. Bei den Ergänzungswahlen im Bezirk Ipswich wurde der Arbeiterkandidat Stokes gewählt, der 27.604 Stimmen gegen den national-konservativen Kandidaten Willink erzielte, der 24.443 Stimmen erhielt. Vorher war ein Konservativer Abgeordneter des Bezirkes.

Neue Forderungen Hitlers?

London. Die in den Abendblättern aus Wien und Berlin veröffentlichten Meldungen differieren in der Darstellung des Zweckes der Deutschlandsreise des österreichischen Innenministers Seyß-Inquart. Auf der einen Seite wird behauptet, daß Reichskanzler Hitler von Oesterreich weitere Konzessionen verlangt habe, insbesondere außenpolitischer Art. Diese sollen sein:

Sofortiger Austritt Oesterreichs aus dem Völkerbunde und

Beitritt Oesterreichs zum Antikomintern-pakt.

Die Notwendigkeit einer raschen Entschließung Wiens soll damit begründet worden sein, daß Reichskanzler Hitler die völlige außenpolitische Gleichschaltung Oesterreichs in seiner Reichstagsrede vom 20. d. bekanntgeben wolle.

Andere Meldungen besagen, daß Seyß-Inquart nach Berlin gefahren sei, weil Deutschland die seitens Oesterreichs gemachten Konzessionen für unzureichend erachte. Deutschland soll unzufrieden sein besonders hinsichtlich:

1. der zu weit reichenden Vollmacht des Chefs der österreichischen Polizei Dr. Skubl,

2. des Ausschlusses der österreichischen Legion von der Amnestie und

3. hinsichtlich der Bestellung einzelner neuer Mitglieder der österreichischen Regierung.

Washington pessimistisch

Washington. Aus offiziöser Quelle wird erklärt, daß die Ereignisse in Oesterreich im Washingtoner Außenministerium und an politischen Stellen einen sehr pessimistischen Eindruck hervorgerufen haben. Man hält dafür, daß die Unabhängigkeit Oesterreichs de jure zwar noch bestehe, in Wirklichkeit aber nicht mehr vorhanden sei.

Wir arbeiten!

Von Abg. Siegfried Taub

Ein Jahr ist seit dem Tage verstrichen, an welchem Ministerpräsident Milan Hodža in Vertretung der Regierung der tschechoslowakischen Oeffentlichkeit den Willen kundgetan hat, den durch die Aktivisten verdolmetschten Wünschen der Deutschen in vielen Punkten Rechnung zu tragen. Diese Willenskundgebung der Regierung ist in der gesamten deutschen Oeffentlichkeit mit einer außerordentlichen Genugtuung aufgenommen worden. Diese unleugbare Tatsache konnte jene Partei, welche die Totalität zu ihrem Programm gemacht hat, nicht ruhig hinnehmen, ihre ganze Konzeption wurde durch die Regierungsaktion gestört. Es wurden nun alle Register der wüsten, bisher auch bei dieser Partei nicht in dem Maße wahrnehmbaren Demagogie aufgezogen, um die Tat der Regierung als völlig belanglos, den offenkundigen Erfolg der Aktivisten als eine ganz harmlose, nur auf die Täuschung der deutschen Bevölkerung eingestellte Angelegenheit hinzustellen. In verhältnismäßig kurzen Zeitintervallen wurde immer und immer wieder die Frage aufgeworfen, wo denn die Erfolge der deutschen Aktivisten sichtbar sind. Nach dreieinhalb Jahren ihres Bestandes hat die Totalitätspartei endlich Worte gefunden, die zum Ausdruck bringen sollten, wie sich die Totalitären die Lösung des nationalen Problems in unserer Republik vorstellen. Diesem Zweck sollten die sogenannten Ausgleichsanträge dienen, die die SdP eingebracht hat und welche die Aufgabe erfüllen sollten, den 18. Feber zu paralysieren. Es wurden alle möglichen Methoden angewendet, um der Welt die außerordentliche Bedeutung der Anträge vor Augen zu führen. Alle diese Mittel haben nicht vermocht, die Oberflächlichkeit zu verhüllen, mit der die Anträge in aller Eile zusammengestoppelt wurden, sie haben der sachlichen Kritik nicht standzuhalten vermocht. Auch die Einzelgänger im tschechischen Lager, die sonst bei jeder Gelegenheit geneigt sind, sich schützend vor die SdP zu stellen, konnten nicht umhin, ihrer Enttäuschung Ausdruck zu verleihen. Und so hat denn die Aktion der SdP das Ziel, das sie sich gesteckt hat — durch Ueberreichung dieser Anträge den 18. Feber zu verdunkeln — nicht erreicht.

Mit um so mehr Kraftaufwand wurde immer erneut der Versuch unternommen, die völlige Erfolglosigkeit der deutschaktivistischen Aktion herauszuheben. Es wird am heutigen Tage festgestellt werden können, daß sich seit dem 18. Feber Veränderungen zugunsten der Deutschen in mannigfacher Beziehung ergeben haben. Wir sind weit davon entfernt, zu behaupten, daß die Tatsache der Regierungserklärung allein schon hinreicht, wir haben von Anbeginn immer und immer wieder auf die Schwierigkeiten aufmerksam gemacht, die sich der praktischen Durchführung des 18. Feber entgegenstellen. Wir haben in dem abgelaufenen Jahre unsere Hauptaufgabe darin gesehen, die Schwierigkeiten zu beseitigen, wir haben uns nicht gescheut, öffentlich in der Presse, in Versammlungen, im Parlament auf gewisse Umstände hinzuweisen, deren Beseitigung im Interesse der Befriedung der die Republik bewohnenden Nationen dringend notwendig ist. Diese zähe, unermüdliche, aufreibende Arbeit hat schon im ersten Jahr Früchte getragen, der volle Erfolg dieser Aktion wird erst in der nächsten Zeit für jedermann sichtbar werden. Es kann nicht geleugnet werden, daß die Regierung von den besten Absichten beseelt ist, daß sie keine Gelegenheit vorübergehen läßt, um mit allem Nachdruck auf die Verwirklichung des 18. Feber hinzuweisen und daß sie auch aus Anlaß des Jahrestages des 18. Feber mit aller wünschenswerten Klarheit den Willen zum Ausdruck gebracht hat, alles zu unternehmen, was geeignet ist, die Zusagen zu erfüllen. Der Widerstand, der da und dort wahrnehmbar ist, wird mit der Zeit gebrochen werden, die von der Regierung ausgegebenen Richtlinien werden bindende Formen annehmen. Die Arbeit, welche die Kanzlei der Zentralstelle der aktivistischen Parteien unter Führung meines Freundes Wanka in dieser Zeit geleistet hat, kann auch nicht annähernd gewürdigt werden. Bei der Durchführung der Aufgabe, vor welche die Kanzlei plötzlich gestellt war, wurden wir vor völlig neue Aufgaben gestellt. Es galt vor allem, den notwendigen Kontakt mit den maßgebenden Zentralstellen aufzunehmen und entsprechend auszubauen, es galt, die Bedenken zu beseitigen, die da und dort aufgetaucht sind, es galt auch, der Vorstellung entgegenzuwirken, als ob die Verwirklichung der Zusagen vom 18. Feber keineswegs zu den dringendsten Aufgaben zählen würde. Vielfach mußte darüber hinaus auch Einzelerscheinungen entgegengewirkt werden, die darauf schließen ließen, daß einzelne behördliche Organe der Auffassung sind, als ob die Regierungsaktion keineswegs ernst gemeint sei. In solchen Vorstellungen wurden sie durch das Verhalten der SdP bestärkt.

In dieser Atmosphäre mußte gearbeitet, mußten die Voraussetzungen für eine gedeihliche Auswirkung des 18. Feber geschaffen werden. Es mußte darangegangen werden, in den einzelnen Bezirken Sammelladers für die Gesuchswerber, Informationsstellen für die Interessenten zu schaffen. Diese Organisationsstellen zu errichten, ihnen die Wichtigkeit der Aufgabe, vor die sie gestellt sind, beizubringen, war — heute kann es gesagt werden — angesichts der damals herrschenden Verhältnisse, angesichts der außerordentlichen Spannungen, die in den einzelnen Gebieten zwischen den Anhängern der aktivistischen Parteien bestanden haben, keineswegs immer eine leichte Arbeit. Der Zentralstelle ist es gelungen, in 81 Bezirken diese Geschäftsstellen zu errichten, es ist möglich gewesen, in einer Reihe von Konferenzen den Komplex der Aufgaben festzulegen, vor welche der 18. Feber die drei aktivistischen deutschen Parteien gestellt hat. Vor allem aber galt es, die Bewerbung systematisch zu organisieren. Nur derjenige, der die Vorgänge in den abgelaufenen Jahren seit Bestand der Republik mit verfolgt hat, kann sich annähernd eine Vorstellung von der gewaltigen Arbeit machen, die da zu leisten war, und die auch in Zukunft geleistet werden muß, wenn die Erklärung der Regierung in vollem Umfang in die Tat umgesetzt werden soll. Man muß sich vergegenwärtigen, daß die Deutschen in der Regel um öffentliche Stellen entweder gar nicht oder nur in einem außerordentlich beschränktem Ausmaße kompetiert haben, daß aber auch deutsche Unternehmer vielfach an öffentlichen Ausschreibungen bei Vergabe von Arbeiten nicht teilgenommen haben, weil sie bei ihren bis dahin an den Tag gelegten Bemühungen nicht den gewünschten Erfolg zu erzielen vermochten. Es mußte also das Interesse der Deutschen auf diesem Gebiete erst geweckt werden, es mußten vor allem die Deutschen dazu gebracht werden, daß sie sich um die freiwerdenden Stellen bewarben, es mußte den deutschen Unternehmern gezeigt werden, daß sie mit Aussicht auf Erfolg sich um öffentliche Arbeiten bewerben können.

Diese schwierige organisatorische Arbeit ist erst in den Anfängen. Die unermüdliche systematische Arbeit, die nach dieser Richtung hin die Zentralstelle, die Landesstellen und die Bezirksstellen leisteten, wird, davon bin ich felsenfest überzeugt, ihre Früchte zeitigen und uns ein gutes Stück vorwärts bringen. Wir dürfen uns durch nichts in unserer Arbeit stören lassen. Nur ein Ignorant, oder ein dem 18. Feber von vornherein ungünstig Gesinnter, kann an dem bisher Erreichten nörgeln, kann den endgültigen Erfolg des 18. Feber in Frage stellen. Die Zusage, welche die Regierung Hodža am 18. Feber 1937 gemacht hat, wird restlos erfüllt werden. Die deutsche Bevölkerung wird sich davon überzeugen, daß ihre Interessen nur gewahrt und gefördert werden können durch Parteien, die, gestützt auf die realen Verhältnisse, unentwegt für die Befriedung der unsere Republik bewohnenden Völker eintreten und die sich bei der Durchführung dieser Arbeit in vollem Einklang mit den maßgebenden Regierungsstellen befinden.

Die deutsch-tschechische Friedensaufgabe

Von Abgeordneten Wenzel Jaksch

Das Werk des 18. Feber ist nur aus großer historischer Perspektive gerecht zu würdigen. Nach Jahrzehnten der Entfremdung des offenen Gegensatzes, ja oftmals des bittersten Kampfes zwischen den beiden Landesvölkern Böhmens und Mährens, die seit 1918 zu den stärksten Volkspartnern der Moldaurepublik geworden sind, wurde vor Jahresfrist ein tapferer Versuch zur friedlich-einvernehmlichen Neuordnung ihrer nachbarlichen Beziehungen unternommen. Tapfer ist dieser Versuch zu nennen, weil er auf dem Höhepunkt einer nationalistischen Welle unternommen wurde, welche fast alle Länder des Kontinents überflutet. Der Verständigungsgedanke, in anderen Staaten blutig zu Boden gerungen, hat damit auf tschechoslowakischem Boden eine Tat gezeugt, die einer ganzen Reihe gemischtnationaler Staatswesen zum Vorbild gereichen kann. Man mag die Bedeutung des Feber-Abkommens hoch oder gering einschätzen, die Tatsache ist nicht wegzuleugnen, daß es das bedeutendste Positivum in der gesamteuropäischen Nationalitätenpolitik der Nachkriegszeit darstellt.

Es besteht am Jahrestag des Feber-Abkommens kein Anlaß zum Jubeln und kein Grund zum Verzagen. Die Verfechter der Verständigungspolitik in beiden nationalen Lagern haben eine schwere, eine opferreiche Aufgabe übernommen. Das Bekenntnis zum 18. Feber ist hüben und drüben zu einem Symbol des guten Willens geworden, mit einer unglücklichen Vergangenheit zu brechen und gemeinsam eine glücklichere Zukunft des Landes und aller seiner Bürger aufzubauen. Was aus dem 18. Feber wird, in welchem Maße er sich segensreich auszuwirken vermag, das liegt nicht allein an dem guten Willen der führenden Männer des deutschen wie des tschechischen Verständigungslagers, das liegt an dem souveränen Willen der Völker selbst. Tschechen wie Deutsche stehen vor der schwerwiegenden inneren Entscheidung, ob sie, Machtträumen nachjagend, ihre besten Kräfte in endlosem Streit vergeuden und verzehren wollen, oder ob sie ihre großen Begabungen zu segensvoller Friedensarbeit zu verbinden bereit sind. An die Adresse der Sudetendeutschen, der Tschechen und Slowaken ist daher aus diesem Anlaß ein offen-eindringliches Wort zu sagen.

Tief in ein zum guten Teil unverschuldetes Unglück hineingerissen, haben die Sudetendeutschen nach dem Weltkriege nur langsam ein klares Bild ihrer grundlegend veränderten Lebensbedingungen gewinnen können. Schwere Denkfehler sind hiebei unterlaufen, die nunmehr durch geläuterte Erkenntnis korrigiert werden müssen. Viele Sudetendeutsche wähnten, das junge Staatsglück der Tschechen und Slowaken wäre erschlichen. Sie übersahen, wie der Staatsgründung ein jahrzehntelanges opfervolles Aufstiegsringen dieser kleinen Nation voranging, daß eine geniale politische Führung ihrer Auslandsrevolution die Weltkräfte richtiger eingeschätzt hat, als die politisch-militärische Führung der Mittelmächte. Der Aufstieg der Tschechen und Slowaken zu eigener Staatlichkeit war nur eine Teilerscheinung des elementaren Aufstrebens der slawischen Völkerwelt im europäischen Osten und Südosten, welche das Antlitz unseres Kontinents grundlegend verändert hat und in den nächsten Jahrzehnten noch weiter verändern wird. Diese einem Naturereignis gleichende Erscheinung hätte die Sudetendeutschen als Grenzvolk auch ohne die politisch-militärische Katastrophe des Weltkrieges in einen Zustand wachsender Bedrohung ihrer Existenzgrundlagen versetzt. Auch als führendes Staatsvolk der österreichischen Reichshälfte hätten die Deutschen eine Politik des 18. Feber einschlagen müssen. Es gibt in einem gemischtnationalen Staatswesen keine andere demokratische Lösung als die, im Vertragswege den schlüsselmäßigen Anteil der Nationen am Staate zu regeln und die Entwicklung des nationalen Besitzstandes dem offenen Wettbewerb auf wirtschaftlichen, kulturellen und auf geistig-politischen Gebiete zu überlassen. Das letzte Wort haben schließlich die Quoten des natürlichen Bevölkerungszuwachses, ein Gebiet, welches zu allerletzt machtpolitischer Bestimmung unterliegt.

Ein zweiter Denkfehler in der sudetendeutschen Politik war durch viele Nachkriegsjahre die Einschätzung der Lebenskraft des neuen Staates. Der mechanische Vergleich mit dem Endstadium der Doppelmonarchie, die an ihren ungelösten nationalen Problemen zugrundeging, lag sehr nahe. Politischer Illusionismus sah gerne darüber hinweg, daß erst vier Jahre Kriegserschütterung das morsche Reich zu stürzen vermochten und daß es schließlich daran gestürzt ist, weil keine seiner Nationen an der Erhaltung der Monarchie ein Lebensbedürfnis empfand. Der tschechoslowakische Staat hingegen war getragen durch die Kraft eines jungaufstrebenden Volkes von nicht wegzuleugnender wirtschaft-kultureller und administrativer Leistungsfähigkeit. Diesem Staate gegenüber mußte auch die Nachahmung der tschechischen Obstruktionstaktik der Vorkriegszeit scheitern, weil der Staat inzwischen seinen Machtbereich gewaltig ausgedehnt hatte. Ein Bauernvolk kann auch den Staat leichter obstruieren als ein Industrievolk, welches mit allen Fasern seines Daseins auf den modernen Staat angewiesen ist. Die bürgerlich wählende Mehrheit der Sudetendeutschen hat nach dem Kriege die politische Herrenideologie jener Fabrikanten und Großgrundbesitzer übernommen, welche zuvor die Geschicke des Volkes entscheidend beeinflußten. Ein proletarisiertes Volk kann sich aber eine Herrenideologie nicht leisten und darum hat die sudetendeutsche Politik erst mit verlustreicher Verspätung ein positives Verhältnis zu den Realitäten des Staates und des tschechischen Volksdaseins gefunden. Wenn nicht schon früher, so soll heute endlich klar erkannt werden, daß uns die Tschechen vielfach nicht nur durch zahlenmäßiges Uebergewicht, sondern auch als überlegener Leistungsfaktor zurückgedrängt haben, gegen welchen sich die Sudetendeutschen nur durch Qualitätsleistung auf allen Wettbewerbsgebieten behaupten können. Die Politik kann nur Benachteiligungen staatspolitischer Art überwinden. Alles andere liegt an der lebendigen Behauptungskraft des Volkes selbst. Solange ein großer Teil der Sudetendeutschen irgendwelchen Luftschlössern nachträumt und seine Kraft nicht voll auf dem Schicksalsboden der Heimat zum Einsatz bringt, werden wir als Nation ein gefährdetes Dasein führen. Gegen diese Gefahr ist der 18. Feber kein Zauberrezept.

Viel Kritisches bleibt auch noch immer an die Adresse der tschechischen Politik zu sagen. Alle Siegervölker sind dem Fehler verfallen, die große Realität des deutschen Volksdaseins im Herzen Europas zu unterschätzen. Die Frist, innerhalb welcher ein Achtzigmillionenvolk durch einseitige Verträge niedergehalten werden kann, ist falsch berechnet worden. Der historische Auftrag, den Besiegten versöhnlich die Hand zu reichen und mit ihnen ein neues Europa aufzubauen, wurde nicht erfüllt. Zu spät wurde erkannt, daß dem deutschen Volke im Zeitalter der Technik und der Wirtschaftsorganisation wieder eine große Rolle zugedacht ist, die es nur aus eigener Schuld verspielen kann. In der Beklemmung des schlechten Gewissens sind nun die westlichen Demokratien geneigt, der gepanzerten Faust das zu gewähren, was der verblutenden Verständigungsidee hochmütig versagt wurde. Welche Wirrnis durch die Inkonsequenz in der Welt noch angerichtet werden wird, ist gar nicht abzusehen. Es bleibt nur die Forderung zu erheben, daß die tschechische Politik aus der europäischen Entwicklung die vernunftgemäßen Konsequenzen ableite. Ein Plus hat die Tsche-

Die Jugend zum 18. Feber

Gemeinsame Erklärung der deutschen und der tschechischen Arbeiterjugend

Die tschechische und die deutsche sozialdemokratische Jugend erblickt in den Regierungsvereinbarungen vom 18. Feber 1937 den Beginn einer grundlegenden nationalen Befriedung unseres Landes.

Die Febervereinbarungen anerkennen das Prinzip der nationalen Gerechtigkeit auf den wichtigsten Gebieten der öffentlichen Verwaltung und des öffentlichen Dienstes. Durch national gerechte Vergabe der öffentlichen Arbeiten wurde an der wirksamen Bekämpfung des sozialen Notstandes in den Randgebieten der Republik mitgeholfen. Vor allem hofft die sozialdemokratische Jugend beider Nationen, daß sich der Geist der nationalen Verständigung, der den Vereinbarungen vom 18. Feber zugrunde liegt, auch in der Sprachenfrage auswirken werde und daß die Völker unserer Republik auf der gemeinsamen Plattform demokratischer Gesinnung immer mehr in allen ihren Teilen aus einem oft feindseligen Nebeneinander ein festes Miteinander gestalten.

Die demokratischen Parteien unseres gemeinsamen Vaterlandes haben dem Ernst der Stunde und der unabweisbaren staatlichen Notwendigkeit entsprechend mit dem Abschluß der Vereinbarungen vom 18. Feber ein Friedenswerk von europäischer Bedeutung gesetzt. Sie lieferten ein praktisches Beispiel für die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit der Völkerverständigung.

Das Werk vom 18. Feber wird umso größere Bedeutung und Wirkung erlangen, je mehr es vom Programm der Regierung zum Programm der Völker wird. Die Gedanken des 18. Feber müssen die Richtschnur jedes einzelnen Staatsbürgers werden.

Nur das demokratische Verantwortungsbewußtsein aller Glieder unserer Nationen wird die Fortsetzung des Werkes des 18. Febers zu sichern vermögen, und darum verstehen wir, den 18. Feber auch als eine erzieherische Aufgabe, deren Erfüllung gleichbedeutend ist mit dem Siege der Vernunft und der Humanität über die zerstörerischen Kräfte der nationalen Selbstsucht, Ueberheblichkeit und Unduldsamkeit.

Nationale und soziale Gerechtigkeit kann es nur in der Demokratie geben. Wir appellieren daher an die Jugend, sich nicht in geistiger Bequemlichkeit antidemokratischen Gedankengängen, sich nicht einem seichten Führerglauben hinzugeben.

Im Geiste des 18. Feber, im Geiste Masaryks reichen wir den jungen Menschen guten Willens aus allen Nationen der Republik unsere Hand zu gemeinsamer Arbeit für Volk und Heimat, zu dem gemeinsamen Bemühen, auf der Grundlage der in allen Stücken zu verwirklichenden nationalen Gerechtigkeit unserer Demokratie jenen sozialen Inhalt zu erkämpfen, den sie zu ihrer Vollendung braucht.

Junge Menschen, erkennt, daß unsere Völker, um glücklich und zufrieden zu werden, nichts so sehr brauchen wie Arbeit und Brot, wie Friede und Freiheit. Schlagt mit uns Brücken von Volk zu Volk, um diese Güter zu sichern!

Die Jugend der tschechoslowakischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

Die Jugend im OSČ.

Sozialistischer Jugendverband für die deutschen Gebiete der Tschechoslowakischen Republik.

Die Jugend in den Verbänden des deutschen Gewerkschaftsbundes.

Die Liebe zum Volke

Unser Volkstum war uns nie unbewußt und in niemandes Herzen hat die Liebe zu unserem Volke, aber zum Volke und nicht zu seinen Geldsäcken, heißer geschlagen als im Herzen des arbeitenden Volkes.

Josef Seliger

slowakei den westlichen Demokratien voraus. Hier ist der Weg des Diktats mit dem Abkommen vom 18. Feber verlassen worden, bevor die sudetendeutschen Verständigungsparteien verblutet waren. Es besteht aber noch immer die Gefahr, daß der Geist eines engherzigen Nationalstaatsbegriffes die Früchte des 18. Feber verdirbt. Jene tschechischen Politiker haben recht behalten, welche sich seinerzeit gegen die Ausschließung der Deutschen aus den Verfassungsberatungen und insbesondere von der Entscheidung über das Sprachenrecht wandten. In seinem innenpolitischen Geschichtswerk „Seit 1918 . . ." hat Dr. H. Klepetak die Erinnerung daran wieder aufgefrischt, daß das Sprachengesetz in der revolutionären Nationalversammlung von der äußersten Rechten unter dem Druck der Straße gegen den Willen Masaryks und der gemäßigten Parteien in der heutigen Form durchgepreßt wurde. Auch die Sprachenverordnung wurde ein halbes Jahrzehnt nach der Staatsgründung vereinbarungswidrig ohne Befragung der Deutschen oktroiert, ein Vorgang, gegen welchen die tschechisch-sozialdemokratischen Minister durch Verweigerung ihrer Unterschrift protestierten. Die gleichen Chauvinisten, welche eine demokratische Regelung des Sprachenrechtes seinerzeit verhinderten, beherrschen heute die deutsche Sprache sehr gut, wenn sie sich mit Berlin verständigen wollen. Es ist daher Freundespflicht, von der tschechischen Politik zu verlangen, daß die Demokratie jene Gleichberechtigung gewähre, welche die tschechischen Bewunderer Hitlers bereits für ihr Volk preiszugeben bereit sind. Die Verfassung ist demokratisch und daher ohne langwierigen Verfassungsstreit ausbaufähig. Das Sprachenrecht aber ist in seiner bisherigen Form ein großes Hindernis der nationalen Befriedung. Wenn der Staat die Herzen der deutschen Bevölkerung gewinnen will, dann muß er ihre Gefühle genau so respektieren lernen, wie die Gefühle des slowakischen Volksteiles respektiert werden. Gerade jene tschechischen Politiker, welche jahrzehntelang für sprachliche Gleichberechtigung gekämpft haben, sollten dafür Verständnis haben, daß der Staat in der Sprache seiner Bürger sprechen muß, wenn sie an ihm auch ihr Miteigentum erkennen sollen.

Der Weg zur Erfüllung der deutsch-tschechischen Friedensaufgabe, der am 18. Feber 1937 beschritten wurde, führt nur über die staatspolitische und sprachliche Gleichberechtigung der Nationen zum Ziel.

Der zweite Schritt

Von Paul Fürstenau, Teplitz-Schönau

Das Uebereinkommen vom 18. Feber 1937 wurde wiederholt als der erste Schritt auf dem Wege der Verständigung zwischen Tschechen und Deutschen, zur völligen Befriedung ihres Zusammenlebens, bezeichnet. Hier wurde die gegenseitige praktische Verwirklichung verfassungsmäßig festgelegter Rechte und Pflichten der deutschen Bürger unserer Republik dem Staat gegenüber und des Staates gegenüber seinen Bürgern vorgezeichnet und angebahnt. Wenn also damit einer materiell-rechtlichen Seite des Problems Genüge getan wurde, — wohin soll uns der zweite Schritt führen, welchen Bereich unseres gemeinsamen Lebens soll er erschließen?

„Der Mensch lebt nicht vom Brot allein", — dadurch, daß Menschen für ihr Zusammenleben und gemeinsames Arbeiten selbst völlig ausreichende, nach allen Seiten gerechte Satzungen und Formeln finden, wird ihrer Gemeinsamkeit noch nicht jene innere Wahrheit und Notwendigkeit gegeben, aus denen sie ihr bestes Wesen, ihre Dauerhaftigkeit und die Widerstandskraft auch gegen heftige äußere Anfechtungen erhält. Diese innere Verbundenheit erwächst erst aus wahrer menschlicher Zuneigung, begründet auf der Kenntnis und Hochschätzung des Wesens dessen, mit dem man verbunden ist. Man kann nur den Menschen wirklich schätzen, den man kennt, und nur zwischen Menschen, die sich ehrlich gerne haben, gibt es Vertrauen und festes Zusammenhalten in allen Lagen dieses so wechselreichen Lebens.

Kennen unsere Völker einander? Ist diese Voraussetzung für ihr vertrauensvolles Zusammenarbeiten erfüllt? Ich fürchte, wir können diese Frage noch nicht bejahen. Wie entstellt, wie unzulänglich und unlebendig ist das Bild, das der Deutsche vom Tschechen, der Tscheche vom Deutschen im Durchschnitt vor Augen hat. Wieviele Tschechen wissen etwas von dem stillen Wesen des Schlesiers, in dem sich neben praktisch nüchternem Arbeitssinn Raum findet für die Mystik des Jakob Böhme und des Emanuel Quint? — von der heiter lebendigen Art des Elbländers, von dem derb humorigen Egerländer und dem anspruchslosen, treuen Böhmerwäldler? Und was weiß der Deutsche umgekehrt von dem urgesunden Bauerntum, das in Böhmen, in der Hanna und in der Slowakei lebt, von der rauhen, aber tiefen Menschlichkeit des ostschlesischen Bergmanns; was kennt er von dem gütigen Humor, der Schlagfertigkeit und Bildkraft der tschechischen Sprache?

Ueberall, wo Deutsche und Tschechen persönlich menschlich einander nahekommen, finden sie sich, erkennen wechselseitig ihren Wert und fangen gewöhnlich an sich zu wundern, woher denn also ewig diese Unstimmigkeiten und Schwierigkeiten kommen können. Die große Aufgabe besteht nur darin, solches menschliche Nahekommen und Kennenlernen der großen Masse der beiden Völker zu ermöglichen. Wir können freilich keine Völkerwanderung beginnen; aber eine gute Wirkung üben z. B. schon die Ferienwochen, die deutsche Kinder unter tschechischen Menschen und umgekehrt verbringen. Nur darf dann, wenn die an sich vorurteilslosen, unbefangen urteilenden Kinder wieder in die Heimat zurückgekehrt sind, das so Gewonnene nicht durch falsche Reaktion der Erwachsenen wieder zerstört werden.

Nächst der persönlichen Berührung ist der beste Führer zum Wesen eines Volkes seine Kunst. Denn in ihr gibt jedes Volk sein Tiefstes und Bestes. Ausstellungen deutscher Künstler in den tschechischen Städten und umgekehrt, wofür freilich das Beste und Kennzeichnendste ausgewählt werden müßte, sollten neben Aufführungen der Musik, der Theaterkunst treten.

Dann aber öffnet sich das Reich der Dichtung, der Sprache. Wo anders könnte der Deutsche den Tschechen besser kennenlernen als etwa in dem rührend reinen Bild der „Babička", in Nerudas Gestalten, bei Ignát Herman und Karel Capek und so vielen, vielen anderen! Und wieviel gäben dem Tschechen unsere Ebner-Eschenbach, unsere Stifter, Leutelt, — keine Aufzählung, sondern nur Erinnerung an Reihen, die seitenlang fortgesetzt werden könnten. Gute, volkstümlich billige Uebersetzungen wären wahre Friedensengel, vor deren Flügelrauschen alteingefressene Vorurteile vergehen würden.

Freilich kann auch die beste Uebersetzung von der Dichtung annähernd nur soviel geben, wie die Schwarzweißwiedergabe von einem farbigen Bild. Darum, nicht nur aus praktischen Erwägungen, müssen wir einer des anderen Sprache lernen. Das geschieht wohl schon in den Schulen, — aber dort müßte viel mehr als jetzt neben dem Eifer fürs sprachlich Formelle die verständnisvolle Liebe für den Geist und die Schönheit dessen, was in der Sprache ausgedrückt ist, stehen. Es muß eine neue Jugend heranwachsen, mit klaren und liebevollen Augen, ungetrübt durch überkommene Vorurteile, ohne die Brille der Abneigung oder Geringschätzung, die ihr viele Alte immer wieder gerne auf die Nase setzen möchten.

Wenn wir, Deutsche und Tschechen, einander derart kennen lernen, werden wir erfahren, wie nahe wir uns in Wirklichkeit stehen. Der gemeinsame Heimatboden, gleiches Klima, gleiche Lebensbedingungen haben in vielen Jahrhunderten unter den Verschiedenheiten der Sprache, des Temperaments und der äußeren Lebensformen einen Wesenskern sich bilden lassen, durch den wir uns, als Menschen der Mitte in jedem Sinne, eng verwandt sind. Vielleicht haben wir uns gerade deshalb oft nicht gut vertragen. Wenn wir uns dessen aber bewußt werden, muß es uns gelingen, das Trennende zu überwinden, das Gemeinsame zu finden. Und Verschiedenheiten im Wesen der Völker sind nicht nur wichtig als geschichtlich gewordene Gegebenheiten, sondern vielmehr noch dadurch, daß sie einander wertvoll ergänzen. Was dem einen fehlt, kann der andere beisteuern zum Wohle und Gedeihen aller. Das gilt nicht nur im materiellen Bereich, wo sich Landwirtschaft, Gewerbe, Industrie und Handel nicht bekämpfen, sondern in die Hände arbeiten müssen, das gilt in weit höherem Sinne im Bereich der Kultur.

Nation und Menschlichkeit

Das nationale Gefühl und das Gefühl der Menschlichkeit ergänzen sich. Sie sind zwei Seiten einer und derselben reinen goldenen Medaille.

Edvard Beneš

Aus wechselseitigem Anregen entsteht der schöne Wetteifer, jeder auf seinem Gebiet, mit seinen Mitteln, in seiner Art, das Beste zu leisten. Was wir im Sport schon gelernt haben: bei eigener Anspannung zu höchster Leistung die neidlose, ehrliche Anerkennung für das Können des anderen, das uns zugleich zum Maßstab für das eigene Streben wird, — das müssen wir in allen Bereichen des Lebens erreichen und verwirklichen. Dann wird all die Energie und Kraft, die sich jetzt in unfruchtbarer Negation verzehrt, schöpferisch wirksam werden und beide Völker werden weit hinauswachsen über die Grenzen, die ihnen jetzt gesteckt scheinen.

Einen unschätzbaren Gewinn werden sie für ihr Seelenleben davontragen. Sie werden aus der trüben, lähmenden Atmosphäre des Mißtrauens in den reinen, befreienden Sonnenschein des Vertrauens eingehen. Da sie einander kennen und nach ihrem wahren Werte schätzen gelernt haben, werden sie wissen, was sie einander zu geben, voneinander zu erwarten haben und miteinander erreichen können. Das wird sie inniger und fester miteinander verbinden, als die Formen der äußeren Organisation ihres Zusammenlebens und das ist eben der zweite Schritt auf dem Wege der Befriedung.

Wir müssen gleich anheben, ihn zu tun, denn durch seine Wirkung soll ja das Ergebnis des ersten, durchblutet und genährt, aus einem politischen Uebereinkommen, zu einem organischen Bestandteil des Lebens unserer Völker werden. Es ist Arbeit für Generationen, aber Bemühung um das schönste Ziel auf dem Wege der Menschheit, das Ziel, das diesem Weg allein Sinn und Bedeutung verleiht, — um die reine Menschlichkeit.

Die Slowakei und der 18. Feber

Von Fritz Tejessy, Preßburg

Das Problem der Deutschen unseres Staates ist das Problem der historischen Länder. Dort leben die Deutschen in Millionenzahl in großen zusammenhängenden Gebieten, dort kann keine Verwaltungsgeometrie verwischen, daß ganze Bezirke, und sehr viele, ganz deutsch sind oder eine überwältigende deutsche Mehrheit haben. Aus der Problematik der historischen Länder ist der 18. Feber 1937 emporgewachsen, an seiner Wiege standen, ob man es zugeben will oder nicht, die Erfahrungen der nationalen Kämpfe, die in Böhmen und Mähren vor dem Weltkrieg geführt worden sind, der mährische Ausgleich wie die böhmische Ausgleichslosigkeit.

Die nationalen Probleme der Slowakei wurzeln in einer andern Tradition. Der österreich-ungarische Ausgleich von 1867 mit seiner völligen Preisgabe der nationalen Minderheiten Ungarns, die zusammengenommen die Mehrheit bildeten, an eine entwicklungsfeindliche ausbeuterische Großgrundbesitzer-Gentry bildete hier die Grundlage der Innenpolitik. Es gab schließlich nur madjarische Schulen, ja, wer sich als Schüler einer madjarischen Mittelschule ertappen ließ, daß er auf der Straße slowakisch sprach oder nach Hause in seiner slowakischen Muttersprache einen Brief schrieb, wurde von der Schule wegen Unwürdigkeit entfernt; es waren Zustände, die sich fast nicht von den Leiden unterscheiden, die heute die deutschen Südtiroler ertragen müssen. Nicht einmal die Schnüffelei nach der Sprache der Grabsteine auf den Friedhöfen fehlte.

Und doch war zwischen Deutschen und Slowaken als unterdrückter nationaler Minderheit ein erheblicher Unterschied. Die Gentry-Politik sah im Deutschen Angehörige eines Herrenvolkes, im Slowaken aber nur das Dienstmädchen und den Knecht. Einige Schulen, eigenes nationales Leben erhielten weder Deutsche noch Slowaken zugebilligt, gegen beide richtete sich der gleiche

Lehren der Geschichte

Von Dr. Emil Strauß

Das 19. und 20. Jahrhundert haben die Frage des Nebeneinanderlebens der Völker zum Schicksalsproblem der europäischen Menschheit gemacht. Im alten Oesterreich-Ungarn ebenso wie seit 1918 in der Tschechoslowakei handelt es sich hiebei um innerpolitische Probleme, um die Frage, wie ein Staat, der mehrere große Völker in seinen Grenzen beherbergt, seinen Nationen die politische, wirtschaftliche und kulturelle Entfaltung ermöglicht und sicherstellt.

In den böhmischen Ländern trat die Frage des Zusammenlebens der Tschechen und Deutschen zum ersten Mal im Sturmjahre 1848 als Schicksalsfrage des alten Staates hervor. Das tschechische Bürgertum verlangte nicht nur politische Freiheit, sondern auch die Sicherung der Volksentwicklung, welche es in der Anerkennung des böhmischen Staatsrechtes, d. h. in der Wiedererrichtung des in der Schlacht auf dem Weißen Berge zerstörten Staates der Wenzelskrone erblickte. Für Böhmen, Mähren und Schlesien sollten Zentralbehörden in Prag errichtet, Oesterreich sollte ein Bundesstaat werden. Das aber lehnten die Deutschen ab, weil sie fürchteten, im neuerrichteten böhmischen Staat zu einer einflußlosen Minderheit herabgedrückt zu werden. Im ersten freigewählten Parlament Oesterreichs, das erst in Wien, seit 15. November 1848 aber in dem mährischen Landstädtchen Kremsier versammelt war, wurde um die künftige Staatsverfassung heftig gekämpft, aber schließlich doch eine Einigung gefunden. Danach wurde zwar kein böhmischer Staat geschaffen, aber es sollten wenigstens die drei Kronländer als Verwaltungskörper erhalten werden. Innerhalb dieser Länder sollten national abgegrenzte Kreise entstehen, in denen die beiden Völker sich selbst verwalten hätten. Die Demokratie des Jahres 1848 brachte es also zu einer einvernehmlichen Lösung der nationalen Frage in den Sudetenländern, daß diese Lösung Theorie blieb und nicht Wirklichkeit wurde, war Schuld des habsburgischen Absolutismus, der durch seine Dragoner den Kremsierer Reichstag auseinanderjagte und mit dem Verfassungswerk auch den deutsch-tschechischen Ausgleich begrub. So lehren uns die Ereignisse der Jahre 1848 und 1849, daß das nationale Problem nur durch demokratische Verständigung, nicht durch Gewalt gelöst werden kann.

Aber nur wenig mehr als ein Jahrzehnt vermochte der bürokratisch-militärische Gewaltapparat Oesterreichs die Welt glauben zu machen, daß es eine nationale Frage in der Monarchie nicht gebe. Die Niederlagen von 1859 und 1866 erschütterten die Herrschaft des Absolutismus und zwangen zu verfassungsmäßigem Leben. Sie trieben den Kaiser zum Ausgleich mit dem Bürgertum und mit den Ungarn (1867), welch letztere ihren eigenen Staat im Rahmen einer Doppelmonarchie erhielten. In ähnlicher Weise sollte auch die tschechische Frage gelöst werden. Am 12. September 1871 erschien unter Verantwortung des Ministerpräsidenten Grafen Hohenwart ein kaiserliches Reskript, in welchem die historischen Rechte Böhmens anerkannt wurden. Das aber hatte einen Sturm der Deutschen und Ungarn zur Folge, welche darin eine Erschütterung ihrer Stellung in den beiden Reichshälften sahen und so fiel im Oktober 1871 die Entscheidung des Kaisers gegen die Errichtung eines böhmischen Staates. Die Enttäuschung der Tschechen war groß — seither waren weite Teile des Volkes von antidynastischen Gefühlen beseelt. Habsburg hatte neuerlich die Unfähigkeit bewiesen, das nationale Problem in den Sudetenländern zu lösen.

Von 1871 bis 1918, von dem Experiment Hohenwarts bis zu dem verspäteten Versuch Kaiser Karls, Oesterreich in einen Bundesstaat zu verwandeln, haben die österreichischen Staatsmänner an eine großzügige staatliche Neugestaltung und Umformung der Monarchie nicht gedacht. Man bemühte sich höchstens um eine Regelung der Sprachenfrage. Am 9. April 1880 setzte der Minister Stremayr für Böhmen und Mähren die Doppelsprachigkeit fest — fortan sollte bei allen Gerichten und Behörden in beiden Ländern in beiden Sprachen amtiert werden. Die deutschen Bürgerparteien sahen das Heil ihres Volkes in der Festsetzung des Deutschen als Staatssprache — zwei Versuche, diese Forderung auf parlamentarischem Wege durchzusetzen (1884 und 1886) schlugen fehl. Weder damals noch heute kann die Einführung einer Sprache als Staatssprache irgend etwas zur Befriedung der beiden Völker der Sudetenländer beitragen.

Wertvoller waren schon die Ergebnisse der Ausgleichsverhandlungen zwischen Deutschen und Tschechen, die am 19. Jänner 1890 zu einer Vereinbarung in Böhmen führten. Danach sollten der Landesschulrat und Landeskulturrat eigene nationale Sektionen erhalten, die Bezirks- und Kreisgerichtssprengel national abgegrenzt und Minderheitsschulen überall dort errichtet werden, wo mindestens 40 schulpflichtige Kinder der Minderheitsnation verhanden waren. Nur ein Teil des Ausgleiches konnte verwirklicht werden: trotz allen Sturms gegen die „Punktationen" von 1890 wurde die Sektionierung des Landesschulrates und Landeskulturrates durchgeführt, dort, wo man jedem Volk ein Stück innerpolitischer Selbstbestimmung gibt, schafft man Dauerndes.

Der übrige Teil des Ausgleichswerks wurde dadurch begraben, daß auf tschechischer Seite die ausgleichsfreundlichen Alttschechen bei den Wahlen von 1891 durch die Jungtschechen nahezu weggefegt wurden.

So ging der Kampf weiter und die späteren Regierungen suchten vor allem eine Regelung der Sprachenfrage herbeizuführen. Am 5. April 1897 gab der Ministerpräsident Badeni Sprachenverordnungen heraus, wonach beide Sprachen in Böhmen und Mähren Amtssprachen sein sollten und die Behörden und Gerichte mit den Bewohnern in der Sprache der Eingabe zu verkehren hatten. Diese Verordnungen wurden von den Deutschen abgelehnt, weil diese darin einen Einbruch in das sogenannte geschlossene deutsche Sprachgebiet sahen. Heute erkennt man, wie sehr der Nationalismus des deutschen Bürgertums dem Deutschtum geschadet hat; wäre diese Doppelsprachigkeit durchgeführt worden, stünde es um das sudetendeutsche Volk besser.

Nach dem Sturz Badenis versuchte es dessen Nachfolger Gautsch mit einer anderen Methode der Regelung: am 4. März 1898 erschien ein neuer Sprachenerlaß, wonach Böhmen in tschechische, deutsche und gemischtsprachige Bezirke zerfallen, in welchen dementsprechend amtiert werden sollte. Damit aber waren wieder die Tschechen unzufrieden, mit Rücksicht auf ihre Minderheiten im deutschen Gebiet — schließlich hob der Ministerpräsident Clary-Aldringen am 14. Oktober 1899 diese Sprachenverordnung auf —, man verzichtete auf die Regelung der Sprachenfrage überhaupt.

Den einzigen großzügigen Versuch zur Lösung des österreichischen Staatsproblems in den letzten Jahrzehnten des alten Oesterreich machte die Sozialdemokratie, welche sich auf ihrem Brünner Parteitag 1899 ein Programm der nationalen

Die Sicherheit des Staates

Ich bin mir dessen klar bewußt, daß es zur Sicherheit unseres Staates gehört, die Deutschen für den Staat zu gewinnen. Wir sind dafür mitverantwortlich, wenn es nicht dazu kommt, absolute Gerechtigkeit ist des wegen unser nationales Programm.

T. G. Masaryk

schwere Entnationalisierungsdruck, aber das madjarische Bürgertum, das im Fahrtwasser der offiziellen Nationalpolitik schwamm und noch chauvinistischer war als diese, sah mit erfreuten Augen, wenn sich der deutsche Stadtbürger madjarisierte, während es sich vom slowakischen Bediensteten durch die Klassenschranken genau so geschieden fühlte, wie der übrigens vielfach deutsch sprechende ungarische Hochadel. Aus diesem Grunde waren auch die Madjarisierungserfolge unter den Deutschen verhältnismäßig größer als unter den Slowaken.

Der Umsturz machte die Slowaken zur Staatsnation. Die nationalen Minderheiten, nun Madjaren und Deutsche, erhielten ihr eigenes Schulwesen, durften ein eigenes nationales Leben entwickeln. Das war vom humanitären Standpunkt ein großer Fortschritt gegenüber 1913. Doch so weit gingen die Slowaken oder besser gesagt der neue Staat nicht, daß sie in der Behandlung der nationalen Minderheiten die sofortige Angleichung an die historischen Länder vollzogen hätten. Vergleicht man das in der Slowakei praktisch herrschende Minderheitenrecht mit 1913, ergibt sich ein großer Fortschritt und damit ein Ruhmesblatt in der Geschichte der Tschechoslowakischen Republik. Vergleicht man die gegenwärtige Lage der Deutschen in der Slowakei mit jener der Deutschen in den historischen Ländern, haben die Deutschen der Slowakei noch viel einzuholen und eine kluge Staatsleitung müßte bemüht sein, diesen Unterschied schnellstens zu beseitigen.

Doch während die Deutschen das Problem der historischen Länder darstellen, sind sie es keineswegs in der Slowakei. Die staatspolitischen Probleme der Slowakei liegen bei der fast fünfmal so großen madjarischen Minderheit, die in räumlichem Zusammenhang mit dem ungarischen Staat angesiedelt ist, und immer mehr im Kampf zwischen dem Autonomismus nicht nur Hlinkas und dem Zentralismus Prags.

Dabei kommt das slowakische Deutschtum zu kurz. Die Angst vor der autonomistischen Demagogie verhindert selbst solche Zugeständnisse an die Deutschen, von deren Rechtmäßigkeit die Regierungskreise überzeugt sind. Bei jeder Behörde, bei jeder Anstalt wird genau geprüft, wie groß der Prozentsatz an Slowaken unter der Beamtenschaft ist. Da er meist nicht hundertprozentig ist und die Hlinkapresse daraus agitatorische Vorteile zu ziehen bemüht ist, sucht man die freien Stellen slowakischen Bewerbern vorzubehalten.

Da ergibt sich nun folgendes Kuriosum: die Parole der Autonomisten lautet: „Die Slowakei den Slowaken!", worunter gemäßigtere Elemente solche Personen verstehen, die in der Slowakei gebürtig sind, also auch die hiesigen Deutschen. (Der Regierung erscheint die Ausdehnung der Formel viel annehmbarer als die Formel selbst.) Nun ist aber bis 1918 eine wirklich deutsche Intelligenz in der Slowakei nicht entwickelt worden, die deutsche Intelligenz stand im madjarischen Lager und ist heute vielfach in Budapest zu finden, wo sie völlig madjarisiert, vor allem in Beamtenstellen lebt. Und seit 1919 konnte dieser Mangel nicht behoben werden, so daß in der Slowakei vielfach die geeigneten deutschen Bewerber für Staatsstellen fehlen. Das slowakische Deutschtum ist daher an der Ausdehnung der Formel: „Die Slowakei den Slowaken!" auf die Deutschen der Slowakei und den dadurch bedingten Ausschluß der Sudetendeutschen von der Beamtenlaufbahn in der Slowakei durchaus nicht interessiert.

Soweit wir feststellen konnten, werden nur bei der Besetzung von freien Lehrerstellen Deutsche aus den historischen Ländern berücksichtigt und auch da erst, wenn keine geeigneten Bewerber aus der Slowakei vorhanden sind. Einzelne deutsche Schwalben in der Eisenbahn- und Postdirektion machen noch keinen Sommer.

Die politische Gruppierung innerhalb des slowakischen Deutschtums erleichtert diese Benachteiligung. Der nationale Gedanke war bei den ungarländischen Deutschen nie zu einer gesunden Entwicklung gelangt. So lebten die deutschen bürgerlichen Parteien lange Jahre nach dem Umsturz in engstem organisatorischen Zusammenhang mit den ungarischen bürgerlichen Parteien. Die immer abgeleugnete bürgerliche Klassensolidarität war wieder einmal stärker als die in lauten Reden in den Himmel gehobene nationale Volksgemeinschaft. In der Slowakei hat sogar die tschechische Agrarpartei deutsche Sektionen und fängt mit dem Speck der Arbeitsvermittlung die deutschen Arbeitslosen. Den deutschen bürgerlichen aktivistischen Parteien ist es bisher nicht gelungen, hier einen Parteiapparat aufzubauen, so daß die deutsche Sozialdemokratie der einzige Repräsentant des deutschen Aktivismus ist und auf ihren Schultern vornehmlich auch der Kampf gegen den Henleinismus liegt, diesen Scheinnationalismus einer herrschsüchtigen Clique, die das Lakaientum vor dem deutschen Diktator in unbegründetem Stolz als nationales Selbstbewußtsein ausgibt und in ihrer Staatsfeindschaft und antisemitischen Demagogie erst jüngst in Preßburg offiziell erklären ließ, daß sie sich mit Hlinka und Sidor auf einer Linie befinde. Was schert diese Nationalpolitiker, daß die Hlinkapartei an Deutschenhaß nicht einmal von den tschechischen Faschisten übertroffen wird — wenn es gegen die demokratische Republik und das, was sie Marxismus nennen, geht, ist es ihnen gleichgültig, ob Rosenberg oder ein Prälat ihr Bundesgenosse ist.

So wenig konkret die Erfolge des 18. Feber in der Slowakei bisher sind und so sehr Fortschritte nur im Gefolge der Entwicklung in den historischen Ländern zu erzielen sein werden, so unrichtig wäre es doch, dieses politische Datum für unsere politische Arbeit in der Slowakei geringzuschätzen. Der Gewinn ist jetzt erst atmosphärischer Natur. Die gefühlsmäßige Einstellung der Behörden beginnt sich zu wandeln. War man früher konziliant, vielleicht sogar konzilianter als in den historischen Ländern üblich, wird der deutsche Aktivismus heute doch schon als geistiger Bundesgenosse in Erwägung gezogen. In der Slowakei können die Sprachinseldeutschen, die das schwere Schicksal tragen müssen, immer und überall Minderheit zu sein oder als solche zu gelten, kein staatspolitisches Problem werden. Man leistet es sich, in der zu dreißig Prozent deutschen Stadt Preßburg vom Hauptbahnhof und der Hauptpost jedes deutsche Wort fernzuhalten, Straßenpolizisten Dienst machen zu lassen, die auch nicht ein Wort deutsch sprechen, die Stations- und Ortsbezeichnungen in großen deutschen Sprachinseln rein slowakisch festzulegen, die Sprachinseln auf mehrere politische Bezirke aufzuteilen und dadurch die deutsche Minderheit um ihre Rechte zu bringen, man gliedert die deutschen Bürgerschulen an slowakische an, so daß es in der ganzen Slowakei keine selbständige deutsche Bürgerschule gibt, und verweist den Beschwerdeführer auf die Tatsache, daß die 160.000 Deutschen der Slowakei noch nicht fünf Prozent der Gesamtbevölkerung bilden . . . aber man fragt sich doch, ob man sich staatspolitisch auf dem richtigen Wege befindet, wenn man sich mit dem deutschen Aktivismus, repräsentiert durch die deutsche Sozialdemokratie, nicht verständigt.

In diesem sich anbahnenden Stimmungsumschwung liegt am ersten Jahrestage der Wert des 18. Feber 1937 für die Slowakei.

Die Zentralstelle und ihre Arbeit

Von Willi Wanka-Prag

Wir haben den Leiter der Zentralstelle der deutschen aktivistischen Parteien, Willi Wanka, ersucht, uns eine Reihe von Fragen zu beantworten, die sich auf die Entstehung der Zentralstelle, ihre Tätigkeit und ihre Erfahrungen in den zehn Monaten ihres Bestehens beziehen. Nachstehend die Antwort Willi Wankas auf diese Fragen:

Wann wurde die Zentralstelle eingerichtet und wie waren ihre organisatorischen Grundlagen bei ihrem Tätigkeitsbeginn beschaffen?

Die Schaffung der Zentralstelle der deutschen aktivistischen Parteien geht auf einen gemeinsamen Beschluß der Parteileitungen der drei deutschen Regierungsparteien zurück, der Mitte März 1937 gefaßt wurde. Das Sekretariat der Zentralstelle arbeitet regelmäßig seit 1. April 1937. Die Zentralstelle benötigte selbstverständlich sofort die Mitarbeit der aktivistischen Parteien in den einzelnen Bezirken. Daß diese Notwendigkeit auch erkannt wurde, beweist der Umstand, daß der weitaus größte Teil der aktivistischen Bezirksstellen in verhältnismäßig kurzer Zeit geschaffen wurde. Heute stehen der Zentralstelle schon 81 Bezirksstellen zur Verfügung, denen bei der praktischen Durchführung des 18. Feber eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zukommt.

Bei der Organisation der Arbeit aber stand die Zentralstelle vor vollständig neuen Aufgaben, weil die Gebiete des öffentlichen Lebens, welche den Gegenstand der Feberbeschlüsse bilden, vorher von sudetendeutscher Seite noch nie so umfassend und systematisch zu bearbeiten versucht wurde. Wir mußten nicht nur die Verbindung mit sehr vielen behördlichen Stellen aufnehmen, sondern auch die wichtigsten Bindungen und Zusammenhänge feststellen, auf deren Basis allein erfolgreich gearbeitet werden kann. Ein Jahr Arbeit hat unser Wissen um diese Zusammenhänge grundlegend erweitert.

Gibt es Wünsche hinsichtlich der Zusammenarbeit in den Bezirksstellen und des Zusammenwirkens der Bezirksstellen mit der Zentrale?

Solche Wünsche wird es immer geben. Sie ergeben sich vor allem aus den wachsenden Aufgaben der Bezirksstellen, welche das praktische Leben immer wieder neu stellt. Die Bezirksstellen fußen vielleicht noch mehr als die Zentralstelle auf dem unbedingten Vertrauen der einzelnen Partner untereinander. Dieses bedarf da und dort gewiß noch der Festigung. Die Zentralstelle will von den Bezirksstellen eine noch präzisere Arbeit und vor allem eine prompte Berichterstattung über alle Vorgänge in dem sudetendeutschen Gebiet, welche im Zusammenhang mit der nationalen Befriedung des Staates stehen.

Gab es bei der Durchsetzung der Vereinbarungen vom 18. Feber in den Aemtern Schwierigkeiten? In welchen Aemtern waren sie am größten und welcher Art waren sie?

Schwierigkeiten gab es. Schwierigkeiten wird es auch noch weiter geben. Damit haben wir von vornherein gerechnet. Wir sind der Auffassung, daß Aufregung noch lange kein Programm ist und deshalb haben wir uns in sachlicher Weise um die Beseitigung der Hindernisse bemüht. Darin bestand ein wesentlicher Teil der gesamten Arbeit der Zentralstelle. Man soll nicht übersehen, daß der 18. Feber mit einer 19jährigen Tradition bricht, welche ihren Niederschlag nicht nur in der Einstellung vieler Beamter, sondern auch in administrativ-technischen Einrichtungen gefunden hat. Da galt es natürlich sehr oft, erst den Weg für den Geist des 18. Feber freizumachen.

Wir wollen nicht unterscheiden, in welchen Aemtern die größten Schwierigkeiten waren, weil die genaue Erklärung dafür den Rahmen dieser Unterredung sprengen müßte. Ueber die Art der Schwierigkeiten läßt sich sagen, daß sie psychologischer, organisatorischer und administrativ-technischer Natur waren. Von böswilliger Sabotage kann man aber, streng genommen, nicht sprechen. Es ist jedoch verabsäumt worden, den durchzuführenden Organen rechtzeitig klar zu sagen, wie die Regierungserklärung vom 18. Feber in ihrem ganzen Umfang auszulegen und in welchem Tempo sie zu praktizieren ist.

Um objektiv zu bleiben, müssen wir auch sagen, daß es auf deutscher Seite ebenfalls Schwierigkeiten gibt. Für manche Zweige des Staatsdienstes melden sich zu wenig qualifizierte deutsche Bewerber. Der Hinweis darauf, daß so und so viele Gesuchsteller in dem betreffenden Zweig nicht untergebracht werden konnten, ist kein Argument, weil auch in den Reihen der tschechischen Bewerber eine Aussiebung nach der Qualifikation stattfindet. Auch die Bewerbung um öffentliche Bauten und Lieferungen bedarf noch der besseren Organisation.

Sind die Schwierigkeiten überwunden? Wenn ja: wie wurde dies erreicht?

Ich habe schon gesagt, daß es Schwierigkeiten immer wieder geben wird. Ein guter Teil der Anfangsschwierigkeiten ist aber schon überwunden. In den meisten Fällen haben wir dies gemacht, ohne viel Lärm zu schlagen. Wir haben unser Material gesammelt und dann mit den zuständigen Stellen verhandelt. Diese Methode führte zum Erfolg. Vieles, was so geleistet wurde, kann sich allerdings erst in der nächsten Zeit auswirken.

Sind die bisherigen Grundlagen des 18. Feber, nämlich die vor einem Jahre verkündeten Leitsätze, zureichend? Wenn nicht: Wie könnten diese Grundlagen verbessert oder erweitert werden?

Die aktivistischen Parteien haben keinen Zweifel darüber bestehen lassen, daß die Regierungserklärung vom 18. Feber 1937 nicht der Abschluß, sondern der Anfang eines systematischen Befriedungswerkes ist. Ich habe die Erfahrungen eines ganzen Jahres im Auge, wenn ich sage: eine brauchbare Basis haben diese Leitsätze geschaffen. Sie haben sozusagen die Grundfesten für das Gebäude des nationalen Friedens in unserem Staate errichtet. Im einzelnen bedürfen die Feberbeschlüsse allerdings noch der genaueren Interpretierung für die durchführenden Organe.

Ein Beispiel: In der Regierungserklärung vom 18. Feber wird im Zusammenhang mit der staatlichen Personalpolitik zwar von der Proportionalität gesprochen, aber nicht gesagt, wie diese herzustellen und weiter praktisch zu handhaben ist. Wir haben uns in der Zentralstelle sehr eingehend damit beschäftigt und der Regierung vor einigen Monaten Anregungen für die Ausarbeitung von Durchführungsbestimmungen gegeben. Wir dürfen heute annehmen, daß diese Richtlinien bald die offizielle Billigung der Regierung erhalten. Wenn es so weit sein wird, dann kann es in diesem Punkte nur mehr eine Auffassung bei den Behörden geben. Damit wird die wirksame Praktizierung der Feberbeschlüsse auf diesem Gebiete sichergestellt werden.

So wird es schließlich auch mit den anderen Punkten der Regierungserklärung geschehen müssen. Wir erblicken unsere Aufgabe darin, die Probleme ununterbrochen durch praktische Prüfung zu studieren und systematisch an verbindlichen Formulierungen zu arbeiten, welche zur intensiveren und auch automatischen Auswirkung des 18. Feber beitragen können. Die aktivistische Zentralstelle wird dabei den ihr zufallenden Teil der Arbeit zu bewältigen wissen.

Was kann über die bisher erreichten Erfolge berichtet werden?

Darüber könnte schon allerlei gesagt werden. Nachdem aber die Zentralstelle am 18. Feber 1938 vor dem Forum aller aktivistischen Parteien Bilanz ziehen wird, sei dem hier absichtlich nicht vorgegriffen.

Aus welchen Bevölkerungskreisen, Gegenden und politischen Gruppierungen rekrutieren sich die Stellenbewerber?

Der Staatsdienst kommt heute schon so gut wie für alle Berufsschichten in Betracht. Wir betreuen daher ebenso Arbeiter wie Bürokräfte, Mittelschüler mit Matura und Akademiker. An den Bewerbungen beteiligen sich alle Bezirke des sudetendeutschen Gebietes. Allerdings bleiben manche Landesteile auffallend im Angebot von Bewerbern zurück. Das trifft für solche Gebiete zu, in denen die Schulorganisation auf niederer Stufe steht. Dort sind dann natürlich auch die Auswirkungen des 18. Feber weniger sichtbar.

Sind viele Bewerber vorhanden? Für welche Arbeiten, für welche Aemter?

Eigentlich hätten wir noch mehr Bewerber erwartet. Es gibt ihrer aber genug, vor allem, wenn wir in Betracht ziehen, daß die restlose Konzentrierung der Bewerbungen bei der Zentralstelle noch nicht erreicht ist. Für manche Dienstzweige sollten sich noch mehr Bewerber melden. Das gilt vor allem für die Gendarmerie und die Staatspolizei. Bei dem letzen Konkurs für die Staatspolizei entsprach das Verhältnis der deutschen zu den tschechischen Bewerbern nicht annähernd dem Bedarf, der für die Einhaltung der deutschen Quote notwendig gewesen wäre. Sehr großes Interesse herrscht für den Postdienst, obzwar es sich hier um nicht sehr gut bezahlte Stellen handelt. Zu wenig qualifizierte Bewerber sind auch für den Kanzleidienst vorhanden. So könnten wir im Gerichtskanzleidienst noch Ge-

---

Autonomie erarbeitete: Demokratische Selbstverwaltung in einem Bundesstaat sollten die Freiheit und Zukunft der Völker sichern! Aber Hof, Bürokratie und Bürgertum hatten kein Verständnis für die großzügige positive sozialdemokratische Politik — als der Kaiser Karl 1918 auf das Projekt Karl Renners zurückgreifen wollte, war es zu spät.*)

Noch einmal schien die Verjüngung und Erneuerung Oesterreichs möglich, als nämlich mit dem Jahre 1907 die demokratischen Kräfte vorübergehend die Oberhand erlangten. Das aus tschechischen und deutschen Vertretern gebildete parlamentarische Koalitionskabinett des Ministerpräsidenten Beck wollte sich nach Durchführung des allgemeinen Wahlrechtes der Lösung der nationalen Frage zuwenden — da wurde es von dem reaktionären Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand, der die demokratische Umgestaltung Oesterreichs nicht mochte, gestürzt. Abermals hatte das erzreaktionäre Haus Habsburg den demokratischen Versuch einer Vereinigung der nationalen Streitfragen in den Sudetenländern verhindert — es hat das Schicksal, das es 1918 erreichte, vollauf verdient.

Alle Verständigungskonferenzen, welche Becks Nachfolger veranstalteten, blieben ergebnislos. So Verhandlungen, die vom Herbst 1911 bis zum Frühjahr 1912 geführt wurden, und Besprechungen, die im Jänner 1914 begannen und am 17. Juli 1914 abgebrochen wurden. Wenige Tage später raste der Krieg durch Europa, der dem alten Reich ein Ende bereitete und eine völlig neue staatliche Grundlage für das Nebeneinanderleben von Tschechen und Deutschen geschaffen hat.

In den ersten Jahren des Bestandes der Tschechoslowakischen Republik tobte der nationale Kampf mit großer Heftigkeit. Es war ein schwerer Fehler der tschechischen Parteien, daß sie die Verfassung des neuen Staates mit Ausschluß der Deutschen gemacht haben — sie haben dadurch eine Gelegenheit zur innerpolitischen Festigung des Landes versäumt. Ebenso hat die allnationale Koalition dem nationalen Frieden des Staates Wunden geschlagen, die noch nicht verheilt sind. Auch der Eintritt deutscher Parteien in die Regierung 1926 bzw. 1929 hat die tschechischen Koalitionsparteien noch nicht veranlaßt, sich mit einer Regelung der nationalen Verhältnisse zu befassen. Erst die Denkschrift der aktivistischen Parteien vom 27. Jänner 1937 hat die Dinge ins Rollen gebracht und zu den Vereinbarungen vom 18. Feber geführt, seit denen gerade ein Jahr verflossen ist. Die Vereinbarungen vom 18. Feber 1937 verdanken also ihr Entstehen der Initiative der deutschen Regierungsparteien — auch diese geschichtliche Wahrheit muß festgestellt werden. Sie haben sich als fruchtbar erwiesen, als ein Mittel, den nationalen Frieden zu fördern. Gelöst ist durch sie die tschechisch-deutsche Frage freilich nicht, weil die Geschichte immer neue Probleme aufwirft, die von den Völkern jeweils bewältigt werden müssen. Wir wollen dieses innerpolitische Hauptproblem unseres Landes auch in Zukunft im Geiste der nationalen Verständigung behandeln, im Geiste der Demokratie und Menschlichkeit, in der die politische und gesellschaftliche Neuordnung der Welt durchgeführt werden muß.

*) Nur 1905 gelang es, auf einem Teilgebiete einen gewissen Erfolg zu erzielen, und zwar durch den sogenannten mährischen Ausgleich. Es kam eine Vereinbarung zustande, wonach einheitliche Wählkataster geschaffen wurden und der Brünner Landesschulrat national sektioniert wurde. Außerdem wurde die sogenannte Lex Perek beschlossen, wonach deutsche Kinder nur deutsche Schulen, tschechische Kinder nur tschechische Schulen besuchen sollten.

suchssteller unterbringen, wenn sie entsprechend flott auf der Maschine schreiben. Für die höheren Dienststellen — d. i. für Akademikerposten — mangelt es nicht an Bewerbern.

Wie werden die Sprachenkenntnisse der Bewerber beurteilt? Von den Aemtern? Von der Zentralstelle?

Die Aemter haben bei den Aufnahmsprüfungen nach dem 18. Feber eine liberale Praxis eingeführt.

Die Zentralstelle kann allen Interessenten für den Staatsdienst nur dringend raten, ordentlich tschechisch zu lernen. Da mangelt es noch sehr.

Natürlich gibt es in unserer Evidenz Bewerber, welche noch auf Anstellung warten. Das ist besonders in jenen Zweigen des Staatsdienstes der Fall, für welche sich die meisten Bewerber gemeldet haben. Die Anstellungen sind von dem Vorhandensein freier Stellen abhängig. Es ist eine Erscheinung des Staatsdienstes, daß immer eine größere Anzahl Bewerber in Evidenz gehalten wird, welche man einberuft, sobald es wieder freie Stellen gibt. Warten müssen ist also noch keine Ablehnung. Auch das muß man einmal sagen, weil es den tschechischen Bewerbern ebenso geht. Wir können also damit rechnen, daß wir den größten Teil der vorgemerkten qualifizierten Bewerber nach und nach noch unterzubringen vermögen.

Wie ist aus der täglichen Praxis die Bedeutung der Vereinbarungen vom 18. Feber zu beurteilen: a) für den Staat, b) für die Deutschen? Gibt es auf deutscher Seite störende Kräfte? Wer sind sie und wie äußern sie sich?

Die Bedeutung des 18. Feber für den Staat liegt darin, daß sich seine Durchführung nach einer gewissen Zeit unbestreitbar in einer inneren Festigung auswirken wird. Die konsequente Realisierung der Feberbeschlüsse wird auch die Mehrheit der Sudetendeutschen wieder der Demokratie zurückgewinnen und ihre Kräfte auf konstruktive Aufbauarbeit hinlenken. Auch außenpolitisch kann der Staat nur gewinnen, wenn er eine gerechte Nationalitätenpolitik durchführt. Für die Deutschen — abgesehen von der Schaffung tausender gesicherter Existenzen und kultureller sowie sozialer Entfaltung — bringt der 18. Feber die etappenweise Verwirklichung des Grundsatzes von Gleichen unter Gleichen, wachsende Mitverwaltung im Staate und die Möglichkeit der freien Entfaltung ihrer politisch-schöpferischen Kräfte.

Den 18. Feber hat im deutschen Bereiche allein die SdP zu stören versucht. Dabei schreckten diese nationalen Phrasenhelden nicht einmal vor dem verwerflichen Mittel zurück, daß sie jene Menschen der öffentlichen Aechtung auszusetzen versuchten, welche sich in Wahrung ihrer verfassungsmäßigen Rechte für den Staatsdienst meldeten. Das sudetendeutsche Volk wird allerdings auch darauf noch einmal in der richtigen Weise zu antworten wissen!

Kann der 18. Feber zu einer dauernden Befriedung und Befriedigung der Nationen führen?

Wir glauben daran — vorausgesetzt, daß in beiden Völkern die Kräfte der friedlichen Zusammenarbeit den Gang der Ereignisse bestimmen werden. In der Zeit der großen internationalen Spannungen war der 18. Feber ein mutiger Friedensbeitrag. Darum dürfen wir ruhig zu dem Werke stehen, das vor einem Jahre eingeleitet wurde. Wir werden es nicht im Stiche lassen, sondern mit allen Kräften an seinem weiteren Ausbau arbeiten.

Sudetendeutscher Zeitspiegel

Ein chauvinistisches Husarenstücklein der Polizeidirektion in Pilsen

Die Gemeinde Holleischen wandte sich am 24. Jänner dieses Jahres mit einer Eingabe (deren Inhalt in diesem Zusammenhang völlig unwesentlich ist) an das Stadtamt in Pilsen. Die Gemeinde benützte zu dieser Eingabe das vorgeschriebene (zweisprachige) Formular; da aber Pilsen tschechisch ist und weniger als 20 Prozent seiner Einwohner deutscher Nationalität sind, strich die Gemeinde Holleischen im Formular den deutschen Text und füllte es tschechisch aus. Mehr, so sollte man meinen, könnte man von einem deutschen Gemeindeamt wirklich nicht verlangen. Aber die Polizeidirektion in Pilsen fand auch an solchem Vorgehen noch etwas auszusetzen! Sie fügte nämlich der Erledigung ein paar handschriftliche Zeilen bei, in denen ganz überflüssiger Weise besonders festgestellt wird, daß Pilsen weniger als zwanzig Prozent Bürger deutscher Nationalität besitzt, **weshalb es notwendig sei, daß im Verkehr mit Pilsen Formulare lediglich in tschechischer Sprache verwendet würden!**

Das schlägt wahrhaftig dem Faß den Boden aus! Die deutsche Gemeinde Holleischen, in einem völlig deutschen Bezirke gelegen, streicht im benützten zweisprachigen Formular den deutschen Text, füllt das Formular tschechisch aus — und dann kommt der Pilsener Polizeigewaltige, um der deutschen Gemeinde vorzuschreiben, daß sie einsprachig tschechische Formulare zu benützen habe! Es ist schwer zu entscheiden, ob hier die Bürokratie vom Chauvinismus oder der Chauvinismus von der Bürokratie kommandiert wurde. Sicher aber ist, daß solcher chauvinistische Bürokratismus oder solch bürokratischer Chauvinismus dem Geiste des 18. Feber einfach ins Gesicht schlagen. Es wäre wahrhaftig kein Unglück, wenn die tschechische Gemeinde Pilsen einmal ausnahmsweise den Akt einer deutschen Gemeinde in deren Sprache zur Kenntnis nähme. Wenn diese Gemeinde aber schon den deutschen Text streicht und in Druck und Schrift mit Pilsen lediglich tschechisch verkehrt, so ist es ein schikanöser Uebergriff, wenn eine hochmögende Polizeidirektion (die doch wahrhaftig andere Sorgen haben dürfte) also mit dem deutschen Gemeindeamt verfährt. Daß das aber möglich ist, beweist, wie viel im Großen wie im Kleinen noch besorgt werden muß, um dem demokratischen Geiste Rechnung zu tragen, in dem das Feber-Abkommen vom vorigen Jahre gedacht und gehalten ist, und wieviel gewissen Amtsherren noch beigebracht werden muß, damit sie nicht, durch solche blinde Exzesse, der Völkerverständigung auf lächerlichste und zugleich ärgerlichste und verletzende Weise entgegenarbeiten.

SdP-Bombardement gegen den 18. Feber

Just zum 18. Feber fiel uns folgender Ukas in die Hand, der eben von der Hauptstelle der SdP in Eger hergestellt und herausgegeben wurde und der in interessanter Weise beleuchtet, wie die SdP alle Minen springen lassen will, um die Wirkung des 18.-Feber-Jubiläums zu schmälern. Hier der Wortlaut:

SdP Propagandaamt. — Praa, 11. Feber 1937.

Weisung des Propaganda-Amtes B—1/38.

Betrifft: Notstandskundgebungen.

Werte Kameraden!

Das Propagandaamt der SdP veranstaltet im März in allen deutschen Gerichtsbezirksstädten des gesamten Staatsgebietes öffentliche Notstandskundgebungen. Der Termin für diese große Aktion wurde festgesetzt für Sonntag, den 6. März 1938, in den Bezirken Mährens und Schlesiens, und Sonntag, den 13. März 1938, in den Bezirken Böhmens.

Alle bereits an diesen Tagen angesetzten oder geplanten Veranstaltungen, Tagungen usw. sind in Anbetracht der Wichtigkeit dieser gesamtstaatlichen Aktion sofort abzusetzen.

Die Bezirke haben sofort ihre Rednueranforderungen im Wege ihrer Kreisleitung an den parlamentarischen Klub der SdP (Prag I., Parlament) bekanntzugeben und alle technischen Vorbereitungen für diese Kundgebung zu treffen.

Weiters hat jede Bezirksleitung alles örtliche interessierende Material über die soziale Lage, die Arbeitslosigkeit, die Schwierigkeiten bei Versorgung von Lebensmittelkarten und alle Ungerechtigkeiten, betreffend die Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes, die Benachteiligung Deutscher bei der Einstellung in den Staats- und öffentlichen Dienst, Betriebsstillegung usw., die in der Zeit vom 18. Feber 1937 bis in die letzten Tage geschehen sind, zu sammeln, damit es vom Redner bei der Kundgebung verwendet werden kann.

Das gesammelte Material der Bezirke muß unbedingt spätestens 8 Tage vor der Kundgebung der Kreisleitung übergeben werden, die es dann nach örtlichen Gesichtspunkten aufgeteilt, den einzelnen Rednern zur Verfügung stellt. Besonders krasse Fälle sind direkt an das Propagandaamt der SdP (Prag II., Hybernská 4) einzusenden.

Von der Art der Vorbereitung dieser öffentlichen Kundgebungen wird es abhängen, ob diese schlagartige Aktion den notwendigen Eindruck auf die Bevölkerung und die maßgebenden staatlichen Stellen hinterläßt.

Dies zu erreichen muß unter allen Umständen getrachtet werden.

Mit deutschem Gruße!

Für die Hauptstelle der SdP: R. Dietl.

F. d. Amt f. pol. Propaganda: Rudolf Sandner e. h.

Also sie betteln um Material gegen den 18. Feber, um dann damit hausieren zu gehen! Natürlich in „schlagartiger" Aktion. Also mit dem „Schlag" ist's jedenfalls vorbei, indem wir auf ihn vorbereiten und vorbereitet sind, so daß die Wirkung dieser gesamtstaatlichen Aktion „unter allen Umständen" anders ausfallen wird, als die SdP-Propaganda es wünschte!

Deutsch-bürgerlicher Zusammenschluß in der Slowakei gegen Henlein

Die Henlein-Agitation in der Slowakei hatte schon seit längerem eine Annäherung der anderen bürgerlichen Gruppen des Karpathendeutschtums zur Folge, die vor allem durch die deutschen Christlichsozialen und durch die Zipser deutsche Partei repräsentiert werden, die sich stark den deutsch-aktivistischen Parteien genähert hat. In Preßburg fand nun eine Beratung der deutschen Christlichsozialen statt, an der auch der Zipser deutsche Abgeordnete Andor Nitsch teilnahm. Beratungsgegenstand bildete die Frage eines gemeinsamen Vorgehens der beiden Gruppen unter Aufrechterhaltung der organisatorischen Selbständigkeit.

Schluß mit solchen Lehrbüchern!

In dem Verlag des Josef R. Vilimek, Prag, wird ein Lehrbuch für tschechische Stenographie von Karel Blaha verlegt. Auf Seite 58 dieses Lehrbuches befinden sich folgende, als Schreibübung dienende Sätze: „**Kde Němkyně, tam faleš, kde cikánka, tam krádež**" (Wo eine Deutsche, dort Falschheit, wo eine Zigeunerin, dort Diebstahl) und „**Je Němec, nevěř!**" (Er ist ein Deutscher, glaub ihm nicht). Wie ist es möglich, daß die staatliche Zensur derart gegen die deutsche Nation ausfällige Sätze übersehen hat, während sie bei den ihr vorgelegten deutschen Schulbüchern die schärfste Praxis walten läßt? Man wundert sich aber auch über die Schulbehörden aller Instanzen, die ein solches Lehrbuch zum Unterricht freigeben, bzw. benützen.

Massenhausdurchsuchungen nach gepaschtem Sacharin

In der Umgebung von Bischofteinitz wurden neuerlich Hausdurchsuchungen vorgenommen. Es handelt sich um eine planmäßige Aktion, die sich auf die Feststellung des Besitzes von Sacharin erstreckt, das von Deutschland nach dem Bezirk Bischofteinitz gepascht und dort von der unbemittelten Bevölkerung als Zuckerersatz verbraucht wird. Bei den Hausdurchsuchungen kam es vielfach zur Beschlagnahme von kleineren oder größeren Quantitäten Sacharins und zur Verhängung von Gefängnisstrafen in der Höhe von 1000 bis 1500 Kč. Eine Hausdurchsuchung führte sogar zu einer Verhaftung. Die Aktion der Staatspolizei ist noch nicht abgeschlossen.

Gruppengründung der „deutschen Sozialisten" in Mähren-Schlesien. Die „deutschen Sozialisten" haben bisher in Karlsbad, Komotau und in Brünn die ersten Ortsgruppen gegründet, wo Smagon sprach, der in Südmähren eine Reihe weiterer Versammlungen veranstaltet. In Nordmähren und in Schlesien hielt Ing. Fischer, ein früherer Mitarbeiter Kaspers, eine Reihe von Versammlungen ab, bei denen ebenfalls „deutsch-sozialistische" Ortsgruppen gegründet wurden, so in Neutitschein, M.-Schönberg, Fulnek, und Ziegenhals. Auch in Troppau kam es zur Gründung einer solchen Gruppe, deren Führung der frühere Arbeiterstandesvertreter der SdP Gomolka und der ehemalige Redakteur des eingegangenen SdP-Blattes „Volkswart", Joubek übernahm.

Heute Rundfunkvortrag des Abg. Wenzel Jaksch über den 18. Feber. Innerhalb der allfreitägigen Relation „Aktuelle zehn Minuten" der Prager deutschen Arbeitersendung hält heute Abg. Wenzel Jaksch von 18.30—18.45 Uhr einen Vortrag über „Die Bedeutung des Abkommens vom 18. Feber 1937". Der heutige „Kulturbericht vom Tage" (18.55—19.00) ist gleichfalls dem 18. Feber gewidmet.

Ein Millionen-Gewinner, der sich nicht meldet! Weit über Karlsbad hinaus hat seinerzeit der Krach des Bankhauses Mayer Aufsehen erregt. Die Akten darüber sind noch nicht geschlossen und nun taucht eine neue sensationelle Nachricht über dieses Bankhaus auf. Von der Finanzprokuratur wurde dem Konkursverwalter der Mayer-Bank mitgeteilt, daß das Baulos Nr. 120, Serie 758, mit dem Hauptreffer von einer Million Kč gezogen worden sei. Dieses Los ist seinerzeit in Joachimsthal von einem gewissen Müller an die dortige Filiale des Bankhauses Mayer verkauft worden, so daß es sich in der Konkursmasse oder in irgendeinem Depot der früheren Eigentümer befinden müßte. Das Los ist aber unauffindbar! Es hat sich auch kein neuer Besitzer gemeldet. Die Sachlage ist nun so, daß der Millionengewinn unter Umständen den Gläubigern des Bankhauses zugute kommen kann, wenn sich im Laufe eines Jahres der Besitzer des Loses nicht meldet. Man kann neugierig sein, wie sich das Geheimnis dieses Millionengewinnes klären wird.

Puschkins letzte Nacht

Von Ernst Thöner

Puschkins Pferde zogen schwer an dem Schlitten. Der Schnee lag tief und eisiger Wind jagte durch die Nacht.

Der reiche Händler Puschkin war viel und lang außer Haus. Die Dörfer lagen weit zerstreut und gar zur Stadt — da brauchte man eine Tagesreise hin und wieder eine zurück.

Alexandrowna war daher viel allein. Sie wäre es weniger gewesen, wenn sie all die Arbeit gesehen hätte im Haus. Aber die besorgte Katja, die Magd. Und im Stall und im Hof sah der Knecht nach allem.

Drum hatte Alexandrowna Zeit zum Denken. Und sie fand, daß es gar nicht recht sei von Puschkin, sein junges Weib tagelang allein zu lassen; daß die vielen Fahrten von Dorf zu Dorf ein andrer besorgen könnte und daß sie gar nicht nötig wären; daß das Geld bequemer verdient werden könnte — wie drüben bei dem Nachbar, dessen Sohn Pjotr Zeit genug blieb, sich selber und die Frauen anderer schön zu finden. Solche Gedanken stellten den mit blitzenden Zähnen lachenden Pjotr neben den wortkargen, nach langer Fahrt müden Puschkin. Und Alexandrowna fand, daß ihr Mann im Alter gar nicht mehr zu ihren Jahren passe.

Puschkins Pferde zogen immer schwerer an der Last des Schlittens. Wenn der Knall der Peitsche gegen ihre Ohren schlug, legten sie sich mit letzter Kraft in die Stränge und heißer Atem stieß aus den geblähten Nüstern. Puschkin fluchte in die Nacht. Noch drei gute Stunden waren zu bezwingen bis zum Dorf. Die Peitsche fuhr auf den Rücken der Tiere nieder. Diese machten einen jähen Sprung, der Schlitten schlug hart gegen eine verwehte Mauer und — stand. Das Gestänge war gebrochen, die Riemen gerissen; Pakete, Fässer und Felle lagen im Schnee . . .

Puschkin beruhigte die zitternden Tiere. Dann schlichtete er die Warenstücke und schlug eine Decke darüber.

„Kann ich dir helfen?", sprach ihn ein Bauer an, der eben des Weges gekommen war und sein Gespann angehalten hatte.

„Da ist nichts zu helfen!", war Puschkins rauhe Antwort.

„Ein paar gute Nägel und Bandeisen flicken deinen Schlitten wieder zusammen!"

„Was einen Riß hat, wird nicht mehr ganz; was hin sein soll, muß ganz hin sein!"

Puschkin hatte die Bruchstücke des Schlittens angehäuft, einige Stroh dazugetan und ein Zündholz drangehalten. Der eisige Wind blies mit tückischer Luft in die Flamme und schaurig fuhren feurige Zungen in die Nacht.

Der Bauer kannte Puschkins rauhe Entschlossenheit. Da brauchte es keines Wortes mehr. Er trieb sein Pferd an und fuhr weiter.

Puschkin machte auf einem der Pferde einen Sattel zurecht, faßte das andere am Zügel und saß auf. Die Tiere, ledig ihrer Last und des nahen Stalles froh, jagten heimwärts.

Wie Pjotr in schmucken Stiefeln und reich besetztem Pelze vor Alexandrowna stand und ihr lachend einen Gruß entbot, da fand die Frau wieder, daß dieser in Jugendkraft strahlende Bursche doch etwas anderes sei als ihr immer in Arbeit sich mühender Mann. Lächelnd lud sie ihn zu einer Tasse Tee an den Tisch, lächelnd wehrte sie seine stürmischen Werbungen ab . . . und lächelnd ergab sie sich seiner heißen Bitte.

Puschkin stand breit im Türrahmen. Der Schein der Lampe lag gespenstisch auf seinem bleichen Gesicht.

Alexandrowna und Pjotr standen stumm vor der bewegungslos drohenden Gestalt.

„Ich liebe Alexandrowna".

Etwas wie trotzige Furcht lag in Pjotrs kurzem Wort.

„Du wirst es beweisen".

Nach dieser tonlosen Antwort trat Puschkin auf sein Weib zu, faßte es beim Arm und zog es zur Tür, durchs Haus, in den Hof. Dort standen noch die Pferde.

Puschkin hob sein Weib auf den Rücken des einen Tieres und band es mit Riemen fest.

Pjotrs Hilferufe hatten die Leute aus den Hütten geholt. Vor Kälte und Grauen zitternd standen sie, das nächtige Schauspiel und Pjotrs beschwörende Worte nur langsam verstehend.

Puschkin war mit seinem grausigen Handwerk fertig. Er zog aus dem Mantel eine Pistole und feuerte sie an dem Ohre des Pferdes ab. Das sprang hoch, tanzte dreimal auf den Hinterhufen im Kreise und jagte in rasender Hast durchs Tor hinaus in die Nacht.

„Hol dir, was du liebst; wenn du Mut hast!"

Diese Worte donnerten zu Pjotr, der sich vergeblich bemühte, die Hilfe der Nachbarn anzurufen. Diese standen stumm; die Frauen hüllten sich vor Furcht frierend in ihre Tücher.

Draußen hörte man die jagenden Hufe des scheu dahinrasenden Tieres. Puschkins Blick ging finster in die Runde. Keiner rührte sich; leises Jammern der Weiber erstickte schluchzende Stoßgebete.

Da warf Puschkin seinen Mantel ab. „Bringt Fackeln!", gebot er dem Knecht und der Magd. Alle folgten ihm, als er durchs Tor schritt.

Kurze bange Augenblicke. In ungemilderter Wildheit raste das Pferd im Kreise.

Wenige Herzschläge lang schaute Puschkin dem jagenden Wirbel zu. Dann warf er sich dem heranstürmenden Tiere in die Zügel. Das sprang jäh in die Höhe, tat noch zwei Sprünge und stand.

Puschkin löste die Fessel, hob sein ohnmächtiges Weib vom Pferde und rieb seine Schläfen so lange, bis Alexandrowna zu sich kam.

Dann schwang er sich auf das Pferd, feuerte einen zweiten Schuß in die Nacht und jagte fort.

Keiner rührte sich. Jeder wußte, daß niemand den Puschkin zurückbringen könnte.

Verlanget überall Volkszünder

Tagesneuigkeiten

Ein Gesellschafts-Ingenieur

In wenigen Tagen, am 21. Februar, werden es hundert Jahre, daß in Kolin Josef Popper geboren wurde, bekannter unter dem Namen Popper-Lynkeus, — als „Lynkeus" hatte er seine berühmt gewordenen „Phantasien eines Realisten" erscheinen lassen und ohne daß er Wert darauf legte, wurde das Pseudonym seinem Namen beigefügt. „Die Phantasien eines Realisten" sind das einzige dichterische Werk unseres großen Landsmannes, der sonst fast nur mit Gesellschaftsproblemen sich befaßte: mit der Reform des Strafgesetzes und der Reform des Kriegsdienstes, hauptsächlich aber mit der Lösung des wichtigsten Teiles der sozialen Frage, der Magenfrage im engsten Sinne. Als würdige Ehrung des großen Denkers erschien eben jetzt ein kleines, aber gehaltvolles Büchlein von Robert Plank unter dem Titel: „Josef Popper-Lynkeus, der Gesellschafts-Ingenieur" (Saturn-Verlag, Wien), das sehr achtungsvoll, aber keineswegs unkritisch die Lebensarbeit Poppers schildert. Diese Lebensarbeit galt im Grunde genommen immer dem einen drängenden, ihn bedrängenden Problem: wie kann die Gesellschaft organisiert werden, um jedem Menschen das Existenzminimum zu sichern? Popper-Lynkeus glaubte die Lösung gefunden zu haben in seinem System der „Allgemeinen Nährpflicht". Durch eine bestimmte Anzahl von Jahren sollte jeder Mann und jede Frau zu gesellschaftlicher Arbeit verpflichtet werden, zur Erzeugung jener Konsumgüter, die jeder benötigt: Nahrung, Kleidung, Wohnung. Bei einer täglichen Arbeitszeit von siebeneinhalb Stunden und einer Arbeitspflichtzeit von dreizehn Jahren für die Männer, acht Jahren für die Frauen konnten nach Poppers Berechnungen genug Produktionsgüter erzeugt werden, um die Menschen ihr Leben lang in Nature mit diesen Gütern beteilen zu können. Voraussetzung einer solchen gesellschaftlichen Organisation war freilich auch nach Poppers Meinung die Vergesellschaftung zwar keineswegs aller, aber doch der für diese Versorgung in Betracht kommenden Produktionszweige.

Popper-Lynkeus hat sein System immer mehr und mehr ausgestaltet, ihm immer neuere und gründlichere Berechnungen zugrunde gelegt. Es ist viel beachtet worden, nie aber und nirgends ist versucht worden, es zu verwirklichen. Kein Wunder: Auch wenn der Ingenieur noch so schlüssig beweist, daß genug produziert werden kann, um allen Menschen alle Lebensnotwendigkeiten zu sichern — die „führenden" Gesellschaftsschichten werden doch nie von Sozialisierung etwas wissen wollen. Auch wenn man sich bescheiden will mit der von Popper-Lynkeus für unterläßlich erachteten Teilsozialisierung — auch sie ist eine Machtfrage!

Aber nicht die Voraussetzungen und Möglichkeiten des Popper-Lynkeusschen Planes sollen hier diskutiert werden, sondern der Mann gepriesen, der sein Leben der Lösung der Frage weihte wie man jedem Menschen Nahrung, Kleidung und Obdach sichern könne. Daß dieser Mann alle Kräfte seines konstruktiven Geistes der gesellschaftlichen Planung widmete — das war das Große! Ingenieure des Nordes, der Rationalisierung, hundertfältiger technischer Verbesserungen gibt es zu unzählige. Dieser eine Ingenieur Popper-Lynkeus erkannte, daß wichtiger und notwendiger die Organisierung der Gesellschaft ist. Er hat Bewunderer und Verehrer, aber keine Nachfolger gefunden. Er blieb — leider — eine vereinzelte Erscheinung.

Flieger bei Papanin

Moskau. (Taß.) Vom Eisbrecher „Murman" wird gemeldet, daß er nunmehr die Hauptbasis für die Operationen zur Begegnung der Papanin-Gruppe geworden sei. Am Vormittag des 15. Feber gelangte die „Murman" in die Nähe eines Eisfeldes, das einen vorzüglichen Flugplatz abgibt. Es wurde ein Flugfeld im Ausmaß von 500×800 Meter freigelegt, auf welches die Flugzeuge hinabgelassen wurden. Nach einigen Probeflügen erklärten die Piloten, daß sich auf den Eisfeldern zahlreiche schwarze Flecke befinden, wodurch eine Sichtung des Papanin-Zeltes von der Höhe aus erschwert werde. Nach Mitternacht gelang es zwei Flugzeugen von der „Murman", unweit des Papaninlagers zu landen.

In der Nacht auf den 16. Feber gab Papanin dem Leiter der Taimyr-Expedition Ostalzew auf dem Funkwege bekannt, daß er sich auf der Eisscholle noch drei Monate gut halten könne. Am 16. Feber starteten die Flieger Tscherewitschnij und Wlasow von einer Eisscholle neben dem Eisbrecher „Murman" und landeten unweit des Papanin-Lagers. Nach der Landung der Flugzeuge sprach Ostalzew mit Papanin auf radiotelegraphischem Wege über die Reihenfolge der Abholung der Menschen und des Materials. Papanin versprach, daß er diese Fragen später beantworten werde.

Göring im März nach Wien?

Wien. Die wiederholt angekündigte und immer wieder verschobene Reise des Generalfeldmarschalls Göring nach Wien wird den neuesten Nachrichten zufolge im Monat März erfolgen.

Auf der Rutschbahn — ein vergnügliches Spiel für die Kleinen

Im Auto verbrannt

Mittwoch abends stießen in Gera ein Personenkraftwagen und eine Straßenbahn zusammen. Das Auto geriet sofort in Brand. Dabei verbrannten zwei Insassen des Kraftwagens. Eine dritte Insassin konnte aus dem brennenden Auto gerettet werden, sie starb jedoch an den erlittenen Verletzungen im Krankenhaus.

Der Londoner Zensor gegen Walt Disney

Lord Tyrell, der Vorsitzende der britischen Filmzensur-Kammer hat sich nicht mit Ruhm bedeckt. Er hat eine Entscheidung gefällt, die auch in der Londoner Oeffentlichkeit stärksten Widerspruch gefunden hat: er hat nämlich eine ganze Reihe von Szenen aus dem Großfilm von Walt Disney „Schneewittchen und die sieben Zwerge" verboten. Die Begründung dieses Verbotes ist äußerst merkwürdig. Der Zensor wendet sich nämlich gegen den „heidnischen" Geist, der die Feen und Fabelwesen beherrscht und der mit den Grundsätzen der christlichen Erziehung englischer Kinder nicht vereinbar sei. Die Londoner Zeitungen bemerken dazu mit Recht, daß es ein Glück sei, daß Lord Tyrell zu Shakespeares' Zeiten noch nicht seines Amtes gewaltet habe, denn sonst wäre wohl auch der „Sommernachtstraum" wegen seiner Elfen und des Zauberspuks verboten worden . . .

Die Stellungen im Jahre 1938 beginnen Anfang des nächsten Monats im Gebiete der ganzen Republik. Einberufen werden heuer drei Jahrgänge.

Der erste blinde Stenotypist. Vor einigen Wochen annoncierte in der „New York Times" zwischen zahllosen anderen Angeboten von Sekretären und Stenotypisten ein gewisser Charles Weiß. Auch er ist Stenotypist, aber er ist blind, und seine Bewerbung um Arbeit stellte den ersten Versuch dar, mittels einer neuerfundenen Schreibmaschine für Blinde diese Unglücklichen in den Arbeitsprozeß einzuschalten. Weiß wurde sofort engagiert. Seine Arbeit soll, wie man hört, alle Erwartungen übertreffen. Er selbst ist sich seiner Verantwortung voll bewußt. Er weiß, daß es sich hier nicht um sein persönliches Schicksal handelt, sondern um eine Lebensmöglichkeit für Tausende von Blinden. Wenn er sich durchsetzt, hat er für seine Leidensgefährten eine Tat vollbracht, deren Bedeutung gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann.

Hoover in die Tschechoslowakei? Einige Pariser Zeitungen schreiben, daß der ehemalige Präsident Hoover auf seiner Europa-Reise auch die Tschechoslowakei besuchen werde. Er werde auf Einladung des Präsidenten Dr. Beneš kommen, dessen Gast er auch sein wird.

Im Paradies des „Kleinen Mannes". In einer Versammlung der Kreishandwerkerschaft Essen erklärte der Hauptgeschäftsführer: „Mehr als tausend Handwerksbetriebe, bei denen die Voraussetzung der Handwerksgesetzgebung des Dritten Reiches nicht mehr vorlagen oder die in diesem nicht mehr entsprechen wollten, sind bereits in der Handwerksrolle gelöscht und ungefähr derselben Zahl steht das gleiche Schicksal bevor. — Es waren nicht zum wenigsten die Handwerker, die kleinen Selbständigen, die das „Dritte Reich" mitgeschaffen haben.

Fortuna einmal gerecht. Das große Los der Schweizer Landesausstellung ist in Schaffhausen gezogen worden. Eine ältere arme Witwe, welche ihren Lebensunterhalt kümmerlich verdiente und erst letzthin vor der Pfändung ihrer letzten Habseligkeiten stand, ist die glückliche Gewinnerin der 50.000 Franken.

Keine Spur von Rychnovsky. Der Richter, der mit den Erhebungen über das rätselhafte Verschwinden Rychnovskys betraut wurde, beschuldigte den verhafteten Bernard di Sigoyer, Rychnovsky ermordet zu haben. Von Rychnovsky ist noch immer keine bestimmte Spur vorhanden und auch in der Villa, in welcher er wohnte und in deren Umgebung wurde seine Leiche nicht gefunden. Der verhaftete Sigoyer behauptet weiterhin, daß er Rychnovsky überhaupt nicht gekannt habe, obwohl bei ihm verschiedene Gegenstände aus dem Besitz Rychnovskys gefunden wurden. Sigoyer wurde aber überführt, daß er aus der Wohnung Rychnovskys dessen Schreibmaschine weggetragen und verkauft habe.

833 Längerdienende versorgt. Auch im vergangenen Jahre ist es der Militärverwaltung gelungen, im Einvernehmen mit den übrigen Ressorts eine beträchtliche Zahl längerdienender Unteroffiziere im Staatsdienst unterzubringen. Am meisten Bewerber wurden zur Gendarmerie übernommen, insgesamt 165 Personen, zur Polizei wurden 159 Bewerber aufgenommen, zur Finanzwache 84. Weiters wurden übernommen: 79 Bewerber zu den Staatsbahnen, 49 zur Post, 22 zur Prager Straßenbahn, 15 zur politischen Verwaltung, 9 als Gefängnisaufseher, 9 als Steuerexekutoren, je 4 als Bedienstete in den Schul- und Gerichtsdienst und 5 von der Nationalbank. Bei der Militärverwaltung erhielten 158 Bewerber Stellen im Kanzleidienst, 16 wurden als Angestellte übernommen, 9 als Zivilbedienstete, 9 wurden in militärischen Unternehmungen untergebracht und 7 Längerdienende wurden in die Militärakademie aufgenommen, werden also nach Absolvierung der Akademie Offiziere werden. Weitere 35 Bewerber fanden in verschiedenen anderen Kategorien Stellungen. Insgesamt wurden im Staats- und öffentlichen sowie in privaten Diensten 833 längerdienende Unteroffiziere untergebracht.

Eine seltene Jagdbeute. Zwei Jäger aus dem Dörfchen Saint-Michel-en-Beaumont unweit von Grenoble haben eine seltene Jagdbeute gemacht. Es ist ihnen nämlich gelungen, zwei mächtige Adler lebend einzufangen. Sie haben tagelang auf einem 1500 Meter hoch gelegenen Bergplateau den Königen der Luft aufgelauert, endlich stieß das Männchen auf den ausgelegten Köder — ein Lämmchen — nieder und wurde von den Jägern, die sich hinter einem Felsen verborgen hatten, überwältigt. Vier Tage lang umkreiste das Weibchen den Ort, bis auch dieses gefangen werden konnte. Die Spannweite der Flügel des Männchens ist 2.20 Meter, die des Weibchens 2.10 Meter. Die Königsadler sind in den Zoologischen Garten von Grenoble verbracht worden, aber die beiden Vögel verweigerten jede Nahrungsaufnahme, sie sitzen völlig erstarrt hoch oben im Käfig, und man fürchtet, daß sie eingehen werden.

Das Zeitungssterben in Deutschland. Die seit dem Jahre 1794 erscheinende „Geraer Zeitung" hat ihr Erscheinen eingestellt.

Flugzeugstart vom Rücken eines zweiten Flugzeuges. In Rochester fand am Sonntag der Start eines kombinierten britischen Wasserflugzeuges statt, das auf Grund der Erfahrungen konstruiert wurde, die gezeigt hatten, wie schwer der Start eines schwerbelasteten Apparates für den Fernflug direkt vom Meeresstrand weg ist. Die Engländer haben nunmehr einen Doppel-Hydroavion konstruiert, ein Wasserflugzeug mit mächtigen Motoren, das an Bord ein kleineres Flugzeug ebenfalls mit drei Motoren trägt, das für den Transozeanflug voll belastet ist. Das große Flugzeug erhebt sich unter der Zusammenarbeit der Motoren beider Flugzeuge vom Strand in die entsprechende Höhe, wo sich dann das kleine Flugzeug automatisch loslöst und den Flug nach dem Fernziel fortsetzt. Der erste Start zum Transozeanflug ging glatt von statten, das getragene Flugzeug löste sich in großer Höhe über Rochester leicht los und trat den Flug zur Ueberquerung des Ozeans an.

Unter dem Einfluß eines mächtigen Druckhochs, welches sich von Schottland bis nach Polen erstreckt, hat sich der Himmel am Donnerstag nahezu in der ganzen Republik ausgeheitert. Bei reichlichem Sonnenschein stiegen dabei die Temperaturen meist über plus 6 Grad, in der Südwestslowakei bis auf 12 Grad. Nördlich unserer Grenzgebirge behauptet sich jedoch in den Niederungen eine seichte Schicht kühlerer Luft, die stellenweise von Nebel oder tiefem Nebelgewölk durchsetzt ist. — Wahrscheinliches Wetter von Freitag: Auch im Westen und Südwesten des Staates verringerte Bewölkung, Nachtfrost, tagsüber jedoch relativ warm. Ziemlich ruhig. In Schlesien im Flachland neblig, trübe bei wenig veränderter Temperatur. — Wetteraussichten für Samstag: Keine wesentliche Aenderung.

Am Dienstag Parlament

Regierungserklärung in Erwägung gezogen

Das Parlamentspräsidium hat Donnerstag beschlossen, die nächste Sitzung des Parlamentsplenums für Dienstag, den 22. Feber, um 16 Uhr einzuberufen. Auf der Tagesordnung steht der Rechnungsabschluß für 1936. Man nimmt an, daß sich — wie schon im Ausschuß — auch im Plenum eine mehrtägige politische Debatte entspinnen wird, und rechnet mit täglichen Sitzungen bis Freitag.

Bis Dienstag soll auch entschieden werden, ob nach der Hitler-Rede von Sonntag eine Regierungserklärung erforderlich erscheint, die der Ministerpräsident Dr. Hodža persönlich abgeben würde. Die letzte Entscheidung darüber soll in einer Sitzung der Koalitionsparteien fallen.

Auch der Senat wurde einberufen, und zwar für Mittwoch, den 23. Feber, um 16 Uhr. Auf der Tagesordnung steht gleichfalls der Rechnungsabschluß für 1936. Man rechnet hier mit einer zweitägigen Debatte.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen:

Samstag:

Prag, Sender I: 10.05: Deutsche Presse, 10.15: Deutsche Sendung: Für die Frau, 11.05: Musiks Salonquartett, 12.35: Schallplattenkonzert, 14: Deutsche Sendung: Fröhliches Wochenende, 17.55: Deutsche Sendung: Dr. Hanna Sedlak: Fachingsfreuden im Pensionsleben, 18.45: Deutsche Presse, 18.55: Deutsche Aktualitäten, 20.30: Schallplattenkonzert, 22.30: Jazzmusik. — **Prag:** Sender II: 14.20: Deutsche Sendung: In mir klingt ein Lied, buntes Nachmittagsprogramm, 14.55: Deutsche Presse. — **Brünn:** 17.40: Deutsche Sendung: Duette und Lieder von Rubinstein, Brahms, Schumann etc. — **Preßburg:** 15.15: Rundfunkorchesterkonzert. — **Mähr.-Ostrau:** 18: Violoncellokonzert.

Eishockey-Weltmeisterschaft 1938

Die Schweiz besiegelt das Schicksal von USA

Prag. Donnerstag nachmittags ging bei warmem Wetter und herrlichem Sonnenschein das Zwischenrundenspiel England gegen Schweden vor sich. In technischer und spielerischer Hinsicht bekam man nicht viel zu sehen; es war mehr ein Kampf, an dem die Schiedsrichter auch ihr Vergnügen fanden, denn sie ließen mehr zu als schicklich war. Das erste Drittel verlief torlos, aber im nachfolgenden wurde es schon lebendiger. Die Schweden schossen den ersten Treffer, doch dauerte es nicht allzu lange und die Engländer hatten ausgeglichen. Im letzten Drittel gingen die Engländer aus sich heraus, erzielten zwei Tore und ließen nach, so daß die Schweden ihrerseits noch einmal einsenden konnten. Bis zum Schluß verteidigte England seinen knappen Sieg von 3:2 (0:0, 1:1, 2:1) sicher.

Im ersten Kampfe des Abends gewann nun auch die Schweiz durch ein von Pic Cattini in der 12. Minute des letzten Drittels erzieltes Tor gegen die Mannschaft von Amerika 1:0. Trotz dieses Sieges muß man bekennen, daß die Schweizer Auswahlmannschaft keinen besonderen Eindruck hinterließ. Keine der beiden Angriffsreihen spielte besonders offensiv und von der früheren berühmten Kombination des Ni-Sturmes (Cattini P., Cattini H., Toriani B.) war nicht viel zu sehen. Den Amerikanern scheint der Kampf gegen die Tschechoslowakei noch sehr in den Beinen gelegen zu haben, sie spielten weitaus langsamer und weniger durchschlagskräftig. Durch die Niederlage ist Amerika aus dem Bewerb endgültig ausgeschieden.

Im zweiten Spiele kam es zur fast schon programmäßigen Sensation. Deutschland gewann mit kolossaler Mühe gegen den Außenseiter Ungarn 1:0 durch ein Tor, welches im zweiten Drittel erzielt und von 90 Prozent der Zuschauer als nicht regelrecht angesehen wurde. Die Schiedsrichter waren aber anderer Meinung. Von diesem Augenblick an waren die Sympathien der Zuschauer, welche bisher gleichmäßig bei beiden Mannschaften waren, vollkommen auf Seite der Ungarn, welche mächtig angefeuert wurden, so daß die Henleinstudenten, die sich in starker Zahl eingefunden hatten, vollkommen überschrien wurden. Im letzten Drittel erzielten die Ungarn sogar den Ausgleichstreffer, doch schob im Momente des Schusses der deutsche Verteidiger das Goal weg. Anstatt nun den deutschen Spieler auszuschließen — wurde ein ungarischer Spieler wegen „Beleidigung des Schiedsrichters" ausgeschlossen. Es war also für Deutschland kein sehr ruhmreicher Kampf.

Präsident Dr. Beneš wird dem am Freitag, abends 8 Uhr, stattfindenden Kampf Tschechoslowakei gegen Schweiz beiwohnen. Das Stadion ist für dieses einzige Spiel des Abends schon ausverkauft. Der Tschechoslowakei genügt nach dem knappen Erfolg der Schweiz über Amerika ein Unentschieden, um an den Schlußspielen teilnehmen zu können.

Das Qualifikationsturnier um die Ermittlung des vierten Teilnehmers an den Schlußspielen ist anscheinend ins Wasser gefallen. Wie verlautet, soll man ein System ausgerechnet haben, das Deutschland die Möglichkeit verschafft, als vierter Endspieler weiterzukommen. Es war schon vieles bei den Auslosungen und auch Spielansetzungen unklar, aber diese „Rechnerei", falls sie sich bewahrheitet, wäre wohl das größte Unrecht an alle Zweiten der Zwischenrunde und zuviel „Ehre" für das Dritte Reich.

Der letzte Tag der Zwischenrunde

Freitag: 15 Uhr: England—Polen, 16.30 Uhr: Kanada—Ungarn, 20 Uhr: Schweiz—Tschechoslowakei.

Unsere Verteidigung der Kultur

Von José Bergamin

José Bergamin ist der Präsident der „Vereinigung der Schriftsteller zur Verteidigung der Kultur", welche Anfang des vergangenen Jahres in Anlehnung an die Pariser Zentralorganisation in Madrid gegründet wurde. Bei Ausbruch des spanischen Bürgerkrieges stellte er sich — ein Katholik — auf die Seite der Regierung und kämpfte in erster Reihe gegen die Diffamierung der spanischen Demokratie.

Wenn wir sagen, daß die Verteidigung der spanischen Kultur von der Verteidigung des spanischen Volkes nicht zu trennen sei, so ist das keine billige Behauptung, sondern wir stellen damit eine Tatsache fest, die in der Kenntnis dieser Kultur und deren universeller Bedeutung in der Zeit begründet ist.

In ihrer tiefsten geistigen Dimension ist die spanische Kultur nicht nur ein historisches Erbe, ein aus der Vergangenheit her aufgespeicherter Reichtum, sondern ihre Zukunftsmöglichkeit hat für unser Bewußtsein zwei bedeutende Aspekte: Erstens den im Vergangenen wurzelnden, der eine ganze unsichtbare Welt bildet wie die Wurzeln eines lebenden Baumes. Aus dieser Verwurzelung volkshaften Seins in unserer Erde zieht sie ihre Säfte, ihr Blut, ihr gegenwärtiges Blühen. Der andere Aspekt ist dieses ihr gegenwärtiges Blühen selbst, wie in dem Baum, den wir uns vorstellten, ihr dauerhaftes Zukunftsversprechen, der sichere Same ihrer Frucht.

Wir sehen deshalb immer wieder, daß unser spanisches Denken sich in sinnreichen Schöpfungen ausdrückte, welche aus dem Volke kamen und sich durch das Volk in andauernden humanen Neuschöpfungen kundtaten. Unzählig sind die Beispiele, die man hier anführen könnte: alle unsere Dichter, Schriftsteller, Maler, Musiker, Theologen, Mystiker. Vom „Cantar de Mio Cid", von Berceo an und dem Arcipreste de Hita über Jorge Manrique und die „Celestina" bis zu Cervantes, der „Heiligen Therese", Lope de Vega, San Juan de la Cruz, bis zu den Fray Luis, Quevedo, Gracián (den Schopenhauer übersetzte), Góngora, Galderón . . . Nicht zu vergessen selbst die dem Hofleben aufgepfropften Garcilaso, Guevara, Marqués de Santillana. Unsere gesamte klassische Literatur ist Sache des Volkes, volkshafte spanische Sprache. Das gleiche gilt von unserer Malerei, von unserer Musik, von unserem Theater; sie alle sind der wunderbare synthetische Ausdruck davon. Das zeigen uns die Vihuelisten (die alten Lautenspieler) des 16. Jahrhunderts und ein Vitorio ebenso wie ein Narvaez. Das führt uns vor Augen Morales, Zurbarán, Murillo, Ribera, Velazquez, Greco, Goya . . .

Als die politischen Zustände unseres Landes befürchten ließen, daß diese volkshafte Kultur, welche vollständig in Vergessenheit geraten und wir können sagen mißachtet worden war — wenn nicht ignoriert, von unseren herrschenden Klassen vollständig ignoriert — sich in dem Leben des Volkes selbst schwer bedroht fühlen mußte, da waren wir es, wir Schriftsteller, Dichter, Wissenschafter, Maler, Musiker, welche die Notwendigkeit fühlten, uns zusammenzuschließen, um sie zu verteidigen. Wir taten es durch die Gründung der „Vereinigung der geistigen Antifaschisten zur Verteidigung der Kultur". Und wir verteidigten sie weiter, indem wir uns in diesem furchtbaren spanischen Kampf, der durch die Rebellion der Militärs und eines großen Teiles der offiziellen, heute nationalistischen katholischen Kirche und durch die besitzenden Klassen provoziert wurde, entschlossen auf die Seite des bedrohten Volkes stellten, jenes Volkes, das, ich wiederhole, barbarisch und mit einer unmenschlichen, fast unfaßbaren Grausamkeit verfolgt wird. Und wir sind mit dem Volke, in dem Bewußtsein, daß von seinem Leben nicht nur unsere gegenwärtige kulturelle Gegenwart —, die so tief in ihm und seiner Vergangenheit wurzelt — sondern auch jede mögliche Zukunft dieser lebendigen spanischen Kultur mit ihrer ganzen und eigenartigen universellen und historischen Bedeutung abhängt; denn die Geschichte unserer Kultur wird sich mit dem leuchtenden Siege, den wir uns von dem spanischen Volke erhoffen, von neuem entzünden, dank jenem Blute, das sie nährt und das, ungerechtfertigterweise vergossen, sie bezeugt und uns einen neuen Horizont herrlicher, verheißungsvoller Perspektiven eröffnet. Die Geschichte unserer Kultur wird an diesen neuen menschlichen Perspektiven gemessen und geprüft werden, die sie mit einer bis heute nur von unserem Denken geahnten Wahrhaftigkeit und Genauigkeit interpretieren werden.

Was ich andeutete, als ich darauf hinwies, daß in dem furchtbaren Kampfe, den die Militärrebellen, von ausländischen Kräften beschützt, von einer offiziellen Vertretung der spanischen Kirche sekundiert, gleichzeitig von jenen begüterten Klassen unterstützt, die um jeden Preis ihre mehr als ungerechten und ungesetzlichen Interessen aufrecht erhalten wollen, gegen das spanische Volk führen — all dieses ist kein bloßes historisches Zusammentreffen. Es ist kein bloßer Zufall, daß alle diese aufgezählten Elemente, durch einen gleichen Nenner verbunden, den wir Faschismus nennen, darin übereinstimmen, daß der Exponent dieses Nenners, sein lebendigster, direktester Ausdruck die Unkultur ist; die allermächtigste Unkultur, die in der Unwissenheit über ihre eigene Existenz wurzelt und deshalb, wenn die Kultur auch nur genannt wird, auf sie schießt und damit den berühmten Rat, die weltbekannte Losung des internationalen Faschismus befolgt, Unkultur und Barbarei: Ausländerei. Und hier, dank einem genauen historischen Zusammentreffen, das eine ganz und gar offensichtliche historische Bestätigung darstellt, schießen sie, da sie auf die Kultur abdrücken, auf das Volk: und umgekehrt, da sie das spanische Volk zerstören, vernichten wollen, dienen sie im tiefsten Grunde und auch ohne es zu wissen, der barbarischen Absicht ihrer Unwissenheit, nämlich der Zerstörung und Vernichtung der spanischen Kultur.

Kinder, die durch italienische und deutsche Flieger beim Luftbombardement Barcelonas am 30. Jänner gemordet wurden

Die spanischen Militärs brüsteten sich seit einem Jahrhundert damit, sie zu ignorieren. Die offizielle Seite der Kirche, versippt und korrumpiert durch die staatliche Bürokratie seit der Wiederherstellung der bourbonischen Macht, hielt diese auf das Ganze gehende Unwissenheit gleich wie die positive und heroische Aufgabe einer Pflicht aufrecht. Eine Aufgabe, eine Absicht, die sich in die zynischste und schamloseste industrielle wie kommerzielle Ausbeutung einer mit dem Staate geteilten kulturellen Fälschung übersetzte. Schließlich bemächtigte sich der „señoritismus" (das junge Herrentum), die reichen Klassen dieser Aufgabe, um sich in ihrem Egoismus in der borniertesten und amoralischsten Vermaterialisierung des spanischen Lebens, die man jemals kennenlernen konnte — und die wir alle kennengelernt und wie das Volk und mit dem Volke erlitten haben — zu besudeln. Das Wort „geistig" war, sagte Unamuno, wie das Brandmal, mit dem sie unsere Stirnen versengten. Und der gleiche, unglückselige Unamuno, dessen Stimme, von ihnen in Salamanca ermordet, zum Schweigen gebracht worden ist, hat vor seinem Tode von seinen Feinden von jeher diesen ihren authentischen Schlachtruf hören müssen: „Nieder mit dem Geist!" (Muera la intelligencia!)

Die universelle spanische Kultur ist das Leben des spanischen Volkes und ist heute, gleich dem spanischen Volke, mit dem spanischen Volke tödlich bedroht. Unsere Pflicht als Geistige, unsere ruhmreiche Pflicht ist es, auf der Seite des Volkes zu kämpfen, weil in dem Volke die einzige und wirkliche Verteidigung der Kultur liegt. Weil sie in ihm wurzelt, unsichtbar, in unserer Erde, weil sie in ihm blüht, leuchtend, in den durchsichtigen Himmel, in unseren so klaren spanischen Himmel ihre Frucht hineintauchend: ihre Wahrheit, ihre Hoffnung.

Doch würde ich meinen Gedankengang nicht zu Ende führen, wenn ich zu sagen unterließe, daß für mich in dieser Kultur, und durch diese Kultur meines Volkes, daß für mich in dieser sublimen humanen Sprache, die sie in jeder nur erdenkbaren Hinsicht ausdrückt, der offenbarste Sinn meiner christlichen und katholischen Religion ist; einer Religion, die in der Sprache unserer volkshaften Kultur wurzelt; in dieser Umgangssprache, von der wir sagen, daß es die Sprache des Volkes sei, und die tatsächlich unsere Sprache, unser Denken ist, mehr als klar für uns zum Beispiel in unserer volkstümlichen Heiligen Therese, lebendigste Stimme des ewigen spanischen Volkes, die sich durch sie ausdrückt als göttliche, weil menschliche Bejahung des Seins und des Lebens. „Auf christlich sagen" nennt unser spanisches Volk die Klarheit dieser Sprache.

Wenn es eine christliche und katholische Metaphysik gibt, die man der beängstigenden, qualvollen Positivierung des „Nicht-Seins", des „Nichts" und des „Todes" des faschistischen Philosophen Heidegger entgegensetzen könnte, so ist es diese sehr lebendige Sprache unserer volkstümlichen Mystikerin, Meisterin des Lebens und der Hoffnung. Von allen unseren lebendigen Hoffnungen, die man vielleicht in einem Worte von ganz spezieller spanischer Prägung für alle Völker der Welt zusammenfassen könnte, in dem Wort: Freiheit. Die Freiheit, die wir mit unserer Sprache, unserer Kultur den amerikanischen Völkern brachten. Und dieses Wort war es, in dem die streng rechtlichen Erwartungen unserer kastilianischen Freiheitsfreunde und der valencianischen Verbrüderten mit den Holländern und Flamen übereinstimmten, als sie in jenen unruhigen, den heutigen ähnlichen Zeiten des 16. Jahrhunderts ihre sozialen Forderungen erhoben, die damals in ihrem Blute erstickt wurden. Wie sie es heute wieder wollen. Und jene Brüder in der Hoffnung waren auch Brüder im Glauben. Sie glaubten, wie wir es glauben und wünschen, daß die Wörter „Glaube" und „Freiheit" auf den Lippen des Volkes Schwestern seien; Schwestern der „Kultur" und der „Gerechtigkeit". Mehr noch, die Kultur, die wir für unser Volk verteidigen, diese einzig wirkliche, diese seine eigene und natürliche Kultur, nimmt gleich dem lebenden Baume, den ich anfangs beschrieb, vor unseren Augen jene Fülle der Zeiten auf sich, die sie auf Grund ihrer Vergangenheit und ihrer Zukunft zum Versprechen und zur Ursache ihrer Unsterblichkeit machen; sie geben ihr den menschlichen, geistigen, tiefen Sinn, weil sie in der Erde wurzelt wie der Baum, wie die Wahrheit des Menschen auf der Erde; wie seine volkshafte Wahrheit gegenüber der verlogenen Welt der Phantome, gegenüber ihrer Todesherrschaft und Tyrannei; gegenüber der hoffärtigen Unwissenheit, die sich als Feind allen Seins und allen Lebens erhebt: Feind des Volkes, aus dessen Blut jenes göttliche Zeugnis schreit, jenes Martyrium, das die furchtbare Stimme Gottes ist. Ungebildete Unwissenheit — satanische und einzig wirkliche Feindschaft gegen Gott und alle Völker Gottes. (Uebertragen von J. G. C.)

10

Der ewige Schatten

Roman von Max Hochdorf

Doktor Delemos sprach, Gottes Wille sei groß und allmächtig, und er wünsche ein Wunder zu tun an dem armen Knaben Viktor Steen, der ohne das Mirakel in einer Stunde erkaltet sein würde. Und sie allein, die brave Hausmagd Bloemarde Grotjan, sei auserwählt, bei dem Wunder mitzuwirken. Was seien denn die wenigen Unzen Blut, was die winzige Wunde, die so schnell verschürfen würde? Keine Narbe bleibe zurück, und bleibe eine, dann werde er ein dickes, goldenes Armband darumlegen. „Bloemarde Grotjan, liebe, treue Magd, die du mich seit Jahren treu bedient hast, möchtest du nicht noch treuer sein? Hörst du nicht in deiner harmherzigen Seele klingen, was der Schutzengel des so mitleidsbedürftigen Knaben dir zurufi?"

Die Magd ließ Lappen und Topf. Mit zerzaustem Haar, noch die klappernden Holzschuhe an den Füßen, lief sie auf die Straße. Sie schrie: „Sie wollen mich schlachten, sie wollen mich schlachten!" Sie zitterte an allen Gliedern. Ihre Augen waren verglast. Sie stürzte zur Tür des Hauses zurück. Sie riß das Totenskelett, das so lange den Leidenden den Weg gewiesen hatte zum neuen Leben, von seinem Piedestal. Sie schwang die Knochen überm Kopf und lärmte: „So wie die hier, sind noch unzählige bei dem verfluchten Juden im Keller! O, wie hab' ich's nur so lange aushalten können?!"

Daß sich so schnell ein Haufen Menschheit um sie sammelte, tat ihr unendlich wohl. Und sie erzählte von den Unglücklichen, die Doktor Demelos unten in den Geheimkammern seines Hauses gemordet und ausgeblutet hatte. „Hatte nachts ihr Blut in seine Mazzes eingebacken. Hab's ja selbst tun müssen. Hätte mich erwürgt, würd' ich's nicht getan haben. Hat mir wohl selber Teufelstränke eingegeben, daß ich elend und gelähmt wurde, so daß mir so lange das Maul wie zugekettet war! Und nun ist er dabei, dem armen Waisenkind Viktor Steen das letzte bißchen Blut abzuzapfen und auch ihn zu morden!"

Sie warf sich auf den Boden. Sie wälzte sich im Staub. Sie rang die Hände. Sie heulte: „O, vergib mir, allerheiligste Gottesmutter, daß ich diese Todsünde geschehen ließ, ohne mich dagegen zu wehren!"

Als sie sich mit Hilfe erschütterter und harmherziger Leute wieder erheben konnte, sich wohl erheben, doch nicht aus eigener Kraft auf den Beinen halten, da stürzte der empörte Menschenhaufe schon gegen das Haus des Arztes. Man schrie nach der Axt, um das verriegelte Eichentor zu zerschlagen. Man riß die Rosenstöcke des Gartens aus dem Sand. Man betrommelte damit die schwere Tür. Die dünnen Stäbe zerknickten. Aber schon standen die Schweizer mit ihren schleppenden Säbeln und ihren stählernen Sporen bereit.

Währenddessen verhauchte der Knabe Viktor Steen seinen letzten Atem. Dieser röchelnde Todesatem, ganz nur verständlich den Mächten, die das vergängliche Sein zum Ewigsein retten, damit des Ewigen Ruhm gerechtfertigt und vermehrt werde vor den Schwächsten, den Irdischen, mischte sich mit der Tobsucht des Menschenhaufens auf der Straße. Es war ein unglücklicher, verängsteter Menschenhaufe, dessen Gehirn den Himmlischen demütig anbetete, weil er von Ihm die einzige Erleuchtung durch diese stockfinstere Weltverwirrung bezog. Es war ein frommer, das Gedächtnis der Eltern und das lallend-kärtlichkeitsbedürfnis der Kinder liebkosender Menschenhaufe, dessen Herz nur den Geboten der Ehre und der Tugend zu folgen trachtete. Und das vom Leid am peinigendsten heimgesuchte Gehirn und das vom Entsetzen am schmerzlichsten eingeschnürte Herz, es gehörte der Magd Bloemarde Grotjan, die sich stützen und schleppen ließ, damit sie nicht in Staub und Asche zerfalle.

Sie seufzte und stöhnte auch dann noch, als ihr das flammende Gesicht und die eiskalten Hände mit Essig eingerieben wurden.

„Liefert den verfluchten Juden der Strafe aus, die er verdient!", so bettelte die Magd. Und sie wurde von den Mitleidsvollsten in dem Menschenhaufen getröstet, daß alles geschehen werde, damit nicht die Todsünde wider den Heiligen Geist der göttlichen und irdischen Gerechtigkeit geschehe.

Am Bett des sterbenden Knaben Viktor Steen hielten sich Doktor Gawriel Delemos und seine Frau Rahel. Er hatte die Rechte des Knaben gegriffen, seine Gattin die Linke. Die zuckenden Ströme des erlöschenden Daseins teilten sich ihnen mit, leise Signale, die andeuteten, daß ein unschuldiges und doch aus unerklärlichen Gründen so früh schon zerstörtes Gebein in der nächsten Sekunde die schöne Erquickung des Friedens empfangen würde.

Mit weit aufgerissenen, verwunderten Augen starrten die Gatten sich an. Nicht einmal ihre Lippen bewegten sich. Was sie sich zu sagen hatten, es schrieb sich aus den Gedanken des einen zu denen des andern hinüber, ohne daß sie das Schweigen zu brechen brauchten. Was ihre Pflicht war, sie bezeugten es, indem sie sich keinen Zoll weit von ihrem Wachposten neben dem Sterbenden fortrührten.

So wurden sie gefunden.

Die Schweizer, die ihre Beute auf den Karren luden, erstauten darüber, daß Vampire, mit dem grausigen Verbrechen des Blutsaugens belastet, so federleicht sein konnten wie in Rechtschaffenheit vergreiste Kreaturen.

Ich darf dir die Schlüssel nicht aus der Faust reißen, obwohl es mir immer noch ein leichtes wäre, dir die Knöchel umzuknicken. Ich darf auch nicht mit dir komplottieren, obwohl ich noch viele Leute im Lande weiß, die mir wie du zur Flucht verhelfen, die mich wie du sehr gern verstecken würden. Aber damit diene ich weder den Meinen noch der Wahrheit. Und ich muß beiden dienen, und ich muß auch ihnen dienen, euch allen, ihr, der Königin, den Richtern. Ich muß die Wahrheit hineinhämmern in ihre Köpfe. Sie sind nicht meine Feinde, mein armer Freund. Milzkrank ist nur der eine, und dem andern verwelkt die Lunge. Und der Foltermeister, das ist der kränklichste von allen. Der kann weder Speise noch Wasser mehr halten. Hab' sie alle unter den Händen gehabt. — Geh doch, geh doch, Verhulst! Du torkelst wie ein Betrunkener vor mir her."

Aus den Zellen, die zu Seiten des Kellerganges lagen, wurde gegen die Türen getrommelt. An den Eisenriegeln wurde gerüttelt. Die Fackel entfiel den zittrigen Händen des entsetzten Kerkermeisters. Da sie nur schwach gepicht war, standen der Gefangene und sein Zellenmeister plötzlich im Dunkeln. Hinter den Holzverschlägen die Menschen, die einen Faden des dünnen, vorüberschwebenden Lichtes empfangen hatten, vernahmen jetzt nur das Keuchen des Kerkermeisters. Aber doppelte Ohren mußte einer von denen hinter den Toren haben. Denn er kreischte: „Im Finstern stehlen sich die Mörderjuden aus dem Gefängnis, und es helfen ihnen die Judenknechte, die ihre Seelen an den Blutzapfer verschachern!"

Das steckte an. Aus allen Zellen wurde das Echo geweckt: „Der Mörderjude und die Judenknechte!"

„Weiter, weiter, Verhulst!" befahl Doktor Delemos. Er faßte den Kerkermeister unter dem Arm: „Noch gehen wir durch die Finsternis, aber in wenigen Minuten werden wir wieder zur Helligkeit gelangt sein, wenn wir nur Mut haben, mein armer Freund!"

Er tappte mit seinem Gefährten vorwärts. Die Schreie des Hasses, die ihm folgten, er wollte sie nicht hören. Er schleppte seinen Zellenmeister, als hätte er geschworen, ihn mit Einsatz aller seiner Kräfte an der Stätte des Gerichts abzuliefern.

(Fortsetzung folgt.)

Eine Frau besiegt eine Rauschgift-Bande

Das Scheidungsparadies als Rauschgiftzentrum

Aus San Francisko wird gemeldet: Miß Mary Mac Allister ist zur Nachfolgerin des wegen Rauschgifthandels verhafteten Chefs der Anti-Rauschgift-Brigade, Chris Hansen, ernannt worden.

Ganz USA spricht heute von der erst 23jährigen Detektivin Mary Mac Allister. Noch vor wenigen Wochen kannte sie selbst in San Francisko niemand. Sie besaß kein Büro, sie machte keine Reklame, ja, sie übernahm nicht einmal Aufträge, sofern sie ihr nicht besonders zusagten. Sie hatte es freilich auch nicht nötig, denn ihr Vermögen gestattete ihr, ganz ihren Neigungen zu leben.

Mary Mac Allister hatte beschlossen, sich ausschließlich der Bekämpfung des Rauschgifthandels zu widmen. Sie gab ein kleines Vermögen aus, um diese schwierige Materie bis in ihre intimsten Einzelheiten zu studieren. Sie unternahm eine Reihe von Reisen, die sie um die ganze Welt führten. Sie bekuckte Aegypten, China, Indien, Arabien, Südamerika. Sie saß in Opiumhöhlen und Kokainkaschemmen und konferierte mit den Beamten der Rauschgiftpolizei. Und dann, genügend vorbereitet, wurde sie „aktiv".

Schon ihre ersten kleinen Erfolge erregten die Aufmerksamkeit der kalifornischen Behörden, die über diese neue Helferin sehr froh waren, denn der Rauschgifthandel in Kalifornien hatte beängstigende Ausmaße angenommen und die Erfolge der polizeilichen Abwehrtätigkeit waren äußerst mittelmäßig.

Schließlich schlug der Polizeichef des Staates Kalifornien der jungen Privatdetektivin Mary Mac Allister vor, die Angelegenheit zu übernehmen. Sie willigte sofort ein, stellte jedoch die Bedingung, vollkommen selbständig zu arbeiten und eine Blankovollmacht zu erhalten. Der Polizeichef nahm diese Bedingungen an.

Miß Mac Allister demissioniert

Am nächsten Tage war Miß Mac Allister spurlos verschwunden. Erst nach mehreren Wochen tauchte sie wieder auf und teilte dem Polizeichef Dinge mit, die ihn in größtes Erstaunen, ja geradezu in Entsetzen versetzten. Die bisherigen Mißerfolge der Behörden seien kein Wunder, erklärte sie, denn einer der Hauptorganisatoren des Schmuggels sei niemand anders als Chris Hansen, der Chef der staatlichen Anti-Rauschgift-Brigade.

Weder der Polizeichef noch der Gouverneur, der sofort verständigt wurde, wollten dieser unerhörten Beschuldigung Glauben schenken. Chris Hansen war einer der fähigsten und aktivsten Beamten der kalifornischen Polizei, bekleidete zahlreiche Ehrenämter, und seine Führung war vorbildlich.

„Wenn Sie mir nicht glauben wollen, so steht Ihnen dies frei", sagte Miß Mac Allister kurz. „Sie werden aber verstehen, daß ich in diesem Falle jede weitere Zusammenarbeit mit den Behörden ablehne!"

Damit schien der Fall vorläufig erledigt. Die Sache war jedoch in die Oeffentlichkeit durchgesickert; die Stadtverwaltung von San Franzisko befaßte sich damit, und ihr Beschluß zwang den Polizeichef, sich bei der beleidigten Detektivin zu entschuldigen und sie von neuem um ihre Mitarbeit zu bitten.

Das Geheimnis des Woo-Sing-Clubs

„Ich brauche gar nichts mehr zu tun", erklärte Miß Mac Allister lächelnd, nachdem diese kleinen Formalitäten erfüllt waren. „Ich habe genügend Belastungsmaterial mitgebracht, um Ihnen die Möglichkeit zum Eingreifen zu geben. Aber Sie haben mich ja, als ich meinen Verdacht gegen Chris Hansen aussprach, überhaupt nicht weiterreden lassen. Wenn Sie vernünftiger gewesen wäre, so würden Sie die gefährlichste Rauschgifthändlerbande der USA inzwischen schon hinter Schloß und Riegel gebracht haben . . ."

Der Polizeichef schluckte diese bittere Pille mit süß-saurem Lächeln herunter, und die versöhnte Detektivin gab ihm nun das Ergebnis ihrer Nachforschungen preis.

Das Hauptquartier der Bande befand sich in der durch ihre Ehescheidungsrekorde berühmten Stadt Reno, und zwar im Woo-Sing-Club, einem der elegantesten Nachtlokale der Stadt, das den Namen seines chinesischen Gründers und langjährigen Besitzers trug.

Der Chinese Woo-Sing und der Polizeikapitän Chris Hansen waren gleichzeitig die Chefs der Schmugglerorganisation.

Die unterirdische Festung

Das Gebäude des Woo-Sing-Clubs unterschied sich rein äußerlich in keiner Weise von einem „fashionablen" Nachtlokal mit Spielbetrieb. Das ganze Haus war jedoch unterminiert, und die Keller waren zu riesigen Lagerräumen ausgebaut worden, in denen ungeheure Mengen von Rauschgiften aller Art aufbewahrt wurden. Das Ganze repräsentierte einen Wert von mehreren Dollar-Millionen.

Eine derartige „Wertanlage" rechtfertigte außergewöhnliche Sicherungsmaßnahmen, und es war deshalb auch kein Wunder, daß Miß Mac Allister in einem der Kellerräume eine Waffenkammer entdeckt hatte, in der sich mehrere hundert Gewehre, einige Dutzend Maschinengewehre, einige Kisten Munition und genügend Revolver und andere Handwaffen befanden, um eine mehrtägige Belagerung auszuhalten.

Das Ende der Rauschgift-Gang

Noch jetzt erschienen die Enthüllungen der jungen Detektivin dem Polizeichef zu ungeheuerlich, um wahr sein zu können. Andererseits war er sich darüber klar, daß die mutige junge Frau unter ständiger Lebensgefahr eine Aufgabe gelöst hatte, an der zweifellos manche seiner besten „Spürhunde" gescheitert sein würden. Er beglückwünschte die Detektivin mit unverhohlener Bewunderung und begab sich dann sofort zum Gouverneur von Kalifornien, um die Mobilisierung sämtlicher verfügbaren Polizeikräfte für einen „Raid" auf Reno zu erwirken.

Der Angriff auf den Woo-Sing-Club wurde noch in der gleichen Nacht von einer Polizeitruppe von 800 Mann unter persönlicher Leitung des Polizeichefs von San Francisko durchgeführt und erfolgte so plötzlich, daß die überraschten Schmuggler an keine Gegenwehr dachten und es nicht zum geringsten Blutvergießen kam. Unter den insgesamt 58 Verhafteten befanden sich auch der chinesische Millionär Woo-Sing und Polizeikapitän Chris Hansen, Chef der Anti-Rauschgift-Brigade des Staates Kalifornien.

In den Kellerräumen fanden die Beamten fast 600 Kilogramm Opium, Kokain, Haschisch, Mescalin, Eukodal und andere Rauschgifte verschiedenster Art, nebst einem Waffenlager, für dessen Abtransport allein vier schwere Lastwagen benötigt wurden.

Die Schwurgerichtsverhandlung gegen die Verhafteten ist auf Anfang April anberaumt, aber sie wird kaum besondere Ueberraschungen ergeben, da der Gouverneur den Richtern die strikte Weisung erteilt hat, die Hauptbelastungszeugin Mary Mac Allister über die näheren Umstände, unter denen es ihr gelungen ist, in die unterirdischen Räume des Woo-Sing-Clubs einzudringen, nicht zu befragen.

Ein Wiederaufleben des Schmuggels unter Führung einer Konkurrenz-Gang ist ohnehin kaum zu befürchten. Dafür bürgt der offizielle Eintritt der jungen Detektivin Mary Mac Allister in den Staatsdienst und ihre Ernennung zum Chef der Anti-Rauschgift-Brigade von Kalifornien.

Allan E. King.

IM DIENSTE DES VOLKES

streben die deutschen Konsumgenossenschaften einer sozial gerechten Gemeinwirtschaft zu, die den Interessen der breiten Masse dient.

Dieses Ziel wird gefördert:
Durch den Beitritt zu den Konsumgenossenschaften.
Durch die volle Bedarfsdeckung der Mitglieder in den eigenen Läden.
Durch die Förderung der genossenschaftlichen Eigenproduktion.
Durch genossenschaftliche Mitarbeit.
Mehr als 240.000 Verbraucherfamilien gehören den Konsumgenossenschaften als Mitglieder an. Ihre gemeinschaftliche Arbeit hat die Errichtung der Eigenbetriebe des GEC-Verbandes bewirkt. Die genossenschaftliche Eigenproduktion arbeitet für die organisierten Verbraucherfamilien.

TRETET DEN KONSUMGENOSSENSCHAFTEN ALS MITGLIEDER BEI!

HELFET MIT, EINE STARKE GENOSSENSCHAFTLICHE EIGENPRODUKTION AUFZURICHTEN!

Standpunkte . . .

Von Stefan Pohl

Der Staatsanwalt:

Ich werde mich ja kurz fassen, aber ob der junge Verteidiger nicht lange quatschen wird? Wenn der wüßte, wie gleichgültig das ist! Der Vorsitzende weiß doch ohnedies, wieviel es geschlagen hat, und die Schöffen — du lieber Himmel! Vor vier wird das kaum zu Ende sein. Dann muß ich mich aber rasch umziehen, um halb fünf habe ich Rendezvous mit der Fritzi, die darf man nicht warten lassen . . .

Der Oberlandesgerichtsrat:

Vier Zeugen sind noch zu vernehmen, und es ist schon ½7 Uhr. Dann erst beginnen die Plädoyers. Der Verteidiger ist jung und sieht darnach aus, als würde er zumindest eine Stunde lang reden. Na, da kann es leicht drei Uhr werden, bis ich zum Urteilsspruch gelange, vorausgesetzt, daß mir die Schöffen keine Schwierigkeiten machen. Vor vier kann ich nicht zu Hause sein, und gerade heute gibt es mein Lieblingsessen: Schweinsbraten mit Erdäpfeln. Niemand macht das so gut wie Mathilde . . .

Der Verteidiger:

Ich bin sehr aufgeregt, es ist meine erste größere Verteidigung. Ich fühle, daß ich heute gut in Form bin. Der Vorsitzende gilt als ein geduldiger Mensch, der vernünftigen Argumenten zugänglich ist. Ich werde ihm alles ausführlich darlegen, ich will ihn zu überzeugen versuchen. Hoffentlich kommt meine Rede in die Zeitung. Ich sehe den Berichterstatter der „Morgenpost" im Saale.

Der Sohn des Richters:

Ganz gut, daß Vater heute erst so spät zu Tisch kommt. Ich habe ein minus genügend auf die mathematische Schularbeit, beim Unterschreiben würde er sehr schimpfen. Mit Mutti ist das einfacher, da werde ich rascher fertig. So lange Verhandlungen sind mitunter ein Segen!

Die Köchin:

Daß der gnädige Herr heute wieder so spät zum Essen nach Hause kommt! Da kann ich um vier neuerlich mit der Arbeit beginnen! Und wenn dann was angebrannt ist, bekomm ich den Spektakel! Und wenn er früher kommt, und das Essen ist noch nicht fertig, bekomm ich auch den Murrer. Man hat's nicht leicht, bei einem Richter in Dienst zu sein. Da hat's die Poldi besser! Die ist bei einem Kaufmann angestellt, das sind anständige Leute und kommen täglich Punkt eins zum Essen!

Der Angeklagte:

Jetzt wird es nicht mehr lange dauern, und dann werde ich endlich Gewißheit haben. Drei Monate war ich in Untersuchungshaft und wer weiß, was jetzt auf mich wartet! Gestern meinte der Verteidiger, daß meine Strafe vielleicht mit der Untersuchungshaft verbüßt sein wird, aber ob der junge Mensch nicht zu optimistisch denkt? Wenn der Richter am Ende schlecht aufgelegt ist? . . . Wie schlecht nur meine Frau aussieht, wie blaß und abgehärmt . . .

Die Frau des Angeklagten:

Ich bin wirklich eine schlechte Frau! Der arme Franz! Er hat doch all diese Unsauberkeiten, die zur Krida führten, nur getan, um mir und den Kindern ein besseres Leben bereiten zu können! Und ich . . ., ob ich nicht Fritz verabschieden und wieder anständig werden sollte! . . . Ob die Strafe hoch sein wird? Wenn er nach Hause kommt, werde ich vorsichtiger sein müssen, damit er von Fritz nichts merkt — . . .

Erziehung zur Demokratie und die Genossenschaften

Jedes nach den Idealen der Demokratie und der Freiheit hin orientierte Staatswesen kann der demokratischen Gesinnung seiner Staatsbürger nicht entbehren, soll Demokratie wirklich Demokratie, soll Freiheit wirklich Freiheit sein. Hier ist letzten Endes kein Lippenbekenntnis entscheidend, sondern die wahrhafte und aufrechte demokratische Gesinnung selbst, und die Erziehung der Staatsbürger zur Demokratie ist mehr oder weniger eine öffentliche Angelegenheit. Je mehr organisierte Kräfte rege sind, um die Erziehung zur demokratischen Gesinnung zu fördern, um so besser für unseren Staat, der ja durch die Pflege jener Ideale gegen alle Stürme einer unruhevollen Zeit gefestigt und gewappnet sein soll, aus denen er hervorging. Eine jener in ihrer Dauerwirkung nicht zu unterschätzenden organisierten Kraft zur demokratischen Gesinnungsbildung ist das freie Genossenschaftswesen, denn jeder echten Genossenschaft sind die Ideale der Demokratie und der Freiheit gewissermaßen eingeboren.

Unter der Vielheit der Genossenschaften können insbesondere jene für die Heranbildung der öffentlichen demokratischen Gesinnungsbildung wirken, die ihre Tätigkeit auf die breite Masse des Volkes einstellen. Hier nehmen die Konsumgenossenschaften einen hervorragenden Platz ein, vereinigen sich doch in ihnen viele hunderttausende Familien. So ist jede dritte deutsche Familie unseres Staates konsumgenossenschaftlich organisiert. Vielen bedeutet die Mitgliedschaft bei einer Konsumgenossenschaft lediglich die Anteilnahme an den unmittelbaren wirtschaftlichen Vorteilen, welche durch den treuen Einkauf gegeben sind. Es gehört aber zu der ernsten Aufgabe der Genossenschaftsbewegung und es ist ihr ständiges Ziel, aus der durch die Vorteile der konsumgenossenschaftlichen Bedarfsdeckung hervorgerufenen wirtschaftlichen Interessengemeinschaft eine von einem einheitlichen Wollen getragene Gesinnungsgemeinschaft heranzubilden. Die Konsumgenossenschaftsbewegung kommt dieser ernsten Aufgabe mit einer umfassenden, von Jahr zu Jahr stärker in die Köpfe der Menschen dringenden genossenschaftlichen Aufklärung nach. Es entspricht nur dem Wesen der Sache, wenn die Konsumgenossenschaften als die Selbsthilfeorganisationen der Verbraucher den Grundsatz der wirtschaftlichen Demokratie in dem Sinne den Boden bereiten, daß das Volk seine wirtschaftlichen Angelegenheiten selbst und ohne Bevormundung regeln soll. Von diesem Grundsatz ausgehend hat die Genossenschaftsbewegung durch zähe und unermüdliche Arbeit ein Stück Wirtschaft aufgebaut, das dem ureigensten Kräften des Volkes entsprungen, ihm auch ganz gehört. Hier gebietet nicht der autokratische Wille einzelner, hier sind die Interessen und der Wille der Gesamtheit von entscheidender Bedeutung. Die Konsumgenossenschaftsbewegung bietet in seiner heutigen Gestalt bereits eine Vorstellung über die Konzeption einer demokratisierten Wirtschaft als Ganzes. Man hat dem Genossenschaftswesen von seiten seiner Kritiker und Gegner oft vorgeworfen, daß es der schöpferischen Initiative entraten müsse, welche der Privatwirtschaft in hohem Grade eigen sei. Die aufsteigende Entwicklung der Konsumgenossenschaftsbewegung in ihrer Gesamtheit, ihr Bestreben, sich der jeweils besten Wirtschaftsmethoden zu bedienen, die Tatsache, daß aus der kleinen, vor Jahrzehnten wirklich noch unbedeutenden Bewegung große, verantwortungsbewußt geleitete, in ihren Fundamenten festgewurzelte Unternehmungen erwachsen sind, welche lebens- und entwicklungsfähig sind, welche willens und fähig sind, einem beträchtlichen Sektor der Wirtschaft das Gepräge der wirtschaftlichen Demokratie aufzudrücken, all das gibt eine Vorstellung von den im Volke noch ungeweckten, noch schlummernden Kräften, die aber dereinst berufen sind, die gesamte Wirtschaft in den Dienst des Volkes zu stellen.

Einem Volke, dem durch die praktische Betätigung der Genossenschaften wirtschaftliche Demokratie vorgelebt wird, das angesichts der Leistungen der genossenschaftlichen Unternehmungen für sein Wohl der festen Ueberzeugungen ist, daß es stark und fähig ist, seine ureigensten wirtschaftlichen Angelegenheiten ohne Bevormundung zu regeln, einem solchen sind auch die politischen Ideale der Demokratie und der Freiheit kein leerer Wahn, ein solches Volk wird auch eine politische Bevormundung durch ein aufgedrängtes „Führer"-System oder durch ein „autoritäres" Herrschaftssystem als seinen wahren Interessen nicht entsprechend mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen wissen.

Es ist ein charakterisches Zeichen unserer Zeit, daß die Gegner der genossenschaftlichen Selbsthilfebewegung der Verbraucher in den meisten Fällen ganz andere Anschauungen in ihrer Brust hegen als es die Ideale der politischen Demokratie sind. In den Reihen der überzeugten Genossenschafter hingegen findet die Demokratie nicht nur Bekenner, sondern auch Kämpfer.

An der Erziehung zur Demokratie mitzuwirken, ist jeder aufrechte Bürger unseres Staates berufen. Aber jeder, dem es um die Ideale der politischen Demokratie ernst ist, ist gleichermaßen sittlich verpflichtet, die organisierten Kräfte tatkräftig zu fördern, welche die Stärkung der demokratischen Gesinnung unseres Volkes bewirken. Als eine Massenbewegung, welche die Verwirklichung der Demokratie in der Wirtschaft anstrebt und welche ihre besten Entwicklungsmöglichkeiten nur in einer politischen Demokratie sieht, sollten die Konsumgenossenschaften von der gesamten Bevölkerung tatkräftig gefördert werden.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Wieviel Sozialrentner gibt es?

Die Zahl der Sozialrentner hat sich in den letzten Jahren fortschreitend erhöht. Eine besonders starke Zunahme ergab sich in den Krisenjahren bei den Invaliditäts- und Altersrentnern. Nach der Statistik der Zentralsozialversicherungsanstalt waren am Ende jedes Jahres vorhanden:

	Invaliditäts-rentner	Alters-rentner	Witwen- und Waisenrentner	zusammen
1929	604	1	2.451	3.056
1930	6.062	11	8.151	14.224
1931	20.495	916	15.392	36.803
1932	44.801	5.661	22.999	73.461
1933	73.330	12.375	31.498	117.203
1934	102.077	19.705	40.019	161.901
1935	129.654	26.936	50.473	207.063
1936	141.407	32.834	58.932	233.373
1937	147.803	37.945	67.015	252.763

Am gewaltigsten hat sich die Zahl der Rentner also in jenen Jahren vermehrt, in denen sich die Wirtschaftskrise bei uns am schlimmsten ausgewirkt hat. Von 1931 bis 1935 ist die Zahl der Sozialrentner insgesamt von 36.803 auf 207.063 gestiegen. Das ist eine Zunahme um 167.250 in fünf Jahren. Dieses mächtige Anschwellen geht darauf zurück, daß die Wirtschaftskrise vielen älteren Arbeitern und Arbeiterinnen, ebenso vielen leichtbeschädigten Personen für immer die Aussicht nahm, jemals wieder einen Arbeitsplatz zu erhalten. Sie wurden dadurch gezwungen, sich um die ihnen zustehende Sozialrente zu bewerben. In den beiden letzten Jahren hat das Anwachsen der Zahl der Sozialrentner wieder ein normales Tempo angenommen.

Ein Finanzierungsplan für öffentliche Bauten

Die Finanzierung der öffentlichen Arbeiten, schreiben „Hospodářské Hovory", bildet ein schmerzliches Problem der Bauindustrie, da bei ihr nicht nur die finanziellen, sondern auch juristische und technische Fragen eine Rolle spielen. Die Geldinstitute erklären, daß die Festsetzung von Bedingungen, die die Arbeitsvergabe zu einer Spekulation gestalten, ungesund seien; z. B. sei die Steigerung von Materialpreisen und Löhnen als Unternehmer-Risiko anzusehen. Die langwierige Akzeptierung und Liquidierung der Ratenausweise und der Schlußrechnung machen eine planmäßige Garantie der liquiden Geldmittel hinsichtlich ihrer Höhe und ihres Zahlungstermins unmöglich. Deswegen haben die Unternehmer öffentlicher Bauarbeiten dieser Tage den zuständigen Ministerien einen Plan überreicht, welche die Möglichkeiten einer garantiert glatten Finanzierung öffentlicher Bauten untersucht und entsprechende Vorschläge macht. Vorgeschlagen wird die Gründung eines Konsortiums der großen Geldinstitute, um vor allem die großen öffentlichen Bauten, deren Kosten in die Millionen gehen, zu finanzieren. Diesem Konsortium sollen auch die Landesbank, die Postsparkasse, die Nationalbank usw. Mittel zur Verfügung stellen. Eine weitere wichtige Forderung ist, daß der Bauherr gleich bei Vergabe der Arbeit einen Vorschuß von 20 Prozent der Baukosten gewährt, welcher Vorschuß dann bei den Ratenausweisen fortlaufend abgezogen würde. Doch scheinen die Aussichten für die Verwirklichung eines Konsortiums der Geldinstitute zur generellen Finanzierung der öffentlichen Bauten sehr gering zu sein.

Der Kampf um die Švarda-Fabrik in Rosenthal

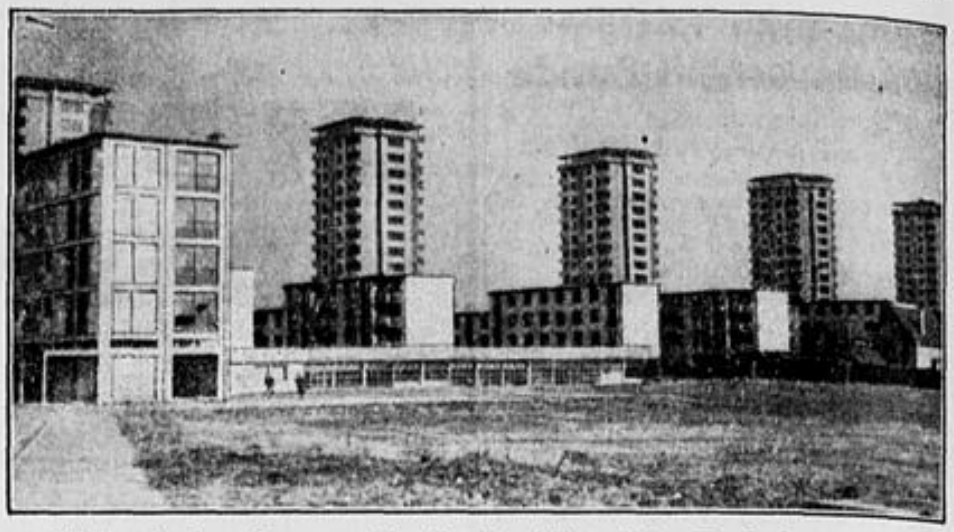
Der Kampf um die Švarda-Fabrik in Rosenthal geht weiter. Nachdem gegen die für den 26. Jänner angesetzte Räumung des Betriebes seitens des derzeitigen Pächters Einspruch erhoben und ihm vom Bezirksgericht in Teplitz-Schönau stattgegeben worden war, hat jetzt die „Textilnisipol" als Eigentümerin der Fabrik einen Exekutionstitel zur gerichtlichen Räumung des Fabriksbetriebes erwirkt. Die endgültige Entscheidung wird das Kreisgericht in Leitmeritz zu fällen haben. Fest steht, daß die „Textilnisipol" bzw. die ihr nahestehende Firma Kunert in Warnsdorf den Betrieb in Rosenthal um jeden Preis schließen wollen.

Um die Verbindlichkeitserklärung des Hohlglasvertrags

Gegen den Antrag, den Hohlglasvertrag verbindlich zu erklären, erhoben von den bestehenden 47 Hohlglasfabriken sechs Firmen Einwände, u. zw. die Karlshütte (Slowakei), die Harrach'schen Glasfabriken, die Firma Richter in Würbenthal sowie drei kleinere Unternehmungen. Die Firmen, die den Vertrag anerkennen, beschäftigen 16.000, die übrigen zusammen nur etwa 1100 Arbeiter. Wegen der Verbindlichkeitserklärung bestehen nicht nur Differenzen zwischen den Firmen und den Arbeitern, sondern auch innerhalb der Industrie selbst. So wurde von gewisser Seite der Vorwurf laut, die Harrach'schen Fabriken seien um 30 Prozent billiger als jene Firmen, die zur Einhaltung der Vertragslöhne bereit seien, so daß die Unterbietungen in der Hohlglasindustrie vor allem zu Lasten der Arbeiterschaft gingen. Das Handelsministerium forderte eine ausführliche Begründung der gegen die Verbindlichkeiterklärung vorgebrachten Einwände, worauf eine neuerliche Aussprache einberufen werden wird.

Kürzung der Frauenlöhne

Gegenwärtig sind mehr als 90 Prozent aller krankenversicherten Frauen in den ersten fünf Lohnklassen, wobei der höchste Taglohn 22 Kč beträgt. Mehr als zwei Drittel aller Arbeiterinnen sind in den niedrigsten drei Versicherungsklassen mit einem Höchstverdienst von 14 Kč versichert. Während die Männerlöhne gegenüber dem Jahre 1929 um 7.1 Prozent gesunken sind, sanken die Frauenlöhne um 11.4 Prozent. Dies bedeutet, daß die Löhne der Arbeiterinnen stärker herabgesetzt werden als die der Männer.



Wolkenkratzer-Kasernen für die Republikanische Garde in Paris

Am Rande der französischen Hauptstadt wurde jetzt diese in ihrem Baustil recht ungewöhnliche Kasernenanlage für die Republikanische Garde fertiggestellt. Fünf turmartige Bauten, die mit 16 Stockwerken fast Wolkenkratzerhöhe erreichen, beherrschen die Kasernenanlage.

Verschlechterungen für die Arbeitslosen in Oesterreich

Die Sozialversicherungsnovelle, die am 1. Jänner in Kraft getreten ist, bringt den Arbeitern und Angestellten eine Aenderung, die in der Tages- und Fachpresse recht wenig besprochen wurde. Es wird nämlich wieder die Anspruchsberechtigung auf die Notstandsaushilfe verschlechtert. Und das bedeutet für ungefähr 30.000 Arbeitslose in den nächsten 18 Monaten die Aussteuerung.

Notstandsaushilfe kann von nun an nur der Arbeitslose erhalten, der in den letzten zehn Jahren durch mindestens drei Jahre beschäftigt war. Wer sich also im Juni 1938 um die Unterstützung bewirbt, muß seit Juni 1928 durch mindestens 3 Jahre beschäftigt gewesen sein. Bisher war eine Verlängerung der zehnjährigen Frist möglich und manchmal genügte es, wenn in den letzten 15 Jahren der notwendige Arbeitsnachweis vorhanden war. Dies wird nun anders, und alle Arbeitslosen, die in den letzten zehn Jahren keine dreijährige Beschäftigungsdauer haben, müssen bei der nächsten Verlängerung ausgesteuert werden. Je länger die Krise dauert, um so größer wird die Zahl der Arbeitslosen werden, die in den letzten zehn Jahren keine drei Jahre gearbeitet haben. Besonders in den Saisonberufen und für die älteren Arbeiter bedeutet die neue Bestimmung, daß die Anspruchsberechtigung verloren geht.

Marksturz in den Weststaaten

Der „B.-C." weist in einer Zusammenstellung darauf hin, daß seit Anfang dieses Jahres im Ausland ein mächtiger Kursverfall der Sperrmarksorten eingetreten ist, der nicht zuletzt auf die letzten Ereignisse in Deutschland zurückzuführen ist. Der Kursverfall nimmt von Woche zu Woche größere Ausmaße an. So wurde in Holland die Kreditsperrmark am 3. Jänner noch (auf Kč umgerechnet) mit Kč 2.04 gehandelt, am 28. Jänner mit Kč 1.75, während am 14. Feber die Kreditsperrmark nurmehr mit Kč 1.20 bewertet wurde. Die Auswanderersperrmark notierte am 3. Jänner in Holland noch Kč 2.04, am 14. Feber nunmehr Kč 1.16, die Effektensperrmark am 3. Jänner Kč 2.04, am 14. Feber nurmehr Kč 1.12. In dieser Beziehung sind die Besitzer von Sperrmarksorten in der Tschechoslowakei weit besser gestellt, wo die beiden erstgenannten Sperrmarksorten noch mit Kč 4.40, die letztgenannte mit Kč 3.25 verwendet werden können.

Lohnbewegung der Bauarbeiter Nordmährens

Die Vertragsorganisationen der Bauarbeiter des nordmährischen Vertragsgebietes gaben am 15. Dezember 1937 den Arbeitgebern die Forderungen für das Jahr 1938 bekannt; der vorgeschlagene Lohnaufbau beträgt 15 Prozent, was angesichts der Lebenshaltung der Bauarbeiter gewiß bescheiden genannt werden muß. Die Schäden, welche die Krisenjahre in jeder Arbeiterfamilie hinterlassen haben, konnten noch nicht gut gemacht werden, da beim Bauarbeiter neben den niedrigen Löhnen auch noch die jährliche kurze Arbeitsspanne die Lebenshaltung des Bauarbeiters beschränkt. Die Bauarbeiterschaft, die allerorts und bei allen Anlässen (auch bei den Unterstützungsaktionen u. dgl.) als jene Gruppe bezeichnet wird, die während der Zeit ihrer Beschäftigung so viel verdient, daß ihr Verdienst auch für die Zeit des Stillstandes ihrer Berufstätigkeit (hier stellt man wohl den Bauarbeiter dem Unternehmer gleich) ihren Lebensunterhalt sicherstellen kann, was in Wirklichkeit aber nur bei sehr guter Beschäftigung der Fall ist, verdient heute kaum so viel, daß sie während der tatsächlichen Arbeitszeit ihr notdürftigstes, karges Leben fristen kann.

Bei den „Lohnbesprechungen" am 21. Jänner 1938 lehnten die Bauarbeitgeber die Lohnforderungen der Bauarbeiter ab. Man zeigte sich freundlichst geneigt, die Vorjahrslöhne, welche ohnehin durch die Regierungsverordnung Nr. 258 geschützt sind, aufrecht zu erhalten.

In den vom 7. bis 13. Feber 1938 abgehaltenen Bauarbeiterversammlungen haben die Bauarbeiter einmütig ausgesprochen: Die Bauarbeiterschaft weist das Ansinnen der Bauarbeitgeber, die Löhne des Jahres 1937 ohne Lohnerhöhung beizubehalten ab, und stellt sich nach wie vor hinter die von den Vertragsorganisationen eingebrachten Forderungen.

Die Bauarbeiter, welche auf Grund der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in drückendster Not leben müssen; denen die Arbeitsverhältnisse nicht einmal die primitivste Lebensweise erlaubten; die Bauarbeiter, die in den Krisenjahren den härtesten Lohnabbau hinnehmen mußten, müssen heute auf der Verbesserung ihrer Lohnverhältnisse beharren.

Wenn die Bauarbeitgeber in Verkennung all dieser Tatsachen glauben, die Forderung der Bauarbeiter ablehnen zu müssen, dann gilt für die Bauarbeiter Nordmährens nur eines: den geschlossenen Kampf zu organisieren und zu führen bis zur Lohnerhöhung und zur klaglosen Einhaltung der Vertragsbestimmungen in bezug auf Ordnung auf den Betriebs- und Baustellen.

Signor Ulivi legt John Bull herein

Es ist nun bereits einige Monate her, da berichteten die Welttelegraphenagenturen aus London von der sensationellen Entdeckung des Professors Anthony, dem es nunmehr gelungen sei, die Todesstrahlen anzuwenden. Glücklicherweise konnten sich die Meldungen darauf stützen, daß aus „Gründen der nationalen Verteidigung" genaue Angaben über die neue Methode einer Elektroferntwirkung nicht gemacht werden können. Im Gegensatz zu dieser Angabe und im gleichen Atemzug begannen aber die Berichterstatter schon ihr Seemannsgarn zu spinnen.

Nach den gleichen Meldungen sollte es dem Professor Anthony gelungen sein, die elektrische Strahlungsenergie eines Atoms freizumachen und einen Apparat zu konstruieren, um diese „Atomwellen" auf größere Entfernung zu übertragen. Unter anderem soll ein Versuch mit sechs Bombern der englischen Flugwaffe unternommen worden sein, deren Lahmlegung völlig gelungen sei.

Zum Unterschied von den tatsächlichen Kriegserfindungen richten sich nun die Zeitungsenten und Grubenhunde, also auch speziell die Pressekriegserfindungen, nach den jeweiligen seelischen Bedürfnissen und dem Gemüt der Leser. In früheren Zeiten hat man auch in England bei Todesstrahlenerfindungen die anrückenden Einheiten des Gegners zur See und in der Luft einfach zu zersprengen versucht. Wie wir wissen, ist jedoch Großbritannien gegenwärtig auf Milde eingestellt. Deshalb haben auch die Todesstrahlen des Herrn Professor Anthony nicht etwa eine sprengende oder tötende Wirkung. Es sind ausgesprochen pazifistische Todesstrahlen. Sie zwingen den Angreifer aus der Luft nur zu Gleitflug und Landung. Wenn er dann seine Bomben nicht vorher schon abgeworfen hat, was er vernünftigerweise tun wird, dann werden sie ihn am Boden von der Polizei gegen Quittung abgenommen. Man könnte diese Todesstrahlen mit Recht als Nichteinmischungstodesstrahlen bezeichnen.

Diesen, mit Gemüt gepaarten physikalischen Effekt erreicht die englische Presse und Professor Anthony auf folgende Weise. Der Trick bestand darin, das Benzin in den Treibstofftanks der Bomber auf Entfernung künstlich mit Wasser zu mischen. Bei den Versuchen ist, laut den Berichten der Reporter, das Benzin vorher sorgfältig geprüft worden und die Benzinfässer trugen militäramtliche Siegel. Auch die Treibstofftanks der Flugzeuge sind sorgfältig vorher untersucht und nach Auffüllung mit dem versiegelten Benzin versiegelt worden. Kurz, es ist augenscheinlich zugegangen wie bei den Varietévorführungen von zersägten Damen und bei der Verwandlung von Tinte in Wein.

Der Effekt war natürlich ebenso entsprechend. Aus einer Entfernung von mehreren Kilometern setzte Professor Anthony seinen Apparat in Gang. Dieser soll — man beachte immer das soll — sich auf einem Lastwagen auf einer Landstraße befunden haben, die in der Gegend des Flugfeldes vorbeiführt. Nach wenigen Minuten erhielten die Piloten den Befehl zum Start. Sie konnten ihn jedoch nicht durchführen. Bei der Nachprüfung ergab sich, daß das Benzin tatsächlich Wasser enthielt. Dieses Wasser war synthetisch — sagen die Reporter — aus elektrisch in die Ferne abgeschossenen Wasserstoff- und Sauerstoffatomen mitten im versiegelten Reservoir hergestellt worden.

Es ist hier nicht der Platz zu untersuchen, welcher wahre Kern unter diesem Wust von Phantasie wirklich verborgen liegt. Die tausendfältigen Möglichkeiten elektrischer Fernwirkungen würden viele hundert Seiten füllen und ich habe sie in meinem neuen Buch „Elektrokrieg" ausführlich geschildert. Die klassische Vorliebe der Engländer für die sogenannten Todesstrahlen ist bekannt. Sie wurden darin von berühmten Erfindern enttäuscht und von berühmten Schwindlern enttäuscht. Die beste Antwort auf die Geschichte von dem Professor Anthony ist die Geschichte von dem Signor Ulivi. Es ist eine interessante, aber der heutigen Generation schon ganz und gar unbekannte Geschichte, denn sie feiert 1938 ihr fünfundzwanzigjähriges Jubiläum.

Im Jahre 1913 tauchte in London ein Italiener auf, der den staunenden Engländern die Geschichte von den F-Strahlen verkündete. Dieser Signor Ulivi erklärte, daß, ebenso wie Marconi das Wort, er die Kraft drahtlos in die Ferne übertragen könne. Seine F-Strahlen hätten die Kraft, Explosivstoffe aus der Ferne zu entzünden. Es gelang ihm rasch höchste Kreise für seine Idee zu interessieren und zu überzeugen. Davon sprechen jedenfalls die Versuche, die nun von der englischen Marine unternommen wurden.

Die englische Admiralität ließ den außer Betrieb gesetzten leichten Kreuzer Terpsichore für die Zwecke Signor Ulivis, für einen großen F-Strahlenversuch vorbereiten. Mit dicht geschlossenen, verstärkten Schotten wurde der Kreuzer an einem Herbsttag 1913 zur Stokesbucht bei Portsmouth hinausgefahren. Dort verankerte man das Schiff und Taucher befestigten unter dem Kiel des Schiffes eine — offenbar von Signor Ulivi gelieferte — Eisenkiste, in die offiziell Schießbaumwolle und andere Sprengstoffe gegeben worden waren. Signor Ulivi setzte nun seine F-Strahlen aus einer Entfernung von dreizehn Kilometer in Tätigkeit und tatsächlich erfolgte auf der Terpsichore eine heftige Explosion. Augenscheinlich hatten die geheimnisvollen Strahlen voll ihre Schuldigkeit getan.

Als man an den Kreuzer heranfuhr, sah man, daß sämtliche Explosivstoffe detoniert waren und in die Schiffsseite ein riesiges Loch gerissen hatten, in das die Wasser einfluteten. Fünf Schlepper brachten den Kreuzer in das Dock nach Portsmouth. Dort stellte sich nach Prüfung der Sachverständigen heraus, daß der Schaden groß genug war, um das Schiff zum Sinken zu bringen. Die Explosion war derart gewaltig, daß selbst das Oberdeck Spuren davon aufwies.

Uns wundert heute nur noch, warum man sich über die Wirkung an sich bekannter Sprengstoffe damals so sehr wunderte. Ob Signor Ulivi 1913 einen auf Meerwasser chemisch reagierenden Zünder oder ein Uhrwerk anwendete, ist heute nicht mehr festzustellen. Sicher wissen wir nur, daß es seine F-Strahlen nicht waren, die damals die Initialzündung gaben.

„Wenn sich die F-Strahlen vervollkommnen, dann werden sämtliche Explosivstoffe beider Armeen schon in die Luft gesprengt sein, ehe die Gegner in Schußweite kommen", schrieben damals die Zeitungen. Leider ist von der Erfindung Ulivis selbst nichts geblieben als halb verschollene, vergilbte Zeitungsberichte und einige unangenehme Akten in der Admiralität in London.

Das Wandern war des Müllers Lust

Das Wandern — einmal des Müllers Lust — gehört längst zu den verbotenen Dingen. Und so haben sich fast alle Länder der Erde eine gesetzliche Einwanderungssperre zugelegt. Aber nicht nur das Wandern ist verboten, sondern es ist auch den Unternehmern verboten, einen ausländischen Mitarbeiter zu beschäftigen. Dadurch erst wurde die Wanderungssperre „effektiv", das heißt wirksam gemacht. Zwar wird in den Wanderungssperregesetzen zumeist zugestanden, daß Spezialarbeiter, die im Inland nicht zu finden sind, aus dem Ausland bezogen werden können, aber diese

UNION
VERSICHERUNGS-A.-G.
ZENTRALE: PRAG MASARYKOVO NÁBŘ. 4
FILIALEN:
REICHENBERG - BRÜNN - BRATISLAVA
VERTRETUNGEN
IM GANZEN BEREICHE DER REPUBLIK
VAG UNION
VERSICHERUNGEN
ALLER ART

Bestimmung wird so engherzig ausgelegt, daß nur die wenigsten Fälle die Maschen des Gesetzes passieren können.

Wie die Wanderungssperre anfing

Die Wanderungssperre hatte ursprünglich politische Gründe. Als nach dem Weltkrieg der Kommunismus hochkam, da bauten einzelne Staaten einen gesetzlichen Damm gegen die Einwanderung, in der Meinung, daß dies auch ein Damm gegen die kommunistische Infektion wäre. Die Erfahrung hat inzwischen gelehrt, daß der Damm diesen Schutz nicht bieten kann.

Mit dem Aufhören der Einwanderung in Amerika ist die von den Einwanderern gebildete niederste gesellschaftliche Schichte verschwunden. Dadurch wurde die Arbeitnehmerschaft zur gesellschaftlichen Unterschichte, die ihre Interessen nun nicht mehr nach unten gegen die Einwanderer, sondern nur noch nach oben zu verteidigen hatte. In der Zeit der Krise machte sich das zum erstenmal gefahrdrohend fühlbar. Damals fürchtete man sich in den Vereinigten Staaten ernsthaft vor dem Bolschewismus. Und es war nicht zuletzt die Gefahr der Rebellion der Massen, die Roosevelt veranlaßt hat, das wirtschafts- und sozialpolitische Steuer herumzureißen.

Später erhielt die Einwanderungssperre eine sozialpolitische Bedeutung, sie soll in erster Reihe die Arbeitsplätze der inländischen Arbeiter schützen. Nach dem Ende des Weltkrieges trat bekanntlich die unangenehmste Form der Arbeitslosigkeit auf: die strukturelle Massenarbeitslosigkeit. Mit den Einwanderungsverboten glaubte man eines der Mittel gefunden zu haben, dieser Arbeitslosigkeit beikommen zu können; man wollte zumindest verhindern, daß irgendein freier Arbeitsplatz dem inländischen Arbeiter von einem ausländischen Arbeiter weggenommen werde. So wurde der Arbeitsmarkt nationalisiert. Damit wurde aber auch einer der folgenschwersten Angriffe auf das weltwirtschaftliche Denken und Handeln verübt; wirtschaftliche Kirchturmpolitik beherrscht den Arbeitsmarkt.

Amerika hat mit den Einwanderungsverboten begonnen. Hier geschah der Sündenfall. Die Vereinigten Staaten waren vor dem Krieg das klassische Einwanderungsland, das den Bevölkerungsüberschuß der Alten Welt immer wieder aufnahm. Als die Vereinigten Staaten die Einwanderung beschränkten, folgten bald fast alle übrigen Länder der Erde. Es gibt heute kaum einen Staat, der nicht unter irgend einem Titel, sei es als „Wanderungsgesetz" oder „Inlandsarbeiterschutzgesetz", den Zuzug ausländischer Arbeitskräfte verbietet.

Die Einwanderungssperre, die seit mehr als fünfzehn Jahren für alle Länder der Welt gilt, hat merkwürdige Blüten hervorgetrieben. In den Ländern mit großer Arbeitslosigkeit wurde, wenn auch nicht gesetzlich, so doch faktisch, nach und nach auch die Binnenwanderung weitestgehend beschränkt. Es wurde zum Grundsatz, vor allem den lokalen Arbeitsmarkt zu betreuen und man versuchte es bald, zu verhindern, daß etwa die Arbeitslosen eines Ortes durch Zuwanderung von Arbeitskräften aus anderen Orten konkurrenziert würden. In der Schweiz blüht der „Schutz des kantonalen Arbeitsmarktes". In Oesterreich ist es eine Sünde, einen Arbeiter aus St. Pölten nach Wien zu vermitteln; die Sünde wäre noch größer, wenn man einen Wiener Arbeiter nach St. Pölten vermitteln wollte. Je kleiner der Ort, um so engherziger die Arbeitsmarktpolitik.

In Deutschland hat man den Gedanken der Sperre der Binnenwanderung noch weiter ausgebaut. Die Arbeitslosigkeit ist bekanntlich im Deutschen Reich so gut wie verschwunden, hingegen gibt es in manchen Berufszweigen einen Arbeitermangel. Um nun zu verhindern, daß das knappe Angebot an Arbeitskraft zu Lohnsteigerungen führe, hat man die Freizügigkeit der Arbeiter in einigen wichtigen Wirtschaftszweigen einfach aufgehoben. Der Arbeiter darf also dort, selbst wenn er einen besseren und besser bezahlten Arbeitsplatz gegen seinen gegenwärtigen eintauschen könnte, diesen Tausch nur mit Zustimmung der Behörden vollziehen.

In der gleichen Richtung liegt die fast paradox erscheinende Maßnahme Italiens gegen das Einwanderungsverbot der Ueberseeländer: nämlich die vor einigen Jahren von Mussolini dekretierte Auswanderungssperre für italienische Staatsbürger. Eine prestige-politische Maßnahme, die in ihren letzten Auswirkungen aber nicht unterschätzt werden darf.

Die Folgen

Die Einwanderungssperre und ihre Blüten haben den breiten Strom der Wanderungsbewegung von einstmals in ein trübes, dünnfließendes Wässerchen verwandelt und die Bevölkerungsbewegung in der Welt zum Erstarren gebracht. Wirtschaftlich gesehen ist das ein Unglück. Denn so wie zu einer gesunden Weltwirtschaft eine weitgehende Freizügigkeit der Ware und des Kapitals gehört, gehört zu ihr auch die Freizügigkeit der Menschen. Nur diese sichert die gegenseitige geistige Anregung auch in Wirtschaftsdingen, den Austausch von Sach- und Fachkenntnissen; sie gibt dem Unternehmungsgeist des einzelnen die Freiheit und den unbegrenzten Raum, deren er bedarf, um sich voll entfalten zu können. Sie ermöglicht den sozialen Spannungsausgleich zwischen den von Arbeitslosigkeit heimgesuchten Gebieten und den Gebieten mit Bedarf an Arbeitskräften, sie ermöglicht die Erschließung neuer Arbeitsgebiete und ihre wirtschaftliche Fruchtbarmachung, sie schafft neue Arbeitsmöglichkeiten und neue Arbeitsplätze im besten Sinne des Wortes.

Die Wanderungssperre — die doch zum Schutze der Arbeitsplätze eingeführt wurde — vermindert dagegen die Zahl der Arbeitsplätze, sie verewigt die Krisen in den von einer strukturellen Arbeitslosigkeit betroffenen Gebieten und verhindert die wirtschaftliche Erschließung und Ausbeutung neuer Gebiete.

Die Wanderungssperre hat der Weltwirtschaft unermeßlichen Schaden zugefügt. Sie hat die Weltarbeitslosigkeit gesteigert. Sie hat in vielen Ländern den Bevölkerungsdruck verstärkt und die sozialen Spannungen in einem Maße erhöht, daß es schließlich zu politischen Explosionen kam, die dann eine nach jeder Richtung hin sehr unvorteilhafte politische Wanderungsbewegung verursacht haben.

Die Wanderungssperre hat aber vor allem das dem weltwirtschaftlichen Denken zuwiderlaufende merkantilistische Denken wieder belebt. Es mag übertrieben erscheinen, aber es ist wahr, das aktive Machtstreben Japans, Italiens und Deutschlands ist nicht zuletzt auf das Konto der Wanderungssperre zu setzen.

Eine gutfunktionierende Weltwirtschaft, in der der Güteraustausch nicht gehemmt, in der der Geld- und Kapitalsverkehr sich frei entwickeln kann und in der auch der wirtschaftende Mensch freizügig ist, sichert allen Staaten der Welt am besten die Rohstoffe, deren sie bedürfen und das Brot, das sie brauchen. Sie bietet auch den Bürgern dieser Staaten alle Möglichkeiten, zu Arbeit und Verdienst zu kommen und sich wirtschaftlich zu entfalten. Wird der Warenaustausch gehemmt, der Kapitals- und Geldverkehr eingeschränkt, wird die zwischenstaatliche Freizügigkeit aufgehoben und so jeder internationale Spannungsausgleich und jede wirtschaftliche Entfaltung unmöglich gemacht, dann führt dies zur Taumpolitik — ein neues Wort für den alten Begriff Merkantilismus —, deren Ziel die Erweiterung des eigenen Wirtschaftsgebietes mit imperialistischen Mitteln ist.

Japans entschlossener Griff nach der Mandschurei, sein Zupacken in China erfolgte, nachdem es sicher war, daß Amerika, die Südseekolonien Englands, Hollands und Amerikas sich dauernd weigern werden, den Bevölkerungsüberschuß Japans weiterhin aufzunehmen. Erst recht bestärkt wurde Japan in seinem imperialistischen Vorgehen, als mit Unterstützung Englands in China der Boykott über japanische Waren verhängt wurde. Italien sieht in der Eroberung Abessiniens ebenfalls unter anderem eine Erweiterung seines Wirtschaftsraumes und die wirtschaftlichen Entfaltungsmöglichkeiten, die ihm die gestörte Weltwirtschaft nicht zu bieten vermochte. In der gleichen Weise begründet Deutschland seine Kolonialforderungen.

Man spricht gegenwärtig viel vom Wiederaufbau der Weltwirtschaft und weist vor allem darauf hin, daß es in erster Reihe notwendig sei, die internationalen Handelshemmnisse und die Hemmungen des zwischenstaatlichen Zahlungsverkehres abzubauen. Auch wenn dies bald gelänge, wäre es ein Stückwerk. Man muß auch die Freizügigkeit der Menschen wieder herstellen.

Schlafen gehen—
Zähne putzen!

KALODONT
gegen Zahnstein

Parteigenossin! Parteigenosse!
Bist Du schon Mitglied der
Kinderfreunde?
wenn nicht, dann tritt bei.
„Freundschaft!"

Prager Zeitung

Ende der Wolschaner Friedhöfe?

In der letzten Zeit wird wieder einmal die Prager Friedhofsfrage in der Oeffentlichkeit lebhaft erörtert. Es sind Nachrichten aufgetaucht, die dahin lauten, daß die Wolschaner Friedhöfe bereits nach wenigen Jahren der Vergangenheit angehören werden. Es dürfte allerdings länger dauern, als diese Nachrichten melden. Außer Frage steht aber auf jeden Fall, daß die künftigen Begräbnisstätten der werdenden Millionenstadt dezentralisiert werden. Als Hauptfriedhof wird der neuanzulegende Friedhof in Chodov in Betracht kommen, obwohl die verschiedenen eigentumsrechtlichen Auseinandersetzungen über dieses Problem nicht abgeschlossen sind. Die östlichen und nördlichen Außenbezirke dürften in Zukunft auf den zweiten großen Friedhof in Ďáblice angewiesen sein. Was mit den aufzulassenden Friedhofsgeländen in Wolschan in späterer Zeit zu geschehen hat, ist heute offenbar noch nicht ganz klar, zumal eine geraume Zeit vergehen wird, ehe dieser Totenacker profanen Zwecken überantwortet werden kann. Wie die Statistik der Friedhofsverwaltung lehrt, werden die meisten Gräber durch zwei Jahrzehnte bezahlt, während vom dritten an nur noch eine Minderheit der bestehenden Grabstätten durch Bezahlung der Grabmiete aufrechterhalten wird. Nur eine ganz geringe Zahl von Gräbern erreicht das fünfte Jahrzehnt. Mit dieser Feststellung ist auch der Zeitraum annähernd abgesteckt, innerhalb dessen die bisherigen Wolschaner Friedhöfe frühestens gänzlich aufgelassen werden können.

Unentgeltliche Theatervorstellungen für deutsche Soldaten der Prager Garnison. Dem Prager Stadtrat wurde der Vorschlag vorgelegt, für die in Prag garnisonierten Soldaten nichttschechischer Nationalität Theatervorstellungen, Lichtbildvorführungen und Vorträge zu veranstalten. Dadurch könnte Ersprießliches auch auf dem Gebiete der kulturellen Annäherung der im Staate lebenden Nationalitäten geleistet und der demokratische Gedanke gefördert werden. Mit finanzieller Hilfe der Hauptstadt sollen die Veranstaltungen für Soldaten unentgeltlich stattfinden.

Das Klubheim des Klubs „Die Tat" eröffnet. Am vergangenen Samstag fand im Rahmen einer intimen Feier, bei der Vertreter des Klubs der tschechischen und deutschen Bühnenangehörigen sowie des Klubs „Přítomnost" anwesend waren, die Eröffnung des Klubheims des Klubs „Die Tat" statt. Es ist dem Vorstand des Klubs gelungen, ein Heim zu schaffen, in dem sich jedermann wirklich wohl fühlen wird. Der Klubbetrieb wurde nunmehr aufgenommen und das Klubheim ist Klubmitgliedern täglich ab 9 Uhr vormittags zugänglich.

Todessturz vom Gesimse. In der Wenzelgasse in Prag II., arbeitete gestern mittags der 25jährige Asphaltierer Franz Česák. Als er auf ein etwa 30 Zentimeter breites Gesimse stieg, stürzte er plötzlich, von Schwindel befallen, etwa 6 Meter tief auf den Betonboden des Hofes herab und blieb mit zerschmettertem Schädel bewußtlos liegen. Auf dem Wege ins allgemeine Krankenhaus starb er.

Tod beim Radio. Gestern früh kam, wie alltäglich, seine Bedienerin in die Wohnung des 78jährigen Pensionisten Adalbert Stočes in Prag-Weinberge. Sie fand ihren Arbeitgeber tot auf dem Sessel sitzen; das Radio, vor dem er saß, spielte noch.

Sparkassabuch gestohlen. Vor der Prager Postsparkassa wurde gestern der 41jährige Alois Hausdorf aus Krohleb angehalten, als er den Betrag von Kč 1520.— auf Grund eines gestohlenen Sparkassabuchs beheben wollte. Der Eigentümer des Sparkassabuchs ist der Pensionatsdiener Ludwig Toth, dem Hausdorf außerdem eine Lederbrieftasche mit 250 Kč und einigen Dokumenten entwendet hatte. Da Toth den Diebstahl sofort der Sparkassa gemeldet hatte, konnte der Täter mühelos verhaftet werden. Er ist geständig.

Vier Finger zerquetscht. Der 27jährige Arbeiter Josef Němec aus Wysotschan arbeitete gestern kurz nach Mittag in der Wysotschaner Druckerei seines Arbeitsgebers, wobei ihm die rechte Hand in die Maschine geriet und vier Finger zerquetscht wurden.

Selbstmorde. Gestern vormittags erhängte sich im Badezimmer ihrer Wohnung die 39jährige Beamtensgattin M. M. Ursache der Tat ist Nervenkrankheit. Die 83jährige Beamtin M. K. nahm gestern in selbstmörderischer Absicht eine größere Menge Luminal und wurde ins Krankenhaus auf der Bulovka gebracht. Grund der Tat ist gleichfalls Nervenkrankheit.

Schwedische Volksausstellung in Prag. Am 8. April wird im Palais des Kunstgewerbe-Museums in Prag unter dem Protektorate des schwedischen Kronprinzen eine Ausstellung des schwedischen Volkstums und der schwedischen Heimindustrie eröffnet werden. Die Vorbereitungsarbeiten für diese Ausstellugn hat der Professor der Stockholmer Universität Dr. Andreas Lindblom in Angriff genommen.

Die Ausflugszüge der Staatsbahnen veranstalten folgende Fahrten: 19. bis 27. Feber in die Beskiden auf die Pustevna 520 Kč, nach Vyšnie Ružbachy 550 Kč, in die Hohe Tatra 540 Kč und nach Spindlermühle 480 Kč. Anmeldungen und Informationen im Basar neben dem Wilsonbahnhof, Tel. 383-35.

Mireille Ballin
in dem französischen Film „Pariser Mädchen".

Kunst und Wissen

Musikalische Pionierarbeit unseres Bildungsausschusses

In richtiger Erkenntnis der Notwendigkeit und Wichtigkeit der musikalischen Bildung des Volkes hatte der Bildungsausschuß der DSAP zusammen mit den Prager Arbeiter- und Angestellten-Organisationen am Mittwoch einen Kammermusikabend veranstaltet, bei dem neue Werke zeitgenössischer deutscher und tschechischer Komponisten der Tschechoslowakei zur Aufführung gelangten. Leider hat der klägliche Besuch dieses Konzertes wieder einmal bewiesen, daß der Sinn und das Verständnis für ernste und gute Musik in unserer geschmacksverwirrten Zeit verloren gegangen ist, weil Boxkämpfe, Eishockeywettspiele und dergleichen Sportsensationen heute alles beim Publikum sind, die Musikkultur ihm aber nichts mehr bedeutet. — Drei Kammermusikwerke, zwei tschechischer Autoren und eines deutschen Ursprungs, gelangten zur Aufführung. Jaroslav Řídký und Iša Krejči, die Schöpfer der tschechischen Werke, sind zwar nicht Hauptrepräsentanten der modernen tschechischen Kammermusik, aber Achtung einflößende Meister. Řídkýs Drittes Streichquartett ist ein melodisch fundiertes, harmonisch klangreiches, formal schön gegliedertes und sogar eine kleine Fuge bergendes, im Mittelsatz liedmäßig schönes, in den Ecksätzen rhythmisch lebendiges, auch leicht slawisch gefärbtes, alle Klangwirkungen des Streichquartettsatzes ausnützendes Werk. Noch mehr slawisch bestimmt ist Iša Krejčis viersätziges C-Dur-Quartett, eine durch Unbeschwertheit des Stiles und erquickende Musizierfreudigkeit ausgezeichnete Komposition, deren Schwerpunkt eine auf einem blühend schönen Thema aufgebaute „Passacaglia" ist, die aber durch allzugroße Knappheit der Durchführung verliert. Das deutsche Werk des Abends war des aus Eger stammenden Schönberg-Schülers Viktor Ullmann Zweites Streichquartett, ein motivisch durchgeführtes zweisätziges, durch reiche Polyphonie ausgezeichnetes, formalklares und den Quartettsatz zu höchsten Wirkungen steigerndes Werk. Einem leidenschaftlich und doch auch besinnlich klingenden langsamen ersten Satz ist ein von sonniger Heiterkeit und beruhigender Herzlichkeit erfüllter rascher zweiter Satz gegenübergestellt, so daß die Bezeichnung der beiden Teile als „Selbstporträt" und „Porträt meiner Frau", um so mehr, als auch eine motivische Verknüpfung zwischen den beiden Sätzen besteht, verständlich wird. Künstlerische Mittler der Werke waren die Herren Peška, Bobanka Svoboda und Sádlo des „Peška-Quartetts", einer Kammermusikvereinigung, deren Interpretation zwar noch nicht auf der höchsten Stufe eines ausgewogenen und präzisen Zusammenspieles steht, die aber durch ihren künstlerischen Ernst und Eifer überzeugt. E. J.

Toscanini, der Mann

Arturo Toscanini, der große italienische Dirigent, hat zu wiederholten Malen in charaktervollster Weise seiner tiefen geistigen und seelischen Abneigung gegen den Faschismus beider Hauptspielarten (den italienischen wie den deutschen) wirkungsvollen Ausdruck gegeben. Nun erhöht Toscanini das Ansehen, das er so als freidenkender Künstler gewann indem er, laut einer United Preß-Meldung aus New York der Direktion der Salzburger Festspiele telegraphisch mitteilte, daß er in diesem Jahre nicht an den Salzburger Musikfestspielen teilnehmen werde. Als Grund gibt er die ungeklärte politische Lage Oesterreichs an. Toscanini wendet sich also sofort in dem Augenblick von Oesterreich ab, da Hitler den „Ständestaat" in liebevoller Umarmung zu erdrücken sucht. Diese mutige und konsequente Haltung Toscaninis wird ihren Eindruck auf Freund und Feind nicht verfehlen und im übrigen die Gleichschalter in Oesterreich besonders beeindrucken, denn die Salzburger Festspiele ohne Toscanini dürften nicht nur zum Teile künstlerisch, sondern auch finanziell gehandicapt sein.

Die Witwe Janáčeks gestorben. Frau Zdenka Janáčková, die Witwe nach dem großen tschechischen Komponisten Leo Janáček, ist Donnerstag in Brünn im Alter von 73 Jahren gestorben.

In der Galerie Dr. Feigl tritt die junge Prager Malerin Mie Münzer-Neumann, auf die man vor zwei Jahren durch ein Bild in der Ausstellung der Prager Sezession aufmerksam gemacht wurde, zum ersten Mal mit einer Kollektion ihrer Gemälde hervor. Die Ausstellung erfüllt noch nicht ganz, was damals das eine, hier wieder mit ausgestellte Bild „Auf der Insel Kampa" versprach. Die Malerin sieht die vertraute Landschaft der Stadt Prag und ihrer Umgebung neu und weiß Standpunkte zu wählen; es gelingt ihr aber noch nicht immer, die Aufgaben, die sie sich stellt und für die sie im Bildaufbau, in der räumlichen Komposition interessante Lösungen sucht, schon restlos zu bewältigen. Manches glückt ihr schon ausgezeichnet, anderes bleibt noch im Skizzenhaften stecken. Nicht immer ist die räumliche Gestaltung verständlich. Wenn die Künstlerin im Blick von der Letna die Silhouette der Stadt so überhöht, daß aus dem Blick hinab auf die Stadt ein Gegenüber wird, kann das als kompositorische Freiheit noch vertretbar sein. Weniger verständlich bleibt, wenn sie den durch die Kurven der beiden Moldauarme so großzügig gegliederten, breit lagernden Raum der Moldaulandschaft bei Podbaba nicht nur schmälert und verengt, sondern durch eine terrassenartige Niveauverschiebung der beiden Moldauarme auch deren raumgestaltende Bedeutung aufhebt, ohne — und das ist das Entscheidende; nicht auf das getreue Abbild käme es an —, daß dadurch für das Bild ein kompositorischer Gewinn erzielt würde. Das sind noch Unzulänglichkeiten. Aber man spürt in einer ganzen Reihe ihrer großgewollten Bilder das bestimmte Streben nach dem ihr eigenen Ausdruck und man darf die letzte Klärung, wie sie sich da und dort im Einzelnen schon andeutet, noch erwarten. e. h.

Die Neudeker Kinderkapelle. Die „Deutsche Volksbühne" veranstaltet gemeinsam mit dem Lidové divadlo den 20. Feber, 10 Uhr vormittags, im Smetanasaal des Repräsentationshauses in Prag ein Konzert der Neudeker Kinderkapelle. Diese kleinen Musiker, die bei ihrer letzten Auslandstournee große Erfolge erzielten, werden sicher auch in Prag wieder begeistert empfangen werden.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Freitag ½8: Gastsp. Tauber, „Bajazzo". — Samstag ½8 Der Zarewitsch, M 1. — Sonntag 2: Heinrich IV., halb 8: Die Csardasfürstin, Abonnement aufgehoben.

Spielplan der Kleinen Bühne. Freitag 8 Uhr: Flachsmann als Erzieher, Theatergemeinde des Kulturverbandes und freier Verkauf. — Samstag halb 8: Einen Jux will er sich machen. — Sonntag 4 Uhr: Die Reise. 8 Uhr: Blaufuchs.

Vereinsnachrichten

Ortsgruppe Prag: Benützt jede Gelegenheit, aus Rauch und Staub in frische Luft zu kommen. Unsere Hütte im Brdywald bietet euch jeden Samstag und Sonntag Unterkunft. Hüttendienst: Schaffer. Kanzleistunden Freitag von 6 bis 8 Uhr, Smečky 27, Telephon 27727.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Die deutsche Jugend zum 18. Feber 1938. Der „Klub die Tat" veranstaltet heute, um 20 Uhr, großer Saal des Handwerkervereines, einen Abend, in dem der Sekretär der Zentralstelle der deutschen aktivistischen Parteien, Willi Wanka, über die Ergebnisse und Ziele des 18. Febers 1937 sprechen wird. In der Debatte werden Redner der aktivistischen Jugendgruppen zu Worte kommen. Dieser Abend ist für die Oeffentlichkeit frei zugänglich. 100

Urania-Kino, Klimentská 4. Fernsprecher 61623.
Heute außerordentliche Premiere:
Ein Volksfeind
Der gewaltigste deutsche Großfilm nach Ibsen, mit Heinrich George, Franziska Kinz, Herbert Hübner, Carsta Löck, Hans Richter, Florath Legal, Meyerinck, Schaufuß, Genschow, Schnell und 20 anderen ersten Darstellern.
Schauspielerische Spitzenleistungen, dramatische spannende Handlung.
Aktualita. Normale Preise. 6, ½9 Uhr.

In den Winterwochen nur nach dem größten Tatrakurort
Starý Smokovec — Altschmecks!
Hohe Tatra (1020 Meter)
Zentrum der Wintersportler. — Internationale Sportkonkurrenzen. — Rodel-, Bob-, Ski-, Eis-Bahnen. — Sprungschanze. — Hotels ersten Ranges. — Café. — Bar. — Bier- und Weinstuben. — Täglich Tanztee u. gesellige Veranstaltungen. — Bridge. — Eisenbahnstation Poprad-Velka, von dort elektr. Tatrabahn. Prospekte Badedirektion, Starý Smokovec. 4559

Chitz und Meller
Lack-, Firnis- und Farbenfabrik
PRAG II.
Hybernská ul. 44
Speziallacke:
„Favorit" Email, Ofensilber „Pyrol", Fußbodenlackfarbe „Anker" und „Tiger" erhältlich in allen einschlägigen Geschäften sowie den Verkaufsstellen des „GEC-Verbandes"

Hundert 1838-1938 Jahre
arbeitet die Riunione Adriatica di Sicurtà auf dem Gebiete der tschechoslowakischen Republik als Vorkämpferin des Versicherungsgedankens.
Ihre reiche Erfahrung und ihre Verläßlichkeit bewährten sich unzähligemal und haben ihr das Vertrauen und die Zuneigung der Versicherungsnehmer verschafft.
Durch die Errichtung von Neubauten sichert sie am besten die Ansprüche der Versicherten und dient dem tschechoslowakischen Wirtschaftsleben.
Sie besitzt auf dem Gebiete der Tschechoslowakischen Republik Garantiemittel im Gesamtwerte von über 450 Millionen Kč.
Die
RIUNIONE ADRIATICA DI SICURTÀ IN TRIEST
Direktion für die Čechoslovakische Republik in Prag
betreibt folgende Versicherungsarten:
Lebens-, Unfall-, Feuer-, Transport-, Einbruchs-Diebstahl-, Glasbruch-, Maschinenbruch-, Chomage-, Hagel-, Haftpflicht- und Automobilversicherung.

Die Mineralöl-raffinerien
Vacuum Oil Company A.-G., Prag; Raffinerie Kolin
Fanto-Werke Aktiengesellschaft, Prag; Raffinerie Pardubice und Neu-Oderberg
Apollo Mineralölraffinerie A.-G., Bratislava; Raffinerie Bratislava und Mähr.-Schönberg
Přívozer Mineralölwerke A.-G., Mähr. Ostrau-Přívoz
Kraluper Mineralölraffinerie, Prag; Raffinerie Kralupy
Weinberger & Ortner, Legina-Michalany
Industrie- und Handels-A.-G., Košice, Raffinerie Strážské
liefern
Qualitäts-Betriebsstoffe für Kraftfahrzeuge, Traktoren und Dieselmotoren 4550

Inserieren bringt Erfolg!

Ueber 600 Benzinstationen
KRALUPOL BENZIN
Ueber 600 Benzinstationen
Kraluper Gesellschaft für chemische Produkte
G. m. b. H. **Prag II.,** Hybernská 44.
Telegramme: Kralupol Prag. Telephone: 24—456, 24—457, 24—458, 24—459.
Telegramme: Kralupol Brünn **Kraluper Oelgesellschaft Brünn,** Křenová 73a Telephone: 10.832 Serie. 4522

Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich Kč 17.—, vierteljährig Kč 51.—, halbjährig Kč 102.—, ganzjährig Kč 204.— — Inserate werden laut Tarif billigst berechnet. — Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einsendung der Retourmarken.— Die Zeitungsfrankatur wurde von der Post- u. Telegraphendirektion mit Erlaß Nr. 13.800 VII/1930 bewilligt. (Kontrollpostamt Praha 25. — Druckerei: „Orbis". Druck-, Verlags- u. Zeitungs-A.-G. Prag.